Beschlussempfehlungen und Berichte

des Petitionsausschusses

zu verschiedenen Eingaben

Inhaltsverzeichnis

1. 12/7015	Steuersachen	FM	26. 12/8000	Ausländerrecht	JUM
2. 12/7899	Bausachen	WM	27. 12/8102	Wiedergutmachung BEG	JUM
3. 12/8032	Ausländerrecht	IM	28. 12/8124	Schulwesen	KM
4. 12/8100	Versorgung nach dem BVG	SM	29. 12/7138	Versorgung nach dem BVG	SM
5. 12/8109	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	IM	30. 12/7815	Führerscheinsachen	UVM
6. 12/8137	Lehrer	KM	31. 12/7974	Kommunale Angelegenheiten	IM
7. 12/8150	Gnadensachen	JUM	32. 12/8050	Strafvollzug	JUM
8. 12/8159	Sozialhilfe	SM	33. 12/8072	Versorgung nach dem BVG	SM
9. 12/8053	Lehrer	KM	34. 12/8119	Verkehr	UVM
10. 12/7846	Ausländerrecht	IM	35. 12/8127	Medienrecht, Rundfunkwesen	STAMI
11. 12/7912	Vermessungswesen	WM	36. 12/7704	Ausländerrecht	IM
12. 12/7953	Bausachen	WM	37. 12/7275	Bausachen	WM
13. 12/8223	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	IM	38. 12/7723	Bausachen	JUM
14. 12/7497	Steuersachen	FM	39. 12/7918	Gnadensachen	JUM
15. 12/7973	Öffentlicher Dienst	JUM	40. 12/8005	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	IM
16. 12/8009	Steuersachen	FM	41. 12/7727	Bausachen	WM
17. 12/8013	Strafvollzug	IM	42. 12/6737	Ausländerrecht	IM
18. 12/8025	Hochschulangelegenheiten	MWK	43. 12/6941	Ausländerrecht	IM
19. 12/8037	Staatsangehörigkeit/ Personenstandswesen	IM	44. 12/7469	Bausachen	WM
20. 12/8136	Wohnungs- u. Siedlungswesen	WM	45. 12/7568	Ausländerrecht	IM
21. 12/8151	Ausbildungsförderung	MWK	46. 12/8059	Sozialhilfe	SM
22. 12/8163	Öffentlicher Dienst	JUM	47. 12/7629	Ausländerrecht	IM
23. 12/6668	Freiwillige Gerichtsbarkeit	JUM	48. 12/6616	Ausländerrecht	IM
24. 12/7627	Strafvollzug	JUM	49. 12/7516	Gnadensachen	JUM
25. 12/7831	Ausländerrecht	IM	50. 12/7672	Richter	JUM

1. Petition 12/7015 betr. Einkommensteuer 1999

Mit seiner Eingabe begehrt der Petent die Berücksichtigung von in 1999 gezahlten Nachzahlungs- und Aussetzungszinsen als Sonderausgaben.

Der verheiratete Petent wird zusammen mit seiner Ehefrau zur Einkommensteuer veranlagt. Als Vorstand einer Aktiengesellschaft erzielt der Petent hohe Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit und sonstige Einkünfte aus einer Bürgschaftsprovision. Der Petent ist zudem persönlich haftender Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft (künftig: KG) und erzielt hieraus als Mitunternehmer gewerbliche Einkünfte, die in einem Feststellungsverfahren gegenüber der KG auch mit bindender Wirkung für den Petenten ermittelt werden. Gemeinsam erzielen die Eheleute noch Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie Einkünfte aus Kapitalvermögen.

Infolge eines von der KG gegen die Gewinnfeststellungsbescheide für die Jahre 1985 bis 1987 geführten Finanzgerichtsverfahrens wurden die auf die Gewinnanteile des Petenten zurückzuführenden Steuernachzahlungen der Jahre 1985, 1986 sowie 1992 und 1993 von insgesamt 1 366 408,12 DM (einschließlich Nachzahlungszinsen von 21 543 DM) – antragsgemäß – von der Vollziehung ausgesetzt, d. h. der Petent musste die festgesetzte Steuer bis zum Abschluss des Finanzgerichtsverfahrens nicht entrichten. In den einzelnen Aussetzungsverfügungen wies das Finanzamt den Petenten darauf hin, dass – soweit er für die Aussetzung maßgebende Rechtsbehelf endgültig erfolglos bleiben sollte – für die ausgesetzten Beträge Zinsen in Höhe von 0,5 v. H. für jeden vollen Monat zu entrichten seien (§§ 237, 238 AO).

Nachdem auch der Bundesfinanzhof die Klage der KG gegen die Gewinnfeststellungsbescheide als unbegründet zurückgewiesen hatte, hob das Finanzamt die Aussetzung der Vollziehung auf und setzte gegenüber dem Petenten mit Bescheid vom 8. Juli 1999 Aussetzungszinsen i. H. v. insgesamt 409 149 DM fest. Angesichts der angespannten finanziellen Situation des Petenten und der Höhe der nunmehr fälligen Steuernachzahlungen von mehr als 1,7 Mio. DM (einschließlich Aussetzungszinsen) räumte das Finanzamt dem Petenten großzügige Zahlungsraten ein. Gegen den Bescheid über die Festsetzung von Aussetzungszinsen wurden keine Rechtsmittel eingelegt; die Festsetzung ist damit bestandskräftig.

Mit Schreiben vom 28. Juli 1999 beantragte der steuerliche Vertreter des Petenten unter Anführung von persönlichen Billigkeitsgründen zunächst einen Teilerlass der Steuerschulden in Höhe der Aussetzungszinsen. Im weiteren Verfahren wurden allerdings nur noch sachliche Billigkeitsgründe angeführt; des Weiteren wurde das Erlassbegehren auf die Höhe der steuerlichen Auswirkung des Sonderausgabenabzugs der Nachzahlungs- und Aussetzungszinsen reduziert. Gegen die Ablehnung des Erlassantrags wurde form- und fristgerecht Einspruch eingelegt. Über den Einspruch, dem zwischenzeitlich insoweit entsprochen wurde, als Aussetzungszinsen in Höhe von 55 237,53 DM aus sachlichen Billigkeitsgründen

erlassen wurden, ist noch nicht abschließend entschieden. Die Nachzahlungszinsen und verbleibenden Aussetzungszinsen wurden vom Petenten in den Jahren 1999 und 2000 bezahlt.

Mit seiner Petition beantragt der Petent unter Berufung auf Vertrauensschutzgründe die Berücksichtigung der von ihm in 1999 gezahlten Nachzahlungs- und Aussetzungszinsen als Sonderausgaben. Er erklärt, dass er im Rahmen des Finanzgerichtsverfahrens darauf vertraut habe, dass die ggf. zu zahlenden Aussetzungszinsen steuerlich abgezogen werden könnten.

Nach § 10 Abs. 1 Nr. 5 Einkommensteuergesetz (EStG) in der von 1990 bis einschließlich 1998 geltenden Fassung waren Zinsen auf nachgeforderte, gestundete oder ausgesetzte Steuerbeträge im Jahr ihrer Zahlung als Sonderausgaben abziehbar. Dieser Sonderausgabenabzug wurde im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens zum Steuerreformgesetz 1990 eingefügt, um die Einführung der Vollverzinsung von Steuerforderungen und Steuererstattungen nach § 233 a AO zu erleichtern. Sinn und Zweck der Vollverzinsung ist der Ausgleich von Zinsvor- und -nachteilen, die den Steuerpflichtigen dadurch entstehen können, dass sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten zur Steuer herangezogen werden. Sie dient damit auch der Gleichmäßigkeit der Besteuerung.

Mit dem Steuerentlastungsgesetz vom 24. März 1999 (BStBl I S. 304) hat der Gesetzgeber die Einführungsphase der Vollverzinsung für beendet angesehen und die Regelung des § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG mit Wirkung ab 1999 ersatzlos aufgehoben. Auch einer Fortführung dieser Regelung aus anderen Gründen hat der Gesetzgeber eine Absage erteilt. So wird in der Gesetzesbegründung u. a. auf die Systemwidrigkeit (Verbot des Abzugs von Personensteuern und der darauf entfallenden steuerlichen Nebenleistungen, § 12 Nr. 3 EStG) und eine mögliche Berufungsgefahr zugunsten eines allgemeinen Schuldzinsenabzugs hingewiesen (BT-Drs. 14/23, Seite 174). Damit ist die rechtliche Grundlage für den Sonderausgabenabzug von Zinsen auf nachgeforderte, gestundete oder ausgesetzte Steuerbeträge ab dem Jahr 1999 entfallen.

Im Hinblick auf das im Bereich der Sonderausgaben maßgebende Abflussprinzip (§ 11 Abs. 2 EStG) können die vom Petenten im Jahr 1999 gezahlten Nachzahlungs- und Aussetzungszinsen im Rahmen seiner Einkommensteuerveranlagung für 1999 nicht mehr einkommensmindernd berücksichtigt werden. Auf den Zeitraum, für den die Zinsen erhoben werden, kommt es nicht an.

Die vom Petenten geltend gemachten Vertrauensschutzgründe führen zu keinem anderen Ergebnis. Zwar ist der Steuerpflichtige in seinem Vertrauen auf den Bestand einer gesetzlichen Regelung grundsätzlich schutzwürdig, wenn der Wegfall dieser Regelung auf einen gegenwärtig noch nicht abgeschlossenen Sachverhalt einwirkt. Gleichwohl ist der Gesetzgeber nicht daran gehindert, begünstigende Regelungen abzuändern oder ersatzlos zu streichen. Im Rahmen der verfassungsrechtlich gebotenen Prüfung hat der Ge-

setzgeber dabei allerdings zwischen dem Ausmaß des Vertrauensschadens und der Bedeutung des gesetzgeberischen Anliegens für die Allgemeinheit abzuwägen.

Nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (BFH) ist der Vertrauensschutz des Einzelnen gerade im Bereich der Sonderausgaben nicht zu hoch zu bewerten. Denn Sonderausgaben sind dem Wesen nach nicht abziehbare Ausgaben der Lebenshaltung, die ausnahmsweise aus sozialen oder steuerpolitischen Gründen bei der Einkommensermittlung abzuziehen sind und deren Abzugsfähigkeit je nach Veränderung der sozialen Verhältnisse schon wiederholt geändert worden sind (BFH-Urteil vom 10. Oktober 1975, BSt-Bl 1976 II S. 69). Demgegenüber steht das Anliegen des Gesetzgebers, die Systemwidrigkeit des Abzugs von steuerlichen Nebenleistungen auf Personensteuern abzubauen und mögliche Forderungen zugunsten eines allgemeinen Schuldzinsenabzugs abzuwehren. Letztlich ist der systemgerechten Steuererhebung gegenüber dem Vertrauensschutz des Einzelnen der Vorrang einzuräumen.

Sofern der Petent mit seiner Eingabe auch den im Rahmen des Einspruchsverfahrens gestellten Erlass von Steuerschulden in Höhe der steuerlichen Auswirkung des Sonderausgabenabzugs der Nachzahlungs- und Aussetzungszinsen begehren sollte, kann dem ebenfalls nicht entsprochen werden.

Nach § 227 Abs. 1 AO können Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis ganz oder teilweise aus Billigkeitsgründen erlassen werden, wenn ihre Einziehung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre; unter den gleichen Voraussetzungen können bereits entrichtete Beträge erstattet oder angerechnet werden. Die Unbilligkeit kann dabei in der Sache selbst oder in der Person des Steuerpflichtigen begründet sein.

Aus sachlichen Billigkeitsgründen kann ein Steuererlass gewährt werden, wenn die Besteuerung eines Sachverhalts, der unter einen gesetzlichen Besteuerungstatbestand fällt, mit dem Sinn und Zweck des Steuergesetzes nicht vereinbar ist. Dies ist grundsätzlich dann der Fall, wenn der Sachverhalt zwar den gesetzlichen Tatbestand erfüllt, die Besteuerung den Wertungen des Gesetzgebers aber eindeutig zuwiderläuft. Nachteile, welche schon im Besteuerungszweck selbst enthalten sind und die der Gesetzgeber bei Ausgestaltung des gesetzlichen Tatbestandes bewusst in Kauf genommen hat, können keinen Erlass aus sachlicher Billigkeit rechtfertigen.

Wie bereits dargestellt, hat der Gesetzgeber den Sonderausgabenabzug von Nachzahlungs-, Stundungs- und Aussetzungszinsen mit Wirkung ab 1999 aufgehoben. Bei der Streichung des Sonderausgabenabzugs hat der Gesetzgeber bewusst auf die Einführung von Übergangsregelungen verzichtet und in Kauf genommen, dass ab 1999 auch die für den Gültigkeitszeitraum des § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG erhobenen Nachzahlungs-, Stundungs- und Aussetzungszinsen steuerlich unberücksichtigt bleiben. Würde dem Begehren des Petenten im Rahmen einer sachlichen Billigkeitsregelung stattgegeben, würde dies einer Anwendung des

Sonderausgabenabzugs über den vom Gesetzgeber bestimmten Zeitraum hinaus gleichkommen. Insoweit ist für einen weiteren, über den aus anderen sachlichen Billigkeitsgründen gewährten Teilerlass hinausgehenden Erlass der Aussetzungszinsen kein Raum mehr.

Der vom steuerlichen Vertreter des Petenten zunächst aus persönlichen Billigkeitsgründen gestellte Erlassantrag wurde im weiteren Verlauf nicht weiterverfolgt. Zudem scheidet ein Erlass aus persönlichen Billigkeitsgründen bereits mangels Erlassbedürftigkeit des Petenten aus. Denn auf Grund des außerordentlich hohen Einkommens des Petenten ist davon auszugehen, dass die Finanzierung des notwendigen Lebensunterhalts des Petenten und seiner Familie im Zeitpunkt der Entrichtung der Steuerschulden nicht gefährdet war.

Beschlussempfehlung:

Bei der gegebenen Sach- und Rechtslage kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Behringer

2. Petition 12/7899 betr. Bausache (Errichtung/Beseitigung eines Schafstalls)

I. Gegenstand der Petition:

Die Petition richtet sich gegen die Beseitigungsverfügung für ein im Außenbereich und im Landschaftsschutzgebiet errichtetes Gebäude sowie eines zweiteiligen Eisentores.

II. Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

1. Sachverhalt:

Am 1. Juni 1999 hat die untere Baurechtsbehörde vor Ort festgestellt, dass auf den im Außenbereich sowie im Landschaftsschutzgebiet gelegenen Flächen, Flst.-Nrn. 750 und 752, in der Gemeinde D.-B. ein ca. 1,50 Meter hoher Wildzaun mit zwei großen Eisentoren errichtet und eine ca. 70 m² große Grundfläche, offensichtlich als tragfähige Grundlage für ein Gebäude, bereits eingeschottert war.

Der Petent wurde am 2. Juni 1999 mündlich aufgefordert, alle Bauarbeiten zu unterlassen.

Bei einer weiteren Kontrolle am 16. August 1999 wurde festgestellt, dass trotz der mündlichen Baueinstellung ein Gebäude mit den Maßen von ca. 7,35 Meter mal 9,10 Meter fast hergestellt worden war. Auffällig war, dass an der Ostseite des Gebäudes offenbar ein Balkon errichtet werden sollte und für das Bauwerk auch gehobelte Balken verwendet wurden. In dem Gebäude sind teilweise (herkömmliche) Fenster und andere Öffnungen, wie eine Tür zum Balkon, im Rohbau hergestellt bzw. bereits fest eingebaut. Das Gebäude mit Satteldach vermittelt auf den Betrachter den Eindruck eines Wochenendhauses.

Die untere Baurechtsbehörde hat mit Verfügung vom 17. August 1999 den Bau eingestellt und den Sofortvollzug angeordnet. Gleichzeitig wurde der Petent auf die Rechtslage hingewiesen und ihm angekündigt, dass eine Beseitigungsverfügung für sämtliche bauliche Anlagen erlassen wird, da die bereits errichteten baulichen Anlagen keinem privilegierten landwirtschaftlichen Betrieb dienen. Der Rechtsvertreter des Petenten hat im Rahmen der Anhörung mitgeteilt, dass auf Grund eines Schreibens des Finanzamtes von einem landwirtschaftlichen Betrieb ausgegangen wurde.

Mit Schreiben vom 8. Oktober 1999 hat das Amt für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur mitgeteilt bzw. bestätigt, dass kein landwirtschaftlicher Betrieb nach § 201 Baugesetzbuch (BauGB) vorliegt.

Am 18. Januar 2000 wurde deshalb von der unteren Baurechtsbehörde der Abbruch des Weidezaunes mit Eisentoren samt Befestigungspfosten sowie des Gebäudes bis zum 1. März 2000 verfügt. Gleichzeitig wurde der Sofortvollzug angeordnet und ein Zwangsgeld in Höhe von 3000,- DM für den Fall angedroht, dass der Abbruch nicht fristgemäß erfolgt. Gegen den Bescheid wurde fristgemäß Widerspruch eingelegt.

Am 25. Februar 2000 wurde beim Verwaltungsgericht auch ein Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs gestellt. Dem Verwaltungsgericht wurden fünf Pachtverträge über zum Weiden von Schafen geeignete Flächen vorgelegt. Mit Beschluss vom 12. April 2000 hat das Verwaltungsgericht den Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs abgelehnt; der Antrag auf Zulassung der Beschwerde gegen diesen Beschluss wurde mit Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 6. Juni 2000 abgelehnt.

Mit Schreiben vom 15. Juni 2000 wurde der Petent aufgefordert, die baulichen Anlagen bis zum 15. Juli 2000 zu beseitigen. Anschließend wurde der unteren Baurechtsbehörde über das Amt für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur in Ablichtung ein handschriftlicher Kaufvertrag über den Erwerb von 38 Kameranmüterschafen zugeleitet. Der Petent hat weiter einen Dungübernahmevertrag vorgelegt.

Das Amt für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur hat darauf hin mit Schreiben vom 9. August 2000 mitgeteilt, dass ein Tierbestand mit ca. 50 Mutterschafen bei Nachhaltigkeit durchaus einem landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb dienen kann. Erfahrungsgemäß ergeben sich jedoch in diesen Bereichen häufig schnelle Bestandsänderungen, sodass baurechtliche Genehmigungen immer befristet oder abhängig vom Nachweis der Tierzahlen erteilt werden sollten, da es sich um einen Grenzbereich zur Hobby-Landwirtschaft handelt.

Die untere Baurechtsbehörde hat mit Schreiben vom 31. August 2000 dem Petenten mitgeteilt, dass lediglich ein einfacher Unterstand, dessen Volumen sich an der dem Grundstück entsprechenden Besatzdichte an Mutterschafen zu orientieren hat, errichtet werden darf. Bei einer Grundstücksfläche von 0,42 ha wurde ein Tierbestand von 4 Mutterschafen mit einer Unter-

stellfläche von ca. 8 m² errechnet. Die max. Höhe des Unterstands wurde mit 2,50 Metern vorgegeben. Gleichzeitig wurde dem Petenten auch mitgeteilt, dass der Standort des ohne Baugenehmigung errichteten Gebäudes wegen seiner exponierten Lage für den zulässigen Tierunterstand ausscheidet. Die Frist für den Abbruch der bestehenden baulichen Anlagen wurde bis zum 4. Oktober 2000 verlängert. Am 24. November 2000 hat die untere Baurechtsbehörde die Frist für die Beseitigung der baulichen Anlagen bis zum 6. Dezember 2000 verlängert und dem Petenten mitgeteilt, dass von der Beseitigung des Zaunes vorläufig abgesehen wird.

In einem Telefonat am 5. Dezember 2000 wurde auf Drängen des Rechtsvertreters des Petenten neu vereinbart, dass auf die Festsetzung des angedrohten Zwangsgeldes vorläufig verzichtet wird, soweit am 6. Dezember 2000 mit der Beseitigung der baulichen Anlagen begonnen und der ursprüngliche (Gelände-) Zustand bis spätestens 15. Dezember 2000 wieder hergestellt wird.

Am 6. Dezember 2000 beantragte der Rechtsvertreter des Petenten gegenüber der unteren Naturschutzbehörde u. a. die Genehmigung für das bereits bestehende Gebäude zu erteilen bzw. mitzuteilen, unter welchen Auflagen eine (naturschutzrechtliche) Genehmigung erfolgen kann.

Am 12. Dezember 2000 wurden dem Petenten und seinem Rechtsvertreter in einem Gespräch ein möglicher Standort für den Tierunterstand vorgeschlagen und auch zugesagt, andere, vom Petenten noch zu benennende Alternativstandorte, auf die Zulässigkeit nach den naturschutzrechtlichen Vorschriften zu prüfen.

Mit Schreiben vom 12. Dezember 2000 beantragte der Rechtsvertreter des Petenten die (naturschutzrechtliche) Erlaubnis zum Aufstellen eines Schafstalles, u. a. am Standort des bereits unerlaubt errichteten Gebäudes.

Nach einer Ortsbesichtigung wurde am 18. Dezember 2000 die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe von 3000,- DM verfügt und gleichzeitig ein weiteres Zwangsgeld in Höhe von 6000,- DM für den Fall, dass der Petent der Beseitigungsanordnung bis zum 29. Dezember 2000 nicht nachkommt, angedroht. Hiergegen wurde fristgerecht Widerspruch eingelegt.

Am 29. Dezember 2000 übergaben der Petent und sein Rechtsvertreter dem Ersten Landesbeamten das Bestätigungsschreiben über die eingereichte Petition sowie die Mehrfertigung eines Antrags auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung ihrer Widersprüche an das Verwaltungsgericht. Der Antrag beim Verwaltungsgericht wurde später wieder zurückgenommen.

Gegen den Petenten wurde am 26. August 1999 auch ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet und nach durchgeführter Anhörung am 3. Dezember 1999 ein Bußgeldbescheid in Höhe von 9000,- DM erlassen. Die gegen das Urteil des Amtsgerichts vom 27. Juli 2000 erhobene Rechtsbeschwerde wurde

durch Beschluss des Oberlandesgerichts am 30. Januar 2001 als unbegründet verworfen.

Ergänzend ist festzustellen, dass auf einem vom Petenten gepachteten Grundstück – auf dem später Gesteinsabbau erfolgen wird – ein Bauwagen sowie ein großer Container ohne die erforderliche Genehmigung abgestellt sind bzw. wohl ortsfest und damit als bauliche Anlage genutzt werden. Auch dieses Grundstück liegt im Landschaftsschutzgebiet.

2. Rechtliche Würdigung

Nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB ist im Außenbereich ein Vorhaben nur zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die ausreichende Erschließung gesichert ist und wenn es einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb dient und nur einen untergeordneten Teil der Betriebsfläche einnimmt. Der Petent konnte im bisherigen Verfahren den Nachweis, dass ein im Außenbereich privilegierter, landwirtschaftlicher (Nebenerwerbs-) Betrieb nach § 201 BauGB vorliegt, nicht führen.

Trotz der vom Petenten im Verwaltungs- und Gerichtsverfahren nachgeschobenen Pachtverträge für landwirtschaftliche Flächen, eines Dungübernahmevertrags sowie eines Kaufvertrags für Mutterschafe hat das Amt für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur nach wiederholter Prüfung festgestellt, dass bei einem (angestrebten) Tierbestand von ca. 50 Mutterschafen und den damit verbundenen (häufigen) Bestandsänderungen es sich im vorliegenden Fall um einen Grenzbereich zwischen einem landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb und der Hobby-Landwirtschaft handelt.

Das Amt für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur hat weiter die Auffassung vertreten, dass eventuelle baurechtliche Genehmigungen immer befristet oder abhängig vom Nachweis der jeweiligen Tierhaltung erteilt werden sollten. Bauliche Anlagen sollten unter diesen Aspekten in jedem Fall problemlos rückbaubar sein. Danach stellt die Tierhaltung des Petenten zumindest keinen erkennbar auf längere Zeit ausgerichteten landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb dar. Eine Privilegierung der vom Petenten bereits errichteten baulichen Anlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB liegt somit nicht vor.

Eine Genehmigung der baulichen Anlagen nach § 35 Abs. 2 BauGB als sonstiges Vorhaben im Außenbereich scheidet ebenfalls aus, da das Vorhaben öffentliche Belange nach § 35 Abs. 3 Nr. 5 BauGB beeinträchtigt. Zudem liegen die baulichen Anlagen im rechtskräftigen Landschaftsschutzgebiet „Blautal mit Seitentälern“ und sind danach dort nicht zulässig.

Nach § 65 Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) kann der teilweise oder vollständige Abbruch einer Anlage, die im Widerspruch zu öffentlich-rechtlichen Vorschriften errichtet wurde, angeordnet werden, wenn nicht auf andere Weise rechtmäßige Zustände hergestellt werden können.

Die baulichen Anlagen sind seit ihrer Errichtung formell und materiell rechtswidrig. Die von der unteren

Baurechtsbehörde erlassene und mit Sofortvollzug versehene Beseitigungsverfügung für das rechtswidrige Gebäude und die (massiven) Tore mit Befestigungspfosten ist rechtmäßig.

Eine Duldung des Gebäudes sowie der Eingangstore mit Befestigungspfosten scheidet aus, da das geschützte Landschaftsbild durch die massiv in Erscheinung tretenden baulichen Anlagen erheblich beeinträchtigt und auch verunstaltet wird. Die vorhandenen baulichen Anlagen entfalten zudem eine negative Vorbildwirkung in diesem besonders geschützten Landschaftsbereich.

Der Petent hat die baulichen Anlagen auf eigenes Kostenrisiko errichtet und sich über die mündlich verfügte Baueinstellung hinweggesetzt. Die mit der Beseitigung der baulichen Anlagen verbundenen wirtschaftlichen Aufwendungen sind vom Petenten zu tragen. Rechtmäßige Zustände können nur durch die Beseitigung der errichteten baulichen Anlagen wieder hergestellt werden. Bei einer sachgerechten Abwägung der Interessen des Petenten an der Erhaltung der baulichen Anlagen und den öffentlichen Belangen ist der Erhaltung der natürlichen Eigenart der Landschaft und deren Erholungswert für die Allgemeinheit der Vorrang einzuräumen.

Auf Grund der Sach- und Rechtslage kann dem Petenten lediglich ein einfacher Tierunterstand, allerdings an einer anderen, weniger einsehbaren Stelle, sowie eine für die Tierhaltung erforderliche Einfriedigung (befristet) zugelassen werden.

Der von der unteren Baurechtsbehörde verfügte Sofortvollzug der Beseitigungsanordnung, die Androhung sowie die Festsetzung eines angemessenen Zwangsgeldes sowie der Bußgeldbescheid sind ebenfalls rechtmäßig und zur Durchsetzung der Beseitigungsanordnung notwendig.

Beschlussempfehlung:

Bei der gegebenen Sach- und Rechtslage kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Behringer

3. Petition 12/8032 betr. Aufenthaltsgenehmigung

Der Petent begehrt ein Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Petent, ein 1961 geborener jugoslawischer Staatsangehöriger, reiste im März 1995 ohne Visum in das Bundesgebiet ein. Sein Aufenthalt wird derzeit wegen der tatsächlichen Unmöglichkeit von Abschiebungen in die Bundesrepublik Jugoslawien geduldet.

Mit bestandskräftigem Bescheid vom April 1998 forderte die Ausländerbehörde den Petenten unter Androhung der Abschiebung zur Ausreise auf.

Der Petent ist alleinstehend. Nach Aktenlage übt er derzeit keine Erwerbstätigkeit aus. Ausweislich der

Petitionsschrift wurde ihm ab April 2001 ein Beschäftigungsverhältnis als Kellner in Aussicht gestellt.

Soweit der Petent eine Arbeitsgenehmigung begehrt, ist die Petition der Zuständigkeit des Landes entzogen. Über die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen entscheidet das Arbeitsamt, eine Bundesbehörde. Die dem Petenten zuletzt erteilte Duldung enthält keine die Erwerbstätigkeit einschränkende ausländerrechtliche Auflage.

Soweit der Petent geltend macht, er sei Kriegsdienstverweigerer, und er sich damit auf politische Verfolgung bzw. das Vorliegen von Abschiebungshindernissen im Sinne der §§ 51 und 53 AuslG beruft, wäre die Petition ebenfalls der Zuständigkeit des Landes entzogen. Die Entscheidung über das Vorliegen politischer Verfolgung – auch im Sinne des § 51 Abs. 1 AuslG – ist beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge konzentriert. Nach dem Asylverfahrensgesetz entscheidet das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge auch über das Vorliegen von Abschiebungshindernissen nach § 53 AuslG. Die asylrechtlichen Entscheidungen des Bundesamtes und der Verwaltungsgerichte binden die Ausländerbehörden des Landes. Das Land hat deshalb insoweit keine Prüfungs- und Entscheidungskompetenz mehr.

Die Ausreisepflicht des Petenten ist vollziehbar. Abschiebungshindernisse rechtlicher Art bestehen nicht. Soweit sich der Petent lediglich darauf beruft, Kriegsdienstverweigerer zu sein, ohne politisch verfolgt zu sein, liegen keine Tatsachen vor, die ein Abschiebungshindernis nach § 53 AuslG begründen. Die allgemeine Gefahr einer Bestrafung im Heimatland steht einer Abschiebung nach § 53 Abs. 5 AuslG nicht entgegen. Der Aufenthalt des Petenten kann nur solange geduldet werden, bis Abschiebungen in die Bundesrepublik Jugoslawien wieder möglich sind.

Unabhängig davon, dass der Petent ohne das für einen Daueraufenthalt erforderliche Visum eingereist ist (§ 8 Abs. 1 Nr. 1 AuslG), erfüllt der Petent auch nicht die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

Ausländern darf eine Aufenthaltsgenehmigung zur Arbeitsaufnahme nur erteilt werden, wenn die Arbeitsaufenthaltsverordnung des Bundes (AAV) dies ausdrücklich zulässt. Die von dem Petenten beabsichtigte Erwerbstätigkeit als Kellner erfüllt jedoch nicht die Voraussetzungen hierfür. Dem Petenten könnte auch keine Aufenthaltsgenehmigung für eine Tätigkeit als Saisonarbeiter in der Gastronomie erteilt werden. Voraussetzung hierfür ist insbesondere die Vermittlung des Arbeitnehmers auf Grund einer Absprache der Bundesanstalt für Arbeit mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes und die Durchführung eines regulären Visumsverfahrens. Diese Voraussetzungen sind im Falle des Petenten nicht erfüllt. Eine solche – zeitlich auf höchstens drei Monate im Kalenderjahr beschränkte – Tätigkeit strebt er jedoch offensichtlich auch nicht an.

Der Ausnahmetatbestand des § 8 AAV ist ebenfalls nicht erfüllt. Insbesondere kann der Petent keine Auf-

enthaltsgenehmigung auf der Grundlage der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die stärkere Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Interessen des Mittelstandes bei der Anwendung von § 8 AAV vom 8. Januar 2001 (Ministerratsbeschlusses der Landesregierung vom 5. Dezember 2000) erhalten. Ein Aufenthaltstitel kann danach nur erteilt werden, wenn der Flüchtling mindestens seit 5. Dezember 1998 bei einem baden-württembergischen mittelständischen Unternehmen beschäftigt ist, dieser Betrieb dringend auf ihn angewiesen ist und der Betrieb sich nachhaltig, aber erfolglos bei der Arbeitsverwaltung um eine Ersatzkraft bemüht hat. Da der Petent voraussichtlich erst ab April 2001 eine Beschäftigung aufnehmen wird, besteht keine Möglichkeit, ihm ein Aufenthaltsrecht auf der Grundlage dieser Regelung zu gewähren.

Im Übrigen wird geduldeten Ausländern die Ausübung einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit allenfalls bis zur Aufenthaltsbeendigung erlaubt. Ein Bleiberecht für die Zeit danach kann aus einem Beschäftigungsverhältnis nicht hergeleitet werden. Allein das Bemühen, sich in Deutschland zu integrieren und sich ohne die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel eine neue Existenz aufzubauen, kann bei Ausreisepflichtigen nicht zu einem Bleiberecht führen. Der Petent befindet sich insoweit nicht in einer anderen Situation als zahlreiche andere jugoslawische Staatsangehörige auch, die in ihr Heimatland zurückkehren müssen, sobald Rückführungen dorthin wieder möglich sind.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Behringer

4. Petition 12/8100 betr. Kriegsinvalidenrente vom Versorgungsamt

Der in Polen lebende Petent begehrt die Gewährung von Beschädigtenrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Auf den Antrag des Petenten vom Februar 1988 wurden mit Bescheid vom 20. April 1989 Schädigungsfolgen am rechten Oberarm und Schulterblatt sowie am linken Ellbogengelenk mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) in nicht rentenberechtigendem Grad von unter 25 v.H. anerkannt. Im Rahmen der hiergegen erhobenen Klage hat das Sozialgericht mit Urteil vom 21. Mai 1991 die Schädigungsfolgen präzisiert, die MdE von unter 25 v.H. allerdings bestätigt. Die Berufung wurde vom Landessozialgericht mit Urteil vom 16. Oktober 1992 wegen Fristversäumnis als unzulässig verworfen. Die Nichtzulassungsbeschwerde wurde vom Bundessozialgericht mit Beschluss vom 20. April 1993 ebenfalls als unzulässig verworfen. Eine Überprüfung durch das Landesversorgungsamt auf Grund einer 1995 über das Bundespräsidialamt eingereichten Eingabe führte zu keiner für den Petenten günstigeren Entscheidung.

Der im März 1997 gestellte Neufeststellungsantrag wegen Verschlimmerung der Schädigungsfolgen wurde mit Bescheid vom 23. Mai 1997 und Widerspruchsbescheid vom 5. Februar 1998 abgelehnt, die Klage mit Gerichtsbescheid vom 28. Oktober 1998 als unbegründet abgewiesen. Weitere Eingaben des Petenten über das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung seit dem Jahr 2000, die vom Sozialministerium überprüft wurden, führten ebenfalls zu keiner günstigeren Entscheidung.

Der Feststellung der anerkannten Schädigungsfolgen sowie der MdE-Beurteilung lagen verschiedene medizinische Befundunterlagen, ein Untersuchungsgutachten der polnischen Sozialversicherungsanstalt vom 1. Dezember 1988, ein neurologisches Untersuchungsgutachten vom 1. Juni 1990, ein chirurgisches Untersuchungsgutachten vom 10. Juli 1990, ein orthopädisch-chirurgisches Aktengutachten vom 4. September 1990, ein chirurgisches Untersuchungsgutachten der polnischen Sozialversicherungsanstalt vom 1. Oktober 1997 sowie ein weiteres orthopädisch-chirurgisches Aktengutachten vom 6. Juli 1998 zu Grunde.

Nach diesen medizinischen Unterlagen sind die bei dem Petenten vorliegenden Kriegsverletzungsfolgen vollständig anerkannt und mit der festgesetzten MdE von unter 25 v. H. zutreffend bewertet. Insbesondere konnte keine Verschlimmerung der Schädigungsfolgen seit der Erstfeststellung im Jahre 1989 festgestellt werden.

Das jetzige Vorbringen des Petenten sowie die im Rahmen der Petition vorgelegten Unterlagen waren bereits früher Gegenstand von Überprüfungen und enthalten keine neuen Tatsachen oder Gesichtspunkte, die eine von den bisherigen Feststellungen abweichende Entscheidung begründen könnten.

Beschlussempfehlung:

Bei dieser Sach- und Rechtslage, insbesondere im Hinblick auf rechtskräftige sozialgerichtliche Entscheidungen, kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Behringer

5. Petition 12/8109 betr. Sicherheits- und Ordnungsbehörden, Datenschutz

Der Petent fühlt sich seit August 1998 durch eine staatliche Stelle observiert.

Der Petent machte eigenen Angaben zufolge im August 1998 eine kritische Bemerkung über einen Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland. Daraufhin seien seine Fernmeldeanschlüsse überwacht worden. Ferner sei sein Zimmer in S. im Saarland sowie sein Zimmer in der elterlichen Wohnung in K., Baden-Württemberg, durchsucht und abgehört worden. Von all diesen Maßnahmen sei er bislang von keiner Stelle benachrichtigt worden.

Im Januar dieses Jahres wandte sich der Petent in dieser Sache u. a. auch an das Landeskriminalamt Baden-Württemberg. Das Landeskriminalamt teilte dem Petenten mit Schreiben vom 5. Februar und 12. Februar 2001 mit, dass die Polizei des Landes Baden-Württemberg in ihren Informationssystemen keine Daten über ihn speichert. Es wurde ihm auch versichert, dass es keine Überwachung seiner Person angeordnet habe und nicht an den von ihm geschilderten Überwachungsmaßnahmen beteiligt war oder ist.

Auf Grund des vom Petenten initiierten Schriftverkehrs mit den Landeskriminalämtern Berlin, Hessen und Saarland von 16. Januar 2001 kam es im Rahmen von Erkenntnisfragen zu einem sog. „Info-Austausch in Staatsschutzsachen“, bei dem die Polizeidirektion K. dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg, dem Landeskriminalamt Saarland und dem Bundeskriminalamt mitteilte, dass ihr keine Erkenntnisse über den Petenten vorliegen.

Der Petent ist in Baden-Württemberg polizeilich bislang nicht in Erscheinung getreten. Das Landeskriminalamt verzeichnet keinerlei Datenspeicherung im Zusammenhang mit dem Petenten. Bei den vom Petenten genannten Telefonanschlüssen und Wohnungen in Baden-Württemberg wurden keine Maßnahmen i. S. v. § 100c StPO und § 23 PolG seitens polizeilicher Dienststellen durchgeführt. Auch unterlag und unterliegt der Petent keinerlei Überwachungs- oder Abhörmaßnahmen seitens des Verfassungsschutzes.

Die Vorwürfe des Petenten entbehren jeglicher Grundlage. Der Petent wurde in Baden-Württemberg zu keinem Zeitpunkt von polizeilichen Stellen oder dem Verfassungsschutz überwacht oder abgehört.

Beschlussempfehlung:

Bei der gegebenen Sach- und Rechtslage kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Behringer

6. Petition 12/8137 betr. Beschwerde über das Oberschulamt

Der Petent erhebt Vorwürfe gegen das Oberschulamt und das Staatliche Schulamt im Zusammenhang mit der Besetzung einer Schulleiterstelle. Er hatte sich um diese Stelle beworben, war aber nicht zum Zuge gekommen, weil ihm ein besser geeigneter Mitbewerber vorgezogen werden musste. Er wendet sich in dieser Angelegenheit bereits zum dritten Mal an den Petitionsausschuss, sodass in vollem Umfang auf die Landtagsdrucksachen 12/1445, lfd. Nr. 1 und 12/1974, lfd. Nr. 3 zu den Petitionen 12/1076 und 12/1953 Bezug genommen werden kann. Es wird keine Veranlassung gesehen, sich zu der damals erstellten Anlassbeurteilung und dem weiteren Prüfungsverfahren nochmals zu äußern.

Erstmals (in einer Petition) erhebt der Petent den Vorwurf, der ihn damals beurteilende Schulrat habe jahre-

lang evangelische Bewerber gegenüber katholischen benachteiligt. Darüber lägen dem Oberschulamt auch Erkenntnisse vor.

Außerdem behauptet er, dem Oberschulamt sei bekannt, dass besagter Schulrat in der Öffentlichkeit mit pädophilen Äußerungen aufgefallen sei. Es wird aus nahe liegenden Gründen davon abgesehen, hier die vom Petenten behauptete, ihm angeblich von Zeugen zugetragene angebliche Äußerung des Schulrates zu zitieren.

Weiterhin erhebt der Petent den Vorwurf, dass das Staatliche Schulamt ihn nicht persönlich verabschiedet habe und dass das Oberschulamt wahrheitswidrig behauptet habe, dies sei deshalb nicht geschehen, weil ein Dokument vorliege, wonach sein Gesundheitszustand keine Verabschiedung erlaube. Er habe mehrfach verlangt, dass ihm diese Bescheinigung übersandt werde. Dies sei nicht geschehen.

Es existieren keinerlei Anhaltspunkte für die Behauptung des Petenten, der ihn beurteilende Schulrat habe ihn und andere evangelische Bewerber um Funktionsstellen wegen seiner/ihrer Konfessionszugehörigkeit benachteiligt.

Wie der Petent zu der Behauptung kommt, dem Oberschulamt lägen entsprechende Erkenntnisse vor, ist nicht nachvollziehbar.

Vielmehr haben Erhebungen des Oberschulamts bei 34 Funktionsstellenbesetzungsverfahren aus den Jahren 1988 bis 1995 im Bereich des Staatlichen Schulamts, die das Oberschulamt überprüft hat, nicht den geringsten Hinweis dafür ergeben, dass der zuständige Schulamtsdirektor evangelische Bewerberinnen und Bewerber benachteiligt. Von einem auffallenden Missverhältnis kann keine Rede sein.

Entschieden zurückgewiesen wird der Vorwurf des Petenten, der beurteilende Schulrat sei in der Öffentlichkeit mit „pädophilen Äußerungen“ aufgefallen.

Alle diesbezüglichen Vorwürfe sind vom Petenten bisher nicht substantiiert vorgetragen, insbesondere nicht nach Ort und Zeit noch hinsichtlich des Namens der Ehefrau eines Lehrers, auf die sich die angeblichen Äußerungen des zuständigen Schulrats bezogen haben sollen, konkretisiert worden. Auch hat der Petent keine Namen noch Anschriften von Zeugen für die vorgeworfenen Äußerungen benannt, obwohl ihn das Oberschulamt mehrmals auf diese Unterlassung aufmerksam gemacht hat.

Auch eine Befragung des Schulamtsdirektors durch das Oberschulamt hat diese Vorwürfe nicht bestätigt.

Es trifft zu, dass der Petent wiederholt schriftlich beanstandet hat, dass er anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit vom Staatlichen Schulamt nicht persönlich verabschiedet worden ist.

Das Oberschulamt hat in seinem inzwischen unanfechtbaren Widerspruchsbescheid vom 14. Dezember 1999, mit dem die vom Petenten gestellten Anträge auf Schadensersatzleistungen abgelehnt wurden, dem Petenten dazu lediglich Folgendes mitgeteilt:

„Auch aus der Nichtverabschiedung des Wf. anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand durch das Staatliche Schulamt kann kein Mobbing-Vorwurf abgeleitet werden, zumal das Staatliche Schulamt auch in anderen Krankheitsfällen keine Verabschiedung aus diesem Anlass vorgenommen hat, sondern wie in seinem Fall verfahren ist. Es gibt gute und nachvollziehbare Gründe für ein Staatliches Schulamt, einem kranken und dienstunfähigen Beamten die Belastungen durch eine Verabschiedungsfeier zu ersparen. Außerdem kann die anlässlich der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit nicht vorgenommene Verabschiedung nicht die bereits vorher vom Amtsarzt attestierte Dienstunfähigkeit herbeigeführt haben.“

Es trifft dagegen nicht zu, dass der Petent, wie er in seiner Petition behauptet, vom Leiter des Verwaltungsreferats die Antwort erhalten habe, es liege ein ärztliches Attest bzw. Dokument vor, das bestätige, dass sein Gesundheitszustand keine Verabschiedung erlaube. Eine solche Mitteilung hat der Petent vom Oberschulamt nie erhalten.

Da ein solches Dokument nicht existiert, konnte es dem Petenten auch nicht übersandt werden.

Es trifft auch nicht zu, dass der Petent, wie er nunmehr behauptet, vor kurzem vom Oberschulamt den Bescheid erhalten habe, wenn er nach drei Jahren Ruhestand noch eine Verabschiedung wolle, werde man ihn verabschieden.

Vielmehr hat das Oberschulamt ihm mit Schreiben vom 17. Januar 2001 Folgendes mitgeteilt:

„Das Oberschulamt hat Verständnis, wenn Sie sich ärgern, dass Sie bei Ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Schuldienst nicht in der von Ihnen gewünschten Form verabschiedet worden sind. Die Gründe hierfür hat Ihnen das Oberschulamt schon mehrfach mitgeteilt. Aus Sicht des Oberschulamts gibt es aber für eine solche Verabschiedung zum jetzigen Zeitpunkt keinen plausiblen Grund mehr. Auch macht es keinen Sinn, da eine Verabschiedung zeitnah mit dem Ausscheiden erfolgen sollte. Dies ist nach nunmehr über drei Jahren sicher nicht mehr der Fall. Sollten Sie trotzdem auf einer Verabschiedung bestehen, werden Sie um Mitteilung gebeten, wie Sie sich eine solche vorstellen. Das Oberschulamt wird dies dann in seine Überlegungen miteinbeziehen.“

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Behringer

7. Petition 12/8150 betr. Gnadensache

Der 43-jährige Petent begehrt im Wege der Gnade die Aussetzung der Vollstreckung zweier kurzzeitiger Freiheitsstrafen, hilfsweise Strafaufschub.

Zur Begründung trägt der Petent im Wesentlichen vor, er lebe mit der Mutter der am 10. August 2000 geborenen gemeinsamen Tochter in häuslicher Gemeinschaft. Die Tochter leide unter zyprianischen Anfällen, was bedeute, dass bei dem Kind immer mit Atemstillstand gerechnet werden müsse. Es müsse daher unter ständiger Beobachtung stehen und sei des Nachts an einen Monitor angeschlossen. Eine erwachsene Person müsse immer zur Verfügung stehen, falls das Kind einen Atemstillstand erleide. Hierbei sei die Mutter auf die Mithilfe des Petenten angewiesen, da sie selbst unter Beschwerden leide, die im Oktober 2000 als Multiple Sklerose diagnostiziert worden seien. Im Falle eines MS-Schubes, der gegenwärtig eintreten könne, könne sie ihrem Kind nicht zur Hilfe kommen. Auch sei sie jetzt schon nicht in der Lage, das Kind alleine zu tragen.

Der Petent ist geschieden. Mit seiner früheren Ehefrau hat er drei Kinder. Mit seiner jetzigen Lebensgefährtin hat er ebenfalls drei Kinder, wobei es sich beim jüngsten dieser drei Kinder um die am 10. August 2000 geborene Tochter handelt. Seit 1994 ist der Petent bei einem Gärtnereibetrieb beschäftigt.

Nachdem er zuvor schon zweimal wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis und einmal wegen gemeinschaftlichen Betrugs jeweils zu Geldstrafen verurteilt werden musste, verhängte das Amtsgericht B. W. gegen ihn mit Urteil vom 28. Januar 1998 wegen Diebstahls in drei Fällen eine Gesamtfreiheitsstrafe von sechs Monaten, deren Vollstreckung zunächst auf die Dauer von drei Jahren zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Der Verurteilung lag zugrunde, dass der Petent in der Zeit zwischen September 1995 bis zum 15. August 1996 zwei aus seiner Ehe stammende, zu den Tatzeiten teilweise noch strafunmündige Söhne in mindestens drei Fällen aufforderte, Bargeld oder sonstige stehle wertige Gegenstände zu entwenden. Nach der jeweiligen Tatausführung mussten seine Kinder das Diebesgut, hierunter Bargeld i. H. v. insgesamt 1 150 DM, zum großen Teil an ihn abgeben. Ohne das Einwirken des Petenten auf seine beiden Söhne wäre es nach den Feststellungen des Gerichts nicht zu den Diebstahlstaten gekommen.

Kurze Zeit nach dieser Verurteilung und damit innerhalb der vom Amtsgericht B. W. festgesetzten Bewährungszeit wurde der Petent erneut einschlägig straffällig, weshalb ihn das Amtsgericht C. am 15. Juni 1999 wegen Beihilfe zum gemeinschaftlichen Diebstahl zu der Freiheitsstrafe von fünf Monaten ohne Bewährung verurteilte. Am 22. Juli 1998 war der Petent mit einem seiner Söhne, der auch in die vom Amtsgericht B. W. abgeurteilten Taten verwickelt war, und mit dessen Freund im Auto von B. W. in Richtung C. unterwegs, als sich die beiden Jugendlichen dazu entschlossen, stehleshalber in ein Firmengebäude einzudringen. In Kenntnis dieses Entschlusses fuhr der Petent die beiden zu dem fraglichen Firmengebäude, ließ sie dort aussteigen und wartete im Auto in Sichtweite des Firmeneingangs, um seinem Sohn und dessen Freund später die schnelle Flucht zu ermöglichen. Nach Durchführung des Diebstahls – die Jugendlichen hatten in dem Firmen-

gebäude einen Geldbeutel mit Bargeld, eine Eurocard und einer EC-Karte entwendet – fuhr der Petent wieder mit seinem Pkw vor, nahm die beiden Tatgenossen auf und entfernte sich mit ihnen.

Im Rahmen der Strafzumessung stellte das Gericht u. a. fest, dass die von ihm verhängte Freiheitsstrafe angesichts des schnellen Bewährungsbruchs des Petenten nicht mehr zur Bewährung ausgesetzt werden könne, da nicht erwartet werden könne, dass sich der Petent künftig straffrei führen werde. Das Gericht sei sich dabei auch bewusst, dass der Petent durch eine Inhaftierung seine Beschäftigung verliere, was jedoch angesichts des raschen Rückfalls und der Skrupellosigkeit des Verhaltens des Petenten zu keiner anderen Strafe führen könne. Landgericht und Oberlandesgericht bestätigten diese Verurteilung auf entsprechende Rechtsmittel des Petenten.

Des Weiteren hatte die neuerliche Straffälligkeit des Petenten zur Folge, dass das Amtsgericht B. W. die dort zunächst bewilligte Strafaussetzung zur Bewährung mit Beschluss vom 18. Mai 2000 widerrief. Auf die sofortige Beschwerde des Petenten bestätigte das Landgericht diese Entscheidung. In seinem Beschwerdebeschluss führte das Landgericht u. a. aus, dass der Petent durch seine neuerliche Straffälligkeit den Verlust seines Arbeitsplatzes und eine Belastung für seine kranke Lebensgefährtin infolge der auf ihn zukommenden Strafverbüßung in Kauf genommen habe und die Folgen nun tragen müsse.

Erstmals lehnte die Staatsanwaltschaft E. mit Verfügung vom 20. Juni 2000 ein auf die Freiheitsstrafe aus dem Urteil des Amtsgerichts C. bezogenes Gnadengesuch des Petenten ab. Gleichzeitig gewährte sie ihm aber Strafaufschub bis zum 10. September 2000, um ihm hierdurch die Möglichkeit zu geben, sich im Hinblick auf seine familiäre Situation in vertretbarer Zeit auf die Haft vorbereiten zu können. Weiteren zwei Gnadengesuchen gab die Staatsanwaltschaft E. keine Folge. Schließlich lehnte die Staatsanwaltschaft R. mit der durch die Petition angegriffenen Gnadenv Verfügung vom 5. Februar 2001 einen sowohl für die Freiheitsstrafe aus dem Urteil des Amtsgerichts B. W. als auch für die Freiheitsstrafe aus dem Urteil des Amtsgerichts C. begehrten Gnadenerweis als hierfür einheitlich zuständige Gnadenebehörde im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft E. ab. Das Amtsgericht B. W. war einem solchen Gnadenerweis zuvor ebenfalls entgegen getreten. Im Rahmen dieses Gnadenvfahrens hatte die Staatsanwaltschaft auch aktuelle fachärztliche Stellungnahmen sowohl zum Gesundheitszustand der am 10. August 2000 geborenen Tochter als auch zu demjenigen der Lebensgefährtin eingeholt.

Aus der Stellungnahme der die Tochter betreuenden internistischen Arztpraxis vom 21. Dezember 2000 ergibt sich insoweit im Wesentlichen, dass bei dieser Adaptionsstörungen und zyanose Anfällen diagnostiziert worden seien und daher ein Baby-Überwachungsgerät rezeptiert worden sei. Im November sei die Tochter dreimal wegen eines Pilzbefalls des Mundes und der Genitalien vorstellig gewesen, außerdem seien die Routinevorsorgeuntersuchungen durchge-

führt worden. Ende November 2000 sei das Kind auch im Notfalldienst untersucht worden. Es seien Hämatome über der Stirn, ein massiver Pilzbefall und ein reduzierter Pflegezustand festgestellt worden. Auch bei einer weiteren Untersuchung Anfang Dezember 2000 in der internistischen Praxis sei ein Hämatom an der rechten Schläfe aufgefallen. Notfallsituationen, die von der Kindesmutter berichtet würden (Blauwerden und Luftnot) seien aber weder in der internistischen Praxis noch im Krankenhaus beobachtet worden. Eine unzureichende Pflege des Kindes sei jedoch möglich.

In der ärztlichen Stellungnahme über den Gesundheitszustand der Mutter vom 8. Januar 2001 wird berichtet, dass sich bei dieser Entzündungszeichen im Nervenwasser befänden, die auf eine milde chronische Entzündung hindeuteten. Häufigste Ursache hierfür sei eine Multiple Sklerose. Daneben würden die von der Mutter angegebenen gesundheitlichen Beeinträchtigungen auf eine psychogene Störung hindeuten. Auf Grund der Kombination der Symptome bzw. Erkrankungen werde es für wahrscheinlich gehalten, dass die Mutter nicht in der Lage sei, ihre Kinder alleine durchschnittlich zu versorgen.

Die Staatsanwaltschaft R. hat zu ihrer ablehnenden Gnadenvorfügung vom 5. Februar 2001 festgehalten, dass der Petent und seine Familie durch den von der Staatsanwaltschaft E. gewährten Strafaufschub und das tatsächliche Zuwarten während des Vollstreckungs- und Gnadenvorfahrens genügend Zeit gehabt hätten, sich auf die Inhaftierung des Petenten vorzubereiten bzw. entsprechend zu disponieren. Ein weiteres Zuwarten sei nicht mehr vertretbar, insbesondere, weil sich die Präsenz des Petenten nach Berücksichtigung der in der ärztlichen Stellungnahme vom 21. Dezember 2000 mitgeteilten Fakten nicht stabilisierend auszuwirken scheint.

Auch das Justizministerium ist der Auffassung, dass der erbetene Gnadenerweis nicht in Betracht kommen kann. Das Amtsgericht C. hat – bestätigt in Berufungs- und Revisionsinstanz – eine Freiheitsstrafe von fünf Monaten unter Ablehnung einer Strafaussetzung zur Bewährung für erforderlich gehalten, um auf den bewährungsbrüchigen Petenten ausreichend einzuwirken. In der Folge sah auch das Amtsgericht B. W. keine mildere Maßnahme, als die dort zunächst gewährte Bewährung zu widerrufen, nachdem es der Petent zum wiederholten Male einem seiner Kinder bewusst ermöglicht hatte, einen Diebstahl zu begehen. Auch diese Entscheidung wurde in der Rechtsmittelinstanz bestätigt. Die Krankheit der Lebensgefährtin des Petenten war zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt. Das Landgericht R. stellte in seinem Beschluss vom 2. Juni 2000 jedoch ausdrücklich fest, dass der Petent die sich in diesem Zusammenhang durch seine Inhaftierung ergebenden Folgen tragen muss.

Auch der Umstand, dass die familiäre Situation durch die Geburt der kranken Tochter schwieriger geworden ist, kann nach Auffassung des Justizministeriums nichts ändern. Denn zunächst erscheint es angesichts des in der ärztlichen Stellungnahme vom 21. Dezember 2000 dargestellten Pflegezustands der Tochter

nicht wahrscheinlich, dass der Petent wirklich gewillt oder auch – etwa im Hinblick auf seine eigene Arbeitstätigkeit – in der Lage ist, sich in dem gebotenen Maß um diese zu kümmern und hierbei seine Lebensgefährtin tatsächlich ausreichend zu unterstützen. Im Übrigen verhält sich die häusliche Situation der Lebensgefährtin des Petenten nach Erkenntnissen des Jugendamtes beim Landratsamt, welche die Staatsanwaltschaft R. im Rahmen des Gnadenvorfahrens am 21. Februar 2001 eingeholt hatte, so, dass die Lebensgefährtin viel von ihrer Mutter unterstützt werde, die in der Nähe wohnt. Dass der Petent viel bei seiner Lebensgefährtin und den Kindern sei, sei zweifelhaft. Er werde nach Erkenntnissen des Jugendamtes „nicht groß benötigt“.

Besondere Berücksichtigung muss aber auch der strafrechtliche Werdegang des Petenten finden. Die Verurteilung des Amtsgerichts B. W. vom 28. Januar 1998 zu einer Bewährungsstrafe hat den Petenten nicht davon abhalten können, bereits nur rund 6 Monate später in einschlägiger Weise straffällig zu werden. In beiden Fällen hat er Jugendliche, zwei seiner Söhne bzw. einen Sohn und dessen Freund, für seine kriminellen Handlungen benutzt bzw. diese bei solchen Handlungen unterstützt. Derartigen Verhaltensweisen muss nach Auffassung des Justizministeriums gerade auch wegen der erforderlichen (mittelbaren) Abschreckungswirkung auf die jugendlichen Täter mit Nachdruck begegnet werden.

Beschlussesempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Behringer

8. Petition 12/8159 betr. Rückforderung des Kreissozialamtes

Die Petentin begehrt den Erlass einer Restforderung des Kreissozialamtes in Höhe von 3 300 DM. Das Kreissozialamt macht diese Forderung aus einem (bestandskräftigen) Bescheid vom März 1998 geltend, mit dem ein Schenkungsrückforderungsanspruch zur Begleichung von Heimkosten für die verstorbene Mutter der Petentin übergeleitet wurde. Die Petentin trägt u. a. vor, dass sie auf Grund ihrer schweren Erkrankung und ihres geringen Einkommens aus einer Erwerbsunfähigkeitsrente nicht in der Lage sei, die geforderten Ratenzahlungen weiter aufzubringen.

Im Rahmen der Prüfung der Petition hat das Sozialministerium das Kreissozialamt darauf hingewiesen, dass die Weiterverfolgung der Forderung für die Petentin eine unzumutbare Härte darstellen würde. Bei der Würdigung der Gesamtumstände sei auch zu berücksichtigen, dass die Petentin ihre pflegebedürftige Mutter über Jahrzehnte unter hohem persönlichem Einsatz und großen Opfern gepflegt und versorgt habe. Nach Auffassung des Sozialministeriums sollte deshalb die Restforderung niedergeschlagen oder erlassen werden.

Das Kreissozialamt hat sich dieser Auffassung angeschlossen. Die Restforderung wurde erlassen. Die Petentin wurde darüber vom Sozialamt bereits unterrichtet. Der Petition ist damit in vollem Umfang abgeholfen.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird für erledigt erklärt, nachdem ihr abgeholfen wurde.

Berichterstatter: Behringer

9. Petition. 12/8053 betr. Personalangelegenheiten der Lehrer

Der Petent ist beamteter Lehrer im öffentlichen Schuldienst. Mit seiner Petition wendet er sich gegen dienstrechtliche Maßnahmen der Schulaufsicht.

Der Petent wandte sich bereits mit der Petition 12/6641 (s. Landtagsdrucksache 12/5276, lfd. Nr. 9) an den Petitionsausschuss des Landtags. Hintergrund war eine Weigerung des Petenten, der Weisung des Schulleiters nachzukommen, einen Schüler wieder zu unterrichten, nachdem sich der Petent zuvor im Anschluss an eine Auseinandersetzung mit diesem Schüler geweigert hatte, ihn weiter zu unterrichten. Wegen den Einzelheiten wird auf die Petition 12/6641 verwiesen. Die Petition wurde für erledigt erklärt.

Im Zusammenhang mit diesem Vorfall wurde mit dem Petenten am 23. März 2000 im Oberschulamt ein Gespräch geführt. In diesem Gespräch wurde die Weigerung des Petenten, den Schüler zu unterrichten, hinterfragt. Da der Petent in dem Gespräch keine geeigneten Handlungsstrategien aufzeigen konnte, wie pädagogisch angemessen auf störende Schülerinnen und Schüler reagiert werden kann, wurde in der Folge ein Unterrichtsbesuch durchgeführt, um sich ein Bild von der pädagogischen Arbeit des Petenten zu machen.

Da die Situation an der Schule auf Grund von Konflikten des Petenten mit einem Großteil des Lehrerkollegiums und unauflösbarer Spannungen mit dem Schulleiter unerträglich geworden war, wurde er vom Staatlichen Schulamt aus dienstlichen Gründen zum Beginn des laufenden Schuljahres an eine andere Schule versetzt. Vor der Versetzung wurde der Petent gehört. Der gegen die Versetzungsverfügung erhobene Widerspruch wurde vom Oberschulamt mit Widerspruchsbescheid als unbegründet zurückgewiesen. Rechtsmittel gegen den Widerspruchsbescheid wurde nicht eingelegt. Die Versetzung ist bestandskräftig. Sie wird im Übrigen vom Petenten in seinem Schreiben an den Petitionsausschuss des Landtags als begründet und rechtmäßig bezeichnet.

Das Oberschulamt hat gegen den Petenten mit Disziplinarverfügung vom 2. Januar 2001 eine Geldbuße in Höhe von 500,- DM verhängt. Gegenstand des Disziplinarverfahrens waren ein pflichtwidriges Verhalten des Petenten gegenüber dem Schulleiter und körperliche Misshandlungen von Schülerinnen und Schülern.

Gegen die Disziplinarverfügung hat der Petent Beschwerde beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport erhoben. Die Beschwerdeentscheidung ist bis zum Abschluss des Petitionsverfahrens ausgesetzt.

Das Gespräch im Oberschulamt am 23. März 2000 war keinesfalls eine Prüfung, wie der Petent behauptet. In dem Gespräch wurden pädagogische Handlungsmöglichkeiten erörtert, wobei sich zeigte, dass der Petent keine geeigneten Handlungsweisen entwickeln konnte. Der daraufhin durchgeführte Unterrichtsbesuch ist nicht zu beanstanden. Die Schulaufsicht ist sowohl unter dem Gesichtspunkt der Beratung wie auch der Aufsicht in der Pflicht, pädagogische Kompetenz durch Unterrichtsbesuche zu überprüfen und gegebenenfalls Hilfestellung zu geben.

Vor der Versetzungsverfügung des Staatlichen Schulamts wurde dem Petenten Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Personalvertretung wurde ordnungsgemäß beteiligt.

Die Durchführung des Disziplinarverfahrens ist nach § 95 LBG geboten, weil der Petent durch pflichtwidriges Verhalten gegenüber dem Schulleiter und gegenüber Schülerinnen und Schülern ein Dienstvergehen begangen hat.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Capezzuto

10. Petition 12/7846 betr. Aufenthaltsgenehmigung

Der Petent begehrt ein Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland.

Bei dem Petenten handelt es sich um einen 36-jährigen ledigen togoischen Staatsangehörigen. Der Petent reiste im November 1992 in das Bundesgebiet ein und beantragte seine Anerkennung als Asylberechtigter. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge lehnte diesen Antrag mit Bescheid vom 25. April 1994 ab, stellte fest, dass weder die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG noch Abschiebungshindernisse nach § 53 AuslG vorliegen und drohte dem Petenten für den Fall der nicht freiwilligen Ausreise die Abschiebung an. Mit Urteil vom Januar 1995 wies das Verwaltungsgericht die gegen die Entscheidung des Bundesamtes erhobene Klage ab.

Im August 1995 stellte der Petent einen Asylfolgeantrag. Diesen lehnte das Bundesamt mit Bescheid vom 21. Februar 1996 ab. Die gegen diese Entscheidung erhobene Klage wies das Verwaltungsgericht durch Urteil vom 25. Februar 1997 ab. Auch der Antrag auf Zulassung der Berufung hatte keinen Erfolg (ablehnender Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs vom 23. April 1997). Das Asylverfahren ist seit dem 6. Mai 1997 unanfechtbar abgeschlossen.

Im Juni 1997 stellte der Petent einen weiteren Asylfolgeantrag, den das Bundesamt unter erneuter An-

drohung der Abschiebung mit Bescheid vom 8. August 1997 ebenfalls ablehnte. Dieses Asylfolgeverfahren ist seit dem 22. August 1997 bestandskräftig.

Im März 2000 stellte der Petent den dritten Asylfolgeantrag. Mit Bescheid vom 29. März 2000 lehnte das Bundesamt auch dieses Mal die Durchführung eines weiteren Asylverfahrens sowie den Antrag auf Abänderung des Bescheides vom 25. April 1994 bezüglich der Feststellung zu § 53 AuslG ab und drohte dem Petenten für den Fall der nicht freiwilligen Ausreise die Abschiebung an. Über die dagegen erhobene Klage ist bisher nicht entschieden.

Einen Antrag auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes wies das Verwaltungsgericht mit Beschluss vom 28. August 2000 ab. Auch der Antrag auf Zulassung der Beschwerde gegen diesen Beschluss blieb ohne Erfolg (ablehnender Bescheid des Verwaltungsgerichtshofs vom 21. November 2000). Einen weiteren Antrag auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes lehnte das Verwaltungsgericht mit Beschluss vom 14. Februar 2001 ab.

Am 28. August 2000 sollte der Petent nach Togo abgeschoben werden. Die Abschiebung scheiterte an seinem renitenten Verhalten. Ein erneuter Abschiebeversuch war für den 10. Oktober 2000 vorgesehen. Auf Grund der ernst zu nehmenden Äußerung von Selbstmordabsichten im Falle einer Abschiebung wurde eine Stellungnahme des Anstaltsarztes der Justizvollzugsanstalt zum Gesundheitszustand des Petenten angefordert und die Abschiebung zunächst ausgesetzt. Der Anstaltsarzt stellte fest, dass der Petent reise- und flugfähig sei, die Rückführung jedoch der Begleitung durch medizinisch-psychologisches Fachpersonal bedürfe.

Eine weitere für den 21. November 2000 vorgesehene Rückführung des Petenten mit Sicherheitspersonal und einem Arzt scheiterte daran, dass zum Rückführungszeitpunkt ein gültiges Rückreisedokument nicht vorlag, insbesondere aber der Bundesgrenzschutz die erforderliche Sicherheitsbegleitung nicht stellen konnte. Von einem weiteren Abschiebungsversuch wurde bisher abgesehen.

Der Petent befand sich von August 2000 bis Februar 2001 in Abschiebungshaft. Sein Aufenthalt wird derzeit geduldet.

Bereits im Mai 1993 hatte der Petent unter anderen Personalien bei der Außenstelle des Bundesamts in Bremen einen Asylantrag und im September 1996 einen Asylfolgeantrag gestellt. Auch die beiden unter Aliaspersonalien gestellten Anträge wurden vom Bundesamt abgelehnt. Die Verfahren wurden am 31. Juli 1993 und am 29. April 1997 unanfechtbar abgeschlossen.

Soweit sich der Petent auf politische Verfolgung bzw. das Vorliegen von Abschiebungshindernissen i. S. d. §§ 51 und 53 AuslG beruft, ist die Petition der Zuständigkeit des Landes entzogen. Die Entscheidung über das Vorliegen politischer Verfolgung – auch i. S. d. § 51 Abs. 1 AuslG – ist beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge konzentriert. Nach

den Bestimmungen des Asylverfahrensgesetzes entscheidet das Bundesamt auch über das Vorliegen von Abschiebungshindernissen nach § 53 und erlässt die Abschiebungsandrohung. Die Entscheidungen des Bundesamtes sind für die Ausländerbehörden des Landes bindend. Das Land hat insoweit keine Prüfungs- und Entscheidungskompetenz. Die vorgetragenen Gründe waren bereits ausnahmslos Gegenstand der zahlreichen Asyl- und Rechtschutzverfahren.

Der Petent muss ausreisen, da er keine Anerkennung als Asylberechtigter gefunden hat. Es besteht eine unmittelbare gesetzliche Pflicht der Ausländer, die zur Durchführung eines Asylverfahrens in das Bundesgebiet eingereist sind und deren Asylantrag abgelehnt wurde, die Bundesrepublik Deutschland wieder zu verlassen. Darauf muss schon aus Gründen der Gleichbehandlung bestanden werden.

Dem Petenten kann auch nicht aus asylunabhängigen Gründen ein weiteres Aufenthaltsrecht eingeräumt werden. Insbesondere kann sich der Petent nicht auf die Anordnung des Innenministeriums nach § 32 AuslG über die Härtefallregelung für ausländische Familien und allein stehende Personen vom 12. Januar 2000 berufen, da er nach dem maßgeblichen Stichtag (1. Januar 1990) eingereist ist.

Dem Petenten kann eine Aufenthaltsgenehmigung auch aus sonstigen Gründen nicht erteilt werden, da er ohne das für einen Daueraufenthalt erforderliche Visum in das Bundesgebiet eingereist ist. § 8 Abs. 1 Nr. 1 des Ausländergesetzes (AuslG) verbietet deshalb zwingend die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung durch eine inländische Ausländerbehörde. Eine Ausnahme wäre nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 AuslG nur möglich, wenn der Petent offensichtlich einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung hätte, was hier jedoch nicht der Fall ist. Dem Petenten darf deshalb aus Rechtsgründen vor der Ausreise eine Aufenthaltsgenehmigung nicht erteilt werden; insoweit besteht kein Ermessensspielraum.

Zur Reisefähigkeit des Petenten ist eine amtsärztliche Untersuchung veranlasst. Bis zum Vorliegen der Stellungnahme des Arztes wird der Aufenthalt des Petenten weiterhin geduldet. Sollte die Reisefähigkeit danach gegeben sein, kann von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen nicht mehr abgesehen werden.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Döpfer

11. Petition 12/7912 betr. Vermessungsgebühren

Der Petent beanstandet den Gebührenbescheid des Staatlichen Vermessungsamts vom 11. Dezember 2000 für eine Gebäudeaufnahme, die ohne sein Wissen durchgeführt worden sei. Er ist insbesondere der Auffassung, dass die erhobenen Gebühren weit überhöht seien, da die Mitarbeiter des Staatlichen Vermes-

sungsamts nur 15 Minuten für die Einmessung der Gebäude benötigt hätten. Im Übrigen seien die neuerlichen Vermessungsarbeiten unnötig gewesen, da das Grundstück sowie das sich darauf „befindliche Objekt“ in den zurückliegenden Jahren schon mehrmals vermessen worden seien und sich seither nicht verändert hätten.

Die Ehefrau des Petenten ist Eigentümerin des Flurstücks Nr. 3956/6. Im Zusammenhang mit der Einrichtung der Automatisierten Liegenschaftskarte hat das Staatliche Vermessungsamt im Jahr 2000 auf der betreffenden Gemarkung Gebäude und Gebäudeänderungen, die noch nicht im Liegenschaftskataster nachgewiesen waren, für das Liegenschaftskataster aufgenommen. Unter anderem wurden am 20. Januar 2000 auf dem Flurstück Nr. 3956/6 das 1994 errichtete Wohnhaus und die angebaute Garage eingemessen.

Die Eigentümerin des Flurstücks wurde an diesem Tag, vor Beginn der Arbeiten, von einer Mitarbeiterin des Staatlichen Vermessungsamts über die bevorstehende Amtshandlung informiert. Der Ehefrau des Petenten wurde dabei zusätzlich ein Informationsschreiben zur Gebäudeaufnahme ausgehändigt. Daraufhin wurden die Vermessungsarbeiten durchgeführt.

Nachgewiesen sind die Arbeiten im Veränderungsnachweis Nr. 2000/4 vom 20. September 2000 und im urkundlich geführten Fortführungsriss mit derselben Nummer.

Nach § 4 Abs. 1 Vermessungsgesetz (VermG) sind Änderungen der Nutzungsarten von Flurstücken für das Liegenschaftskataster aufzunehmen (Katasterfortführungsvermessung). Wird ein Gebäude errichtet, liegt in der Regel eine Änderung der Nutzungsart im Sinne des Gesetzes vor. Der Grundstückseigentümer ist nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 VermG verpflichtet, zum Zwecke der Katasterfortführungsvermessung beim Bürgermeisteramt oder staatlichen Vermessungsamt anzuzeigen, wenn ein Gebäude errichtet worden ist.

Aber auch ohne eine solche Anzeige sind die Vermessungsbehörden berechtigt und verpflichtet, die tatsächlich eingetretenen Änderungen von Amts wegen, also auch ohne Auftrag, für das Liegenschaftskataster aufzunehmen.

Das Liegenschaftskataster ist das amtliche Verzeichnis gemäß § 2 Abs. 2 Grundbuchordnung, nach dem die Grundstücke im Grundbuch benannt sind. Das Liegenschaftskataster enthält als Einziges amtliches Grundstücksverzeichnis die Beschreibung und Darstellung aller Grundstücke und Gebäude nach ihrer Lage und räumlichen Abgrenzung in der Örtlichkeit. Die geordnete Führung des Liegenschaftskatasters liegt nicht nur im öffentlichen Interesse, es besteht auch ein objektives Interesse jedes Grundstückseigentümers daran, dass das Kataster der Wirklichkeit entspricht, da dieses als Grundlage des Grundbuchs Angaben enthält, die für den Rechtsverkehr über das betreffende Grundstück von wesentlicher Bedeutung sind.

Bauvorlagen und frühere ingenieurtechnische Vermessungsarbeiten für das Bauvorhaben können die

Gebäudeaufnahme für das Liegenschaftskataster, die hoheitlichen Charakter hat, nicht ersetzen. Bautechnische Vermessungen dienen lediglich der Planung und Realisierung der Baumaßnahme. Dabei gefertigte Unterlagen haben für die Führung des Liegenschaftskatasters keine unmittelbare Bedeutung. Bei der baurechtlichen Schlussabnahme wird die tatsächliche örtliche Lage eines Gebäudes nicht ermittelt. Es ist deshalb notwendig, die tatsächliche Ausdehnung und örtliche Lage der Gebäude durch eine eigenständige Vermessung für das Liegenschaftskataster nach Abschluss der Bauarbeiten festzustellen.

Die der Petition beigelegten Kopien des Gebührenbescheids Nr. 1635 vom 11. Oktober 1994 des Vermessungsamts sowie der Rechnungen des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs (ÖbV) aus dem Jahr 1994 sind auf Grund folgender Arbeiten angefallen:

Der ÖbV hat im Jahr 1994 im Auftrag der Eigentümerin (heutige Ehefrau des Petenten) aus dem Flurstück Nr. 3956/2 (alt) zwei neue Flurstücke, Nr. 3956/2 (neu) und Nr. 3956/6 gebildet sowie eine Grenzfeststellung durchgeführt. Die entstandenen Kosten wurden der Eigentümerin am 20. Juli 1994 in Rechnung gestellt. Für die Fortführung des Liegenschaftskatasters sowie die Einsichtnahme in das Liegenschaftskataster auf Grund der vom ÖbV durchgeführten Katastervermessung erhielt die Eigentümerin den oben erwähnten Gebührenbescheid des Staatlichen Vermessungsamts von 1994 zugesandt. Die drei weiteren Rechnungen des ÖbV fielen für die Höhengabe und das Fertigen der Lagepläne zum Bausuchen, einer Ergänzung der Lagepläne und das Einschneiden des Schnurgerüsts an. Auch wenn nach dem erstmaligen Erstellen des Wohnhauses und der Garage an den Gebäuden keine Veränderungen mehr erfolgt sind, können die beschriebenen bautechnischen Vermessungsarbeiten im Vorfeld der Baugenehmigung und während der Bauausführung und Überwachung die vorgeschriebene Gebäudeaufnahme für das Liegenschaftskataster nicht ersetzen.

Im vorliegenden Fall war das auf Flurstück Nr. 3956/6 errichtete Wohnhaus mit Garage noch nicht im Liegenschaftskataster dokumentiert und wurde von Amts wegen aufgenommen. Eine Ankündigung oder nachträgliche Unterrichtung des Grundstückseigentümers über Gebäudeaufnahmen wird von den Vermessungsbehörden generell durchgeführt. Wie aus dem Blatt 1 des Fortführungsrisses Nr. 2000/4 ersichtlich ist, wurde die Ehefrau des Petenten als alleinige Eigentümerin des Flurstücks Nr. 3956/6 am Tag der Vermessung vor Ort, am 20. Januar 2000, umfassend über die bevorstehenden Vermessungsarbeiten informiert. Sie wurde sowohl mündlich als auch schriftlich, durch Aushändigen eines Informationsblattes, über die Gebäudeaufnahme in Kenntnis gesetzt.

Nach § 1 Abs. 1 Landesgebührengesetz (LGebG) erheben die staatlichen Behörden für Amtshandlungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornehmen, Verwaltungsgebühren. Die Gebührensätze sind gemäß § 2 Abs. 2 LGebG im Gebührenverzeichnis (GebVerz) durch die Gebührenverordnung der Landesregierung festgelegt.

Nach § 4 Abs. 1 LGebG ist zur Zahlung der Gebühr verpflichtet, wer die Amtshandlung veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird. Die Gebäudeaufnahme liegt im objektiven Interesse des jeweiligen Grundstückseigentümers; dies gilt auch für Gebäudeaufnahmen, die ohne Antrag durchgeführt werden. Der Grundstückseigentümer hat ein tatsächliches und rechtliches Interesse an der Richtigkeit der Angaben im Liegenschaftskataster, das der Ordnung und dem Schutz des Grundeigentums sowie der Rechtssicherheit und der Verkehrsfähigkeit der Grundstücke dient.

Gebührenschnldner der Amtshandlung ist regelmäßig der betreffende Grundstückseigentümer zum Zeitpunkt der Beendigung der Amtshandlung. Maßgeblich für die Ermittlung eines Gebührenschnldners ist also der Zeitpunkt des Abschlusses einer Amtshandlung. Die Gebäudeaufnahme des Wohnhauses und der Garage wurde mit dem Unterzeichnen des Veränderungsnachweises Nr. 2000/4 am 20. September 2000 abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt war die Ehefrau des Petenten alleinige Eigentümerin dieses Flurstücks und daher Schnldnerin für die erhobenen Gebühren.

Die Höhe der Vermessungsgebühr für eine Gebäudeaufnahme bemisst sich ausschließlich nach dem Wert, d. h. nach den Baukosten zum Zeitpunkt der Fertigstellung der zu vermessenden Gebäude. Die örtlichen Vermessungsarbeiten wurden in zwei Arbeitsgängen durchgeführt, Ermittlung des Gebäudeumrisses (vormittags) und die lagemäßige Einmessung des Gebäudes (zu einem späteren Zeitpunkt). Der Petent hat vermutlich nur die Ermittlung der Gebäudeumfangsmaße zur Kenntnis genommen. Die Gebäudeaufnahme umfasst jedoch nicht nur die örtlichen Vermessungsarbeiten, sondern auch hierfür anfallende Vorarbeiten, die Erstellung der Unterlagen zur Fortführung des Liegenschaftskatasters, deren Prüfung, die Fortführung des Liegenschaftskatasters und die Mitteilung der Veränderungen des Liegenschaftskatasters an das Grundbuchamt.

Die der Gebührenfestsetzung zugrunde gelegten Baukosten zur Errichtung des Wohnhauses und der Garage der Ehefrau des Petenten in Höhe von 360 000 DM wurden aus den Bauakten erhoben. Nach Nr. 78.2.1.1 GebVerz wurde daher für die Gebäudeaufnahme eine Gebühr in Höhe von 400 DM festgesetzt. Des Weiteren ergibt sich nach Nr. 78.7.1.1. GebVerz für die Fortführung des Liegenschaftskatasters eine Gebühr in Höhe von 140 DM. Die gesetzliche Mehrwertsteuer beläuft sich auf 64 DM. Dies ergibt einen Gesamtbetrag von 604 DM. Der Gebührenbescheid ist sowohl dem Grunde, als auch der Höhe nach nicht zu beanstanden.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Döpfer

12. Petition 12/7953 betr. Bausache

Der Petent erstrebt die Errichtung einer Tierpension sowie einer Ausbildungsstätte für Hunde auf dem Grundstück Flst. Nr. 1026.

Im Rahmen der Petition 12/6040 (s. Landtagsdrucksache 12/5057, lfd. Nr. 7) hatte sich der Petent gegen die Vollstreckung einer Abbruchsanordnung (der er sich seinerzeit durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung unterworfen hatte) gewandt. Im Gegensatz zu einigen anderen Petenten in der Nachbarschaft, die mit der Beseitigung bzw. Reduzierung illegal errichteter baulicher Anlagen begannen, zeigte der Petent keinerlei Bereitschaft, die baulichen Anlagen auf dem o. a. Grundstück zu beseitigen. Gegen die im Rahmen der Verwaltungsvollstreckung ergangenen Entscheidungen (Zwangsgeldandrohung bzw. -festsetzung) legte er Widerspruch ein, den er im Dezember 2000 jedoch wieder zurücknahm.

Wie das Landratsamt berichtet, hat eine Überprüfung des Grundstückes ergeben, dass die baulichen Anlagen entsprechend den baurechtlichen Vorgaben nunmehr beseitigt bzw. reduziert wurden.

Bereits im Juli 2000 hatte der Petent dem Landratsamt mitgeteilt, dass er das Grundstück gewerblich für eine Tierpension und zur Dressur von Hunden nutze und er in Kürze detaillierte Pläne zur Erweiterung der baulichen Anlagen vorlegen werde. Ein entsprechender Bauantrag ging beim Landratsamt jedoch nicht ein. Bei verschiedenen Überprüfungen des Grundstückes im Jahr 2000 konnte das Landratsamt auch keine entsprechende Nutzung feststellen.

Sowohl das Landratsamt als auch das (von dem Petenten ebenfalls angeschriebene) Landwirtschaftsamt erteilten dem Petenten die Auskunft, dass die geplante Nutzung nicht privilegiert im Außenbereich zulässig sei, da kein landwirtschaftlicher Betrieb vorliege.

Die von dem Petenten geplante Nutzung zählt nicht zu den gem. § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB im Außenbereich privilegiert zulässigen Vorhaben; es dient keinem landwirtschaftlichen Betrieb.

Zur Landwirtschaft i. S. v. § 201 BauGB zählen insbesondere der Ackerbau sowie die Wiesen- und Weidewirtschaft, einschließlich Pensionstierhaltung, auf überwiegend eigener Futtergrundlage. Typisches Merkmal für eine Landwirtschaft ist die unmittelbare Bodenertragsnutzung, bei der der Boden zum Zwecke der Nutzung eines Ertrages planmäßig eigenverantwortlich bewirtschaftet wird. Tierhaltungen, insbesondere auch eine Pensionstierhaltung, wie sie der Petent anstrebt, zählen nur dann zum Ackerbau oder zur Wiesen- und Weidewirtschaft, wenn sie auf überwiegend eigener Futtergrundlage erfolgen.

Die von dem Petenten geplante Pensionskleintierhaltung kann gerade nicht auf eigener Futtergrundlage erfolgen, da der Anbau von Futterpflanzen für so unterschiedliche Tierarten auf dem lediglich 11 Ar großen Grundstück nicht sinnvoll erfolgen kann, zumal ein erheblicher Teil der Fläche für die Hundeschule benötigt wird.

Eine Pensionstierhaltung i. S. v. § 201 BauGB müsste auch im Zusammenhang mit der Wiesen- und Weidewirtschaft stehen. Hunde, Katzen und Nagetiere, die der Petent im Rahmen seiner Tierpension unterbringen und versorgen will, sind jedoch keine Weidetiere.

Eine landwirtschaftliche Tätigkeit i. S. v. § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB muss aber auch nach Umfang, Organisation und Dauerhaftigkeit einen Betrieb darstellen. Die beabsichtigte Bodennutzung muss nach der Größe der landwirtschaftlichen Fläche, dem Umfang des Arbeitsanfalls und der Verkehrsüblichkeit sowie im Hinblick auf die persönliche Eignung des Betriebsleiters und seine wirtschaftlichen Verhältnisse die Gewähr für eine ernsthafte, nachhaltige und auf Dauer angelegte, rentable Bewirtschaftung bieten.

Das hier in Rede stehende Grundstück (das nicht im Alleineigentum des Petenten steht) ist verhältnismäßig schmal und lang und verkehrlich nur schwer über Wiesenwege zu erreichen. Es liegt in unmittelbarer Nähe zu einem Gartenhausgebiet, dessen Erholungsfunktion durch die Immissionen der geplanten Tierhaltung erheblich gestört würde.

Ein auf Gewinnerzielung gerichteter landwirtschaftlicher Betrieb kann auf diesem (lediglich 11 Ar umfassenden) Grundstück nicht nachhaltig und auf Dauer betrieben werden. Insbesondere ist nicht nachvollziehbar, wie eine überwiegend eigene Futtergrundlage auf Dauer gesichert werden soll. Ggf. ist diese auch nicht ernsthaft vorgesehen, da der Petent im Haupterwerb Tierfutter verkauft.

Da das Vorhaben des Petenten keinem landwirtschaftlichen Betrieb dient, sind die von ihm geplanten baulichen Anlagen (Einfriedigung, Ställe u. a.) gem. § 35 Abs. 2 BauGB zu beurteilen, danach jedoch nicht genehmigungsfähig, da sie öffentliche Belange beeinträchtigen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Döpfer

13. Petition 12/8223 betr. Beobachtung der REPUBLIKANER durch den Verfassungsschutz

Der Petent bittet um Begründung, warum die Partei „Die Republikaner“ in Baden-Württemberg durch das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) beobachtet wird.

Die Partei „Die Republikaner“ wird in Baden-Württemberg seit Dezember 1992 vom LfV mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet. Gegen diese Beobachtung hatte der Landesverband Baden-Württemberg am 26. März 1993 Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung mit dem Ziel der Unterlassung der Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln beim Verwaltungsgericht S. (VG) gestellt. Der Antrag wurde am 4. August 1993 vom VG, die

Beschwerde gegen die Ablehnung am 11. März 1994 vom VGH zurückgewiesen. Am 9. November 1998 erhob der Landesverband beim VG Klage auf Unterlassung nachrichtendienstlicher Beobachtung gegen das Land Baden-Württemberg. Das VG hat die Klage am 26. Mai 2000 abgewiesen. Daraufhin beantragte der Landesverband beim VGH die Zulassung der Berufung. Die Berufung wurde am 17. Oktober 2000 vom VGH zugelassen. Über die Berufung ist noch nicht entschieden.

Von folgenden Gerichten wurden Klagen der Partei gegen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz abgewiesen:

- OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 10. September 1999 (rechtskräftig)
- OVG Niedersachsen, Urteil vom 19. Oktober 2000 (noch nicht rechtskräftig)
- OVG Nordrhein-Westfalen Urteil vom 21. Dezember 2000 (noch nicht rechtskräftig).

Das VG Berlin hatte am 31. August 1998 der Klage der „Republikaner“ stattgegeben, über die Zulassung der Berufung der Senatsverwaltung dagegen ist noch nicht entschieden.

Rechtsgrundlage für die Beobachtung des Landesverbands Baden-Württemberg der Partei „Die Republikaner“ sind die §§ 3, 4 und 6 Landesverfassungsschutzgesetz (LVSG). Nach § 3 Abs. 1 LVSG hat das Landesamt für Verfassungsschutz u. a. die Aufgabe, Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu erkennen.

Nach § 3 Abs. 2 S. 1 LVSG sammelt es zur Erfüllung dieser Aufgaben Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen von Organisationen und Personen u. a. über Bestrebungen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind, und wertet sie aus. Nach Satz 2 des § 3 Abs. 2 LVSG setzt Sammlung und Auswertung der Informationen im Einzelfall voraus, dass für die genannten Bestrebungen tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

Gemäß § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 LVSG sind Bestrebungen i. S. d. LVSG solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in Abs. 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen. Danach zählen zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung:

(1.) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,

(2.) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,

- (3.) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- (4.) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- (5.) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- (6.) der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- (7.) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Gemäß § 6 LVSG kann das LfV Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen anwenden (nachrichtendienstliche Mittel). Die Erhebung ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, den Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist, was in der Regel dann anzunehmen ist, wenn die Informationen extra aus allgemein zugänglichen Quellen oder sonst einfacherem Weg gewonnen werden können. Die Anwendung des nachrichtendienstlichen Mittels darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

Das VG S. hat die Beobachtung der Partei „Die Republikaner“ mit nachrichtendienstlichen Mitteln für rechtmäßig erklärt. Es hat festgestellt, dass tatsächliche Anhaltspunkte gegeben sind, die den Verdacht rechtfertigen, dass vom Kläger Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung ausgehen. Zwar bekenne sich die Partei in ihrem Bundesparteiprogramm inzwischen ausdrücklich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Allerdings sei ein lediglich formales Bekenntnis bzw. ein bewusst vorsichtig gehaltenes Parteiprogramm ohne Beweiswert für die wahren Ziele einer Partei. Erst die Fülle der Einzelheiten – die Worte und Taten der Parteiführenden und ihrer Anhänger sowie des verwendeten Schulungs- und Propagandamaterials – eröffne den wirklichen Sinn des Parteiprogramms (BVerwG, NJW 1986, 3096, 3097).

Das Verwaltungsgericht stellte weiter fest, dass durch die Verwendung der Begriffe „Umerziehung“ und „Altparteien“ zum Ausdruck gebracht werde, dass die etablierten demokratischen Parteien in volksverachtender und volksschädigender Weise nach wie vor lediglich als ausführende Organe der ehemaligen Besatzungsmächte agierten. Deren Ziele seien dem deutschen Volk nach dem Krieg quasi übergestülpt worden. Häufig seien diese Vorwürfe mit diffamierenden Angriffen auf Politiker sowie Repräsentanten und Institutionen von Staat und Parteien verbunden. Der Begriff „Alt-Parteien“ und seine Verwendung durch die „Republikaner“ komme daher sachlich dem von der verbotenen Partei SRP verwendeten Begriff der „Lizenz-“ oder „Monopol-Parteien“ gleich, den das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich dem von

Hitler verwendeten Begriff der „System-Parteien“ gleichgestellt habe.

Das Verwaltungsgericht fährt fort, dass die Angriffe auf Volkssouveränität und Mehrparteiensystem darüber hinaus in engem Zusammenhang mit einer mangelnden Distanzierung zum Nationalsozialismus stünden. Weiter sieht es in dem ungeklärten Verhältnis der Partei zu weiter rechts stehenden und teilweise verfassungswidrigen Gruppierungen gewichtige Anhaltspunkte, die eine Beobachtung der „Republikaner“ mit nachrichtendienstlichen Mitteln durch den Verfassungsschutz rechtfertigen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Döpfer

14. Petition 12/7497 betr. Steuersache, steuerliche Berücksichtigung von Studiengebühren

Mit seiner Eingabe begehrt der Petent die steuerliche Berücksichtigung von Studiengebühren für ein Auslandsstudium seines Sohnes.

Der 64-jährige Petent ist verheiratet und bezieht als pensionierter Bundeswehroffizier Versorgungsbezüge. Zusätzlich zu den Einkünften aus der Tätigkeit als freier Handelsvertreter erzielt der Petent gemeinsam mit seiner Ehefrau Einkünfte aus der Vermietung eines Wohnhauses. Für den 26-jährigen studierenden Sohn erhielt der Petent im Jahr 1999 3000 DM Kindergeld.

In der Einkommensteuererklärung für 1999 beantragte der Petent neben einem Ausbildungsfreibetrag zusätzlich die Berücksichtigung der für den Besuch einer Universität seines Sohnes angefallenen Studiengebühren i. H. v. 19900 DM als Schulgeldzahlungen an eine sog. Ersatz- oder Ergänzungsschule. Hierzu erläuterte der Petent, dass sein Sohn nach Abschluss des ersten juristischen Staatsexamens am 1. Oktober 1999 ein zweijähriges Auslandsstudium an der amerikanischen J.-H.-Universität, Washington, aufgenommen habe, das er im ersten Jahr zunächst am B. Center in Italien, einer Außenstelle der J.-H.-Universität, wahrnahm. Für das erste Halbjahr seien Studiengebühren von umgerechnet 19900 DM angefallen, die im Jahr 1999 gezahlt wurden.

Im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung berücksichtigte das Finanzamt den geltend gemachten Ausbildungsfreibetrag für den studierenden Sohn in Höhe des gesetzlichen Höchstbetrags von 4200 DM. Die Berücksichtigung der Studiengebühren als Schulgeldzahlungen lehnte das Finanzamt unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen des § 10 Abs. 1 Nr. 9 Einkommensteuergesetz (EStG) ab.

Gegen die Nichtberücksichtigung der Studiengebühren legte der Petent Einspruch ein. Nach Auffassung des Petenten müsse es möglich sein, die für

seinen Sohn getragenen Studiengebühren einkommensmindernd als Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen. Die Verpflichtung der Eltern, ihren Kindern die bestmögliche Ausbildung zukommen zu lassen, müsse durch die steuerliche Absetzbarkeit der hierdurch entstehenden Kosten unterstützt werden. Zudem sei es ungerecht, dass finanziell unabhängige Studierende die von ihnen selbst getragenen Studiengebühren ausländischer Universitäten als vorweggenommene Werbungskosten absetzen könnten, die von den Eltern übernommenen Studiengebühren hingegen nicht.

In der Eingabe an den Petitionsausschuss wiederholt der Petent seine bereits im Einspruchsverfahren vorgetragene Rechtsauffassung.

Schulgeldzahlungen für ein Kind, für das der Steuerpflichtige Kindergeld erhält, können nach § 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG i. H. v. 30 v. H. des Entgelts dann als Sonderausgaben abgezogen werden, wenn sie für den Besuch einer nach Artikel 7 Abs. 4 Grundgesetz (GG) staatlich genehmigten oder nach Landesrecht erlaubten Ersatzschule sowie einer nach Landesrecht anerkannten allgemein bildenden Ergänzungsschule entrichtet werden. Ob eine Schule als Ersatzschule oder allgemein bildende Ergänzungsschule zu behandeln ist, bestimmt sich nach den in Artikel 7 Abs. 4 GG genannten und in den Gesetzen der Bundesländer, welche die staatliche Schulaufsicht über Schulen in freier Trägerschaft regeln, konkretisierten Begriffen.

Da die außerhalb des Gültigkeitsbereichs des Grundgesetzes im Ausland geführten Schulen nicht den inländischen Gesetzen unterliegen und deshalb weder der Genehmigung oder Anerkennung durch eine inländische Schulbehörde bedürfen, noch der Aufsicht der inländischen Schulbehörde unterliegen, sind bereits aus diesen Gründen die Tatbestandsvoraussetzungen für den begrenzten Sonderausgabenabzug von Schulgeldzahlungen nicht erfüllt. Hinzu kommt, dass Universitäten – selbst wenn sie im Inland gelegen sind – grundsätzlich nicht den in den einzelnen Bundesländern bestehenden Gesetzen für die Schulen in freier Trägerschaft unterstellt sind. Auch aus diesem Grund können die Studiengebühren nicht als Sonderausgaben abgezogen werden.

Im Hinblick darauf, dass die vom Gesetzgeber vorgenommene Aufzählung der nach § 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG begünstigten Schulen abschließend ist, und der Gesetzgeber nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (BFH) nicht verpflichtet ist, den Besuch von Privatschulen jeder Art in gleicher Weise zu fördern (BFH-Urteil vom 11. Juni 1997, BStBl II S. 617), ist es der Finanzverwaltung verwehrt, im Einzelfall eine hiervon abweichende Entscheidung zu treffen. Die vom Petenten aufgewendeten Studiengebühren können demzufolge nicht als Schulgeldzahlungen im Rahmen des begrenzten Sonderausgabenabzugs berücksichtigt werden.

Auch eine steuermindernde Berücksichtigung der Studiengebühren aus anderen Gründen, z. B. als außergewöhnliche Belastungen, scheidet im Hinblick auf das gewährte Kindergeld von 3 000 DM und den im

Rahmen der Einkommensteuerveranlagung bereits berücksichtigten Ausbildungsfreibetrag von 4 200 DM aus.

Steuerlich werden die von den Eltern zur Sicherung des Existenzminimums erforderlichen Aufwendungen für Kinder durch die Gewährung von Kindergeld oder alternativ durch den Ansatz des Kinderfreibetrags berücksichtigt. Bei der Bestimmung des steuerlichen Existenzminimums wird auf den sozialhilferechtlich anerkannten existenznotwendigen Mindestbedarf, der am Bedarf und nicht am tatsächlichen Aufwand bemessen wird, abgestellt. Dabei wird nicht berücksichtigt, ob und ggf. aus welchen Gründen die von den Eltern für den Kindesunterhalt aufgewendeten tatsächlichen Kosten den existenziell notwendigen Bedarf übersteigen. Sämtliche durch den Unterhalt und die Ausbildung von Kindern verursachten Belastungen gelten durch die Gewährung des Kindergeldes oder des Kinderfreibetrags als abgegolten, auch wenn hierdurch kein voller Ersatz dieser Aufwendungen gewährt wird (BFH-Urteil vom 26. Juni 1992, BStBl 1993 II S. 278). Im Fall des Petenten wird die steuerliche Freistellung des Existenzminimums des Kindes durch das gezahlte Kindergeld von 3 000 DM bewirkt. Bei Berücksichtigung des dem Existenzminimum eines Kindes entsprechenden Kinderfreibetrags von 6 912 DM hätte sich auf Grund der Höhe des zu versteuernden Einkommens für den Petenten dagegen nur eine Steuererstattung von 2 228 DM ergeben. Mithin verbleibt es bei dem ausgezahlten Kindergeld (§ 31 EStG).

Entstehen den Eltern für die Berufsausbildung ihres Kindes höhere Aufwendungen als bei der Bestimmung des Existenzminimums zugrundegelegt worden sind, wird – wie bei der Veranlagung des Petenten – in besonders gelagerten Fällen zusätzlich zum Kindergeld oder Kinderfreibetrag auf Antrag ein Ausbildungsfreibetrag von maximal 4 200 DM berücksichtigt (§ 33 a Abs. 2 EStG). Die vom Gesetzgeber anstelle eines Abzugs der tatsächlichen Aufwendungen zur Verwaltungsvereinfachung geschaffene Freibetragsregelung ist von der Rechtsprechung der Finanzgerichte grundsätzlich für zulässig angesehen worden. Auch nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Januar 1994 (BStBl II S. 307) müssen Berufsausbildungskosten – abweichend von Unterhaltsleistungen zur Sicherung des Existenzminimums – vom Gesetzgeber nicht in voller Höhe zum Abzug zugelassen werden.

Für die den maßgebenden Freibetrag übersteigenden tatsächlichen Aufwendungen kommt auch eine weitere Steuerermäßigung als außergewöhnliche Belastungen allgemeiner Art (§ 33 EStG) nicht in Betracht (§ 33 a Abs. 5 EStG). Insoweit sind die dem Petenten durch den Unterhalt und die Berufsausbildung seines Sohnes entstandenen Aufwendungen durch die Gewährung des Kindergeldes von 3 000 DM und die Berücksichtigung des Ausbildungsfreibetrags von 4 200 DM pauschal abgegolten.

Der Hinweis des Petenten, wonach Studenten die von ihnen selbst getragenen Studiengebühren für den Besuch einer im Ausland gelegenen Universität als vor-

weggenommene Werbungskosten berücksichtigen können, ist nicht zutreffend. Richtig ist vielmehr, dass Studenten eigene Ausbildungskosten (z. B. Studiengebühren, Fahrtkosten usw.) im Rahmen des § 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG bis zur Höhe von jährlich 1 800 DM, bei auswärtiger Unterbringung bis zur Höhe von jährlich 2 400 DM, als Sonderausgaben geltend machen können. Insoweit erfolgt eine steuerliche Entlastung aber nur dann, wenn der Student – was regelmäßig nicht der Fall ist – über eigene Einkünfte (z. B. aus nicht selbstständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen) verfügt, für die er Einkommensteuer zu entrichten hat. Eine Ungleichbehandlung ist hierin nicht erkennbar.

Beschlussempfehlung:

Bei der gegebenen Sach- und Rechtslage kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichtersteller: Fischer

15. Petition 12/7973 betr. öffentlicher Dienst

Der 31-jährige Petent war vom 1. September 1995 bis zu der von ihm beantragten Entlassung am 31. Januar 2001 bei der Justizvollzugsanstalt als Obersekretär im Justizvollzugsdienst beschäftigt.

Mit seiner Eingabe vom 12. Januar 2001 trägt er vor, er sei von Kollegen und Vorgesetzten in der Justizvollzugsanstalt verleumdet und „gemobbt“ worden. u. a. sei er anlässlich der letzten Regelbeurteilung ohne Grund auf drei Punkte herabgestuft worden. Eine Bewerbung auf einen höherbewerteten Dienstposten habe die Verwaltungsleitung als völlig aussichtslos abgelehnt. Des Weiteren habe man ihm unberechtigte Vorgaben hinsichtlich der Auswahl eines ihn behandelnden Arztes gemacht. Schließlich sei eine Versetzungsbewerbung nach Nordrhein-Westfalen vom Verwaltungsleiter vereitelt worden.

Soweit der Petent – wenig substantiiert – Mobbingverhalten seiner ehemaligen Kolleginnen und Kollegen sowie Vorgesetzten geltend macht, wurden diese Vorwürfe vom Leiter der Justizvollzugsanstalt nicht bestätigt. Entsprechende Vorfälle sind dort nicht bekannt und konnten auch nicht ermittelt werden.

Insgesamt sind die Angaben des Petenten wenig glaubhaft: So wurde er in seiner letzten Regelbeurteilung am 1. März 2000 entgegen seinen Angaben nicht mit drei, sondern mit fünf Punkten („entspricht den Leistungserwartungen“) bewertet und lag damit im Durchschnittsbereich.

Seine Bewerbung auf einen mit A 9 bewerteten Dienstposten eines Bereichsleiters konnte, was dem nach A 7 besetzten Petenten bewusst gewesen sein muss, mangels persönlicher und laufbahnrechtlicher Voraussetzungen keinerlei Aussicht auf Erfolg haben.

Zutreffend ist, dass dem Petenten seitens der Justizvollzugsanstalt eindringlich nahe gelegt wurde, dass

Krankschreibungen eines in Nordrhein-Westfalen niedergelassenen Arztes nicht mehr akzeptiert werden würden. Hintergrund hierfür waren überdurchschnittliche Krankheitszeiten (89 Tage im Jahr 2000) und die sich darauf gründende Vermutung, dass längere Aufenthalte des Petenten am Wohnsitz seiner neuen Lebensgefährtin in Nordrhein-Westfalen, wo er für Rückfragen der Vollzugsanstalt nicht zur Verfügung stand, seiner Neigung zu einer baldmöglichsten Wiederaufnahme des Dienstes nicht förderlich waren.

Das Versetzungsgesuch des Petenten nach Nordrhein-Westfalen wurde entsprechend dem üblichen Geschäftsgang behandelt. Nach Versendung der Personalakten des Petenten an das dortige Justizvollzugsamt teilte dieses der Justizvollzugsanstalt mit Schreiben vom 11. September 2000 mit, dass dem Wunsch des Petenten nach einer Versetzung „wegen eingeschränkter gesundheitlicher Belastbarkeit“ nicht entsprochen werden könne.

Mit Schreiben vom 15. Januar 2001 bat der Petent um Entlassung aus dem Beamtenverhältnis zum 31. Januar 2001.

Eine vor Bescheidung dieses Antrags ihm telefonisch mitgeteilte Bitte, die Hintergründe seines Entlassungswunsches mit dem Sachbearbeiter des Personalreferats im Justizministerium im Rahmen eines Mitarbeitergesprächs zu erörtern, hat der Petent abgelehnt.

Er wurde daraufhin antragsgemäß aus dem Beamtenverhältnis entlassen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichtersteller: Fischer

16. Petition 12/8009 betr. Erlass von Einkommen- und Gewerbesteuer

Der Petent begehrt den Erlass von Einkommensteuer- und Gewerbesteuernachzahlungen, die auf Grund einer Betriebsprüfung festgesetzt worden sind.

Der steuerlich beratene Petent ist 56 Jahre alt und verheiratet. Er betreibt ein gewerbliches Einzelunternehmen. Im Jahr 2000 wurde bei dem Petenten für die Jahre 1995 bis 1997 eine Betriebsprüfung durchgeführt. Für die Jahre ab 1998 stehen die Steuererklärungen noch aus. Über sämtliche Feststellungen der Betriebsprüfung wurde mit dem Petenten Einvernehmen erzielt. Die Prüfung führte zu Steuernachzahlungen in Höhe von insgesamt rd. 31 500 DM, davon 7 180 DM Gewerbesteuer. Die entsprechenden Steuerbescheide sind bestandskräftig.

Beim Finanzamt bestehen zurzeit Steuerrückstände von rd. 43 800 DM. Einen Antrag auf Stundung oder Erlass der Steuerschulden hat der Petent beim Finanzamt bisher nicht gestellt.

Die Vermögenssituation des Petenten stellt sich nach Aktenlage wie folgt dar:

Die Eheleute sind je zur Hälfte Miteigentümer eines teils eigenbetrieblich und teils für eigene Wohnzwecke genutzten Zweifamilienhauses sowie einer vermieteten Eigentumswohnung. Die Eheleute sind derzeit bemüht, die Eigentumswohnung zu veräußern, wobei sie nach Abzug der dinglich gesicherten Verbindlichkeiten noch mit einem Reinerlös von 60 000 DM rechnen. Zugunsten des Finanzamts sind auf beiden Grundstücken Sicherungshypotheken in Höhe von rd. 17 500 DM im Grundbuch eingetragen.

Es ist nicht bekannt, in welcher Höhe bei anderen Gläubigern gegenwärtig noch Verbindlichkeiten bestehen. Nach der letzten vorliegenden Bilanz des Gewerbebetriebs zum 31. Dezember 1997 beliefen sich die betrieblichen Bankverbindlichkeiten des Petenten auf rd. 300 000 DM, die im Wesentlichen auf dem vorhandenen Grundbesitz dinglich abgesichert sein dürften. Im Jahr 2000 ist nach den bisher vorliegenden Umsatzsteuervoranmeldungen bis einschließlich November 2000 ein erheblicher Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Zu der Petition hat das Finanzministerium Stellung genommen:

Die Petition zielt auf einen Erlass der aus der Betriebsprüfung resultierenden Mehrsteuern.

Der Erlass von Steuern stellt einen Verzicht auf steuerliche Einnahmen dar, der letztlich die Allgemeinheit belastet und daher im Interesse der Gleichmäßigkeit der Besteuerung auf besonders gelagerte Ausnahmefälle beschränkt bleiben muss. Nach § 227 AO können Steuern deshalb nur erlassen werden, wenn sachliche oder persönliche Billigkeitsgründe dies im Einzelnen rechtfertigen.

Im Fall des Petenten könnte allenfalls ein Erlass aus persönlichen Billigkeitsgründen in Betracht kommen. Voraussetzung für eine derartige Maßnahme sind die Erlassbedürftigkeit und die Erlasswürdigkeit des Steuerpflichtigen. Erlassbedürftigkeit liegt vor, wenn die Versagung des Steuererlasses die wirtschaftliche Existenz des Steuerpflichtigen ernsthaft gefährden würde. Dies wäre insbesondere der Fall, wenn etwaige Zahlungsschwierigkeiten auch nicht mehr durch eine Stundungsregelung überbrückt werden könnten. Für die Beurteilung der Existenzgefährdung kommt es auf die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Steuerpflichtigen an. Es muss dabei von einem Steuerpflichtigen erwartet werden, dass er nicht nur alle verfügbaren und zu beschaffenden Mittel einsetzt, sondern auch im Rahmen des Zumutbaren die Vermögenssubstanz angreift, um seine Steuerschulden zu begleichen. Eine Erlassmaßnahme kommt dann nicht in Betracht, wenn sie im wirtschaftlichen Ergebnis lediglich anderen Gläubigern des Steuerpflichtigen zugute kommen würde.

Für eine Entscheidung über das Erlassbegehren sind weitergehende Sachverhaltskenntnisse erforderlich, insbesondere zu den aktuellen Einkommens- und Vermögensverhältnissen des Petenten sowie zur Frage

der Bereitschaft der anderen Gläubiger, einen eventuellen Erlass in gleicher Weise mit zu tragen. Der im Laufe der Jahre beim Petenten eingetretene Vermögensverlust von nahezu 1 Mio. DM rechtfertigt allein keinen Steuerverzicht zulasten der Allgemeinheit. Gegenwärtig ist nicht ersichtlich, dass die Einziehung der Steuerschulden zu einer unmittelbaren Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz des Petenten führen würde.

Ein Erlass der Gewerbesteuer kann ausschließlich von der steuerberechtigten Gemeinde bewilligt werden.

Der Petent wird auf die Möglichkeit hingewiesen, unter Darlegung seiner aktuellen Einkommens- und Vermögensverhältnisse beim zuständigen Finanzamt einen Antrag auf Erlass der Einkommensteuer zu stellen und sich wegen eines Erlasses von Gewerbesteuer an die Gemeinde zu wenden.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird mit den Ausführungen der Regierung für erledigt erklärt. Im Übrigen kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Fischer

17. Petition 12/8013 betr. Strafvollzug

Der 33-jährige Petent verbüßt in der Justizvollzugsanstalt eine Gesamtfreiheitsstrafe von sieben Jahren und sechs Monaten wegen schwerer räuberischer Erpressung in vier Fällen, davon in zwei Fällen in Tateinheit mit schwerem Raub, sowie wegen versuchter schwerer räuberischer Erpressung in zwei Fällen. Die Unterbringung des Petenten in einer Entziehungsanstalt ist angeordnet. Von der Gesamtfreiheitsstrafe werden zwei Jahre und neun Monate vorwegvollzogen.

Mit seiner Eingabe trägt der Petent vor, er durchlaufe eine Ausbildung zum Metallbauer; ihm werde eine Unterbringung in einem Einzelhaftstraum, den er zur Vorbereitung benötige, vorenthalten.

Hierzu hat das Justizministerium wie folgt Stellung genommen:

Mit Rücksicht auf seine Ausbildung, aber ohne verbindliche Zusage wurde der Petent in der Justizvollzugsanstalt seit dem 9. November 2000 allein in einem Doppelhaftstraum untergebracht. Ein freier Einzelhaftstraum in einem anderen Flügel wurde ihm angeboten. Der Petent wollte aber nicht in einen anderen Flügel umziehen.

Nachdem am 3. Januar 2001 im Haftstraum des Petenten eine Brennanlage zur verbotenen Herstellung branntweinhaltiger Getränke entdeckt wurde, hat man vorübergehend einen Mitgefangenen in den Haftstraum des Petenten verlegt.

Seit dem 26. Januar ist der Petent wieder allein untergebracht. Auf der flügelinternen Warteliste für einen Einzelhafteraum steht er zurzeit auf Platz 8.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Fischer

18. Petition 12/8025 betr. Einweisung in eine C 4-Professur an der Pädagogischen Hochschule

Der Petent begehrt die „Einweisung in eine C 4-Professur an der Pädagogischen Hochschule“. Aus dem Gesamtkontext seines Schreibens wird jedoch klar, dass es ihm um die Übertragung des Amtes eines Professors der Besoldungsgruppe C 4 geht, mit der Folge einer entsprechend höheren Besoldung. Der Petent ist bisher Professor der Besoldungsgruppe C 3. Er vertritt das Fach „Deutsche Sprache und Literatur und ihre Didaktik“.

Das Wissenschaftsministerium ist schon aus Rechtsgründen gehindert, dem Anliegen des Petenten zu entsprechen, ohne dass es auf die Richtigkeit von dessen Begründung ankäme. Im Einzelnen:

1. Nach § 44 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Pädagogischen Hochschulen (PHG) sind die Vorschriften über die Laufbahnen auf Professoren nicht anzuwenden. Dies bedeutet konkret, dass Beförderungen von einem Professorenamt in das andere rechtlich nicht möglich sind. Die vom Petenten gewünschte Übertragung des Amtes eines C 4-Professors ohne öffentliche Ausschreibung und ohne gesetzlich vorgeschriebenes Berufungsverfahren (dazu siehe unten) würde aber eine solche Beförderung darstellen. Die Übertragung eines höherwertigen Professorenamtes ist an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen nur unter den nachfolgenden Voraussetzungen möglich.
2. Freie Stellen für Professoren sind vom Rektorat zunächst öffentlich auszuschreiben (§ 49 Abs. 2 Satz 1 PHG).
3. Auf der Basis der eingegangenen Bewerbungen ist sodann ein gesetzlich klar umschriebenes Berufungsverfahren durchzuführen (§ 49 Abs. 3 bis Abs. 7 PHG) und dem Wissenschaftsministerium ein Berufungsvorschlag mit in der Regel drei Namen vorzulegen. Der Berufungsvorschlag wird von einer Kommission der zuständigen Fakultät („Berufungskommission“) erarbeitet. Ihr gehören
 - der Dekan oder ein von ihm bestellter Professor als Vorsitzender,
 - drei Professoren der Fakultät, davon mindestens zwei Fachvertreter,
 - zwei weitere Professoren aus anderen Fakultäten,

- ein Angehöriger des wissenschaftlichen Dienstes sowie
- ein Studierender

an. Das Gesetz schreibt ferner vor, dass mindestens die Hälfte der Professoren der Besoldungsgruppe C 4 angehören sollen. Das Gesetz verspricht sich von einer in dieser Weise zusammengesetzten Berufungskommission eine besondere Objektivität und Neutralität. Die Zusammensetzung der Kommission dient in besonderer Weise dem verfassungsrechtlichen Gebot der Auswahl nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung sowie einer ausgewogenen Zusammensetzung des Lehrkörpers einer Hochschule.

4. Der von der Berufungskommission vorbereitete Berufungsvorschlag wird vom erweiterten Fakultätsrat und Senat der Hochschule beschlossen (§§ 49 Abs. 4 Satz 9; 14 Abs. 1 Satz 2 Nr. 11 PHG); erst dann wird er dem Ministerium vorgelegt.
5. Selbst wenn eine Ausschreibung und ein Berufungsverfahren unter Beachtung dieser Regularien durchgeführt ist, wäre die Berufung eines Bewerbers aus der eigenen Hochschule nur in Ausnahmefällen möglich (§ 49 Abs. 3 Satz 2 PHG; sog. „Hausberufungsverbot“). Ein Ausnahmefall könnte dann angenommen werden, wenn eine solche Marktengpass bestünde, dass letztlich von außerhalb kein geeigneter Bewerber gewonnen werden kann. Dies müsste durch mehrere erfolglose öffentliche Ausschreibungen nachgewiesen sein. Nach Kenntnis des Wissenschaftsministeriums aus vielen Berufungsverfahren besteht jedoch gerade im philologischen Bereich kein Bewerbermangel.

Nachdem keine dieser Voraussetzungen im Falle des Petenten gegeben ist, wird schon aus Rechtsgründen keine Möglichkeit gesehen, dem Wunsche des Petenten zu entsprechen. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass das Recht der Selbstergänzung, so wie es in den gesetzlichen Regelungen zum Berufungsverfahren zum Ausdruck kommt, einen wesentlichen Bestandteil der Autonomie der Hochschulen darstellt und letztlich am Schutz der Wissenschaftsfreiheit aus Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes und der Hochschulautonomie aus Art. 20 der Landesverfassung (LV) teilhat. Insbesondere in Art. 20 Abs. 3 LV ist das Vorschlagsrecht der Hochschulen bei der Ergänzung des Lehrkörpers verfassungsrechtlich verankert. Eine von diesen verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Vorgaben abweichende Übertragung eines höherwertigen Professorenamtes auf den Petenten wäre damit zugleich ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Hochschule.

Beschlussempfehlung:

Aus der sich ergebenden Sach- und Rechtslage kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Fischer

19. Petition 12/8037 betr. Einbürgerung

Die Petentin begehrt die Einbürgerung in den deutschen Staatsverband, u. U. unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit.

Die Petentin wurde 1947 in Ruski Krstur/Jugoslawien geboren. Von dort reiste sie im Dezember 1962 ins Bundesgebiet ein und beantragte erstmals am 30. Juli 1992 die Einbürgerung in den deutschen Staatsverband.

Der Einbürgerung wurde unter der Voraussetzung zugestimmt, dass Mehrstaatigkeit vermieden wird. Die Petentin erhielt deshalb am 31. August 1992 eine auf zwei Jahre befristete Einbürgerungszusicherung. Am 21. November 1994 hat sie ihren Einbürgerungsantrag ohne Nachweis getätigter Entlassungsbemühungen zurückgenommen. Am 17. Januar 1995 beantragte sie erneut ihre Einbürgerung; sie hat hierbei vorgetragen, die jugoslawische Staatsangehörigkeit nicht zu besitzen. Die Einbürgerungsbehörde hat der Petentin mit Schreiben vom 6. Februar 1995 mitgeteilt, dass vom Besitz ihrer jugoslawischen Staatsangehörigkeit auszugehen sei, da in einer vorgelegten deutschen Übersetzung aus dem Geburtsmatrikelbuch aus dem Jahr 1974 hervorgehe, dass beide Elternteile jugoslawische Staatsangehörige seien. Im Übrigen besaß die Petentin zu diesem Zeitpunkt auch einen gültigen jugoslawischen Pass. Die Petentin wurde auf eine möglicherweise erforderliche Nachregistrierung oder eine Bescheinigung über den Nichtbesitz der jugoslawischen Staatsangehörigkeit hingewiesen. Am 6. März 1995 erhielt sie erneut eine Einbürgerungszusicherung für den Fall, dass der Verlust der jugoslawischen Staatsangehörigkeit nachgewiesen wird. Auf Nachfrage der Einbürgerungsbehörde nach dem Stand des Entlassungsverfahrens teilte die Petentin mit Schreiben vom 24. September 1999 mit, dass sie insbesondere aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage sei, die erforderlichen Nachweise zu erbringen. Eine Anfrage der Einbürgerungsbehörde beim Generalkonsulat der Bundesrepublik Jugoslawien vom 15. Dezember 1999 hat ergeben, dass die Petentin bislang keinen Entlassungsantrag gestellt hat. Sie trägt nun erstmals vor, dass sie sich bemüht habe, die Nachregistrierung über eine Schwester und eine Schulfreundin zu erreichen. Nachweise hierfür liegen nicht vor.

Nach der durch das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 (BGBl. I S. 1618 ff.) geschaffenen Übergangsregelung des § 102 a AuslG beurteilt sich der Einbürgerungsantrag der Petentin nach § 86 Abs. 1 AuslG in der vor dem 1. Januar 2000 geltenden Fassung mit der Maßgabe, dass sich die Hinnahme von Mehrstaatigkeit nach § 87 AuslG – neu – richtet.

Die Petentin hat – soweit feststellbar – durch Abstammung entsprechend Art. 4 des Gesetzes über die jugoslawische Staatsangehörigkeit vom 23. August 1945 die jugoslawische Staatsangehörigkeit erworben und ist nach Auflösung der SFR Jugoslawien der heutigen Bundesrepublik Jugoslawien zuzuordnen. Hierfür spricht zunächst ein der Einbürgerungsbehörde vorliegender Auszug aus dem Geburtsmatrikelbuch

vom 28. April 1974 aus dem ersichtlich ist, dass die Eltern der Petentin als jugoslawische Staatsangehörige eingetragen sind. Demgegenüber ist unbeachtlich, dass in der Übersetzung eines Auszugs vom 5. Oktober 1994 bezüglich der Staatsangehörigkeit der Eltern keine Angaben mehr vorhanden sind. Warum die jugoslawischen Behörden unterschiedliche Auszüge aus dem Geburtsmatrikelbuch ausgestellt haben, ist hier nicht nachvollziehbar. Auch die Tatsache, dass der alte jugoslawische Pass der Petentin mit dem Buchstaben C versehen war, ist ein Hinweis auf den Besitz der jugoslawischen Staatsangehörigkeit. Vielleicht mögen es ihre Eltern versäumt haben, sie für eine Republikzugehörigkeit registrieren zu lassen. Dies war im ehemaligen Jugoslawien auch nicht weiter relevant, erst nach dem Zerfall Jugoslawiens konnte diesem Umstand für die Beurteilung der Staatsangehörigkeit Bedeutung zukommen. Nachdem der Petentin immer wieder jugoslawische Ausweispapiere ausgestellt worden waren und sie bis zu Beginn des Jahres 2000 auch im Besitz eines gültigen jugoslawischen Passes war, muss von ihrer jugoslawischen Staatsangehörigkeit ausgegangen werden. Im April 2000 erhielt sie ein (deutsches) Reisedokument, da es ihr aus gesundheitlichen Gründen unzumutbar war, das jugoslawische Generalkonsulat zur Verlängerung ihres jugoslawischen Passes aufzusuchen. Der Vortrag der Petentin, sie sei nicht jugoslawische Staatsangehörige, vermag deshalb nicht zu überzeugen. Die Petentin wurde von der Einbürgerungsbehörde deshalb zu Recht aufgefordert, ihre Registrierung nachzuholen, ggf. über die Feststellung nach Art. 35 des Gesetzes über die jugoslawische Staatsangehörigkeit den Besitz der jugoslawischen Staatsangehörigkeit oder deren Nichtbesitz durch eine entsprechende Negativbescheinigung nachzuweisen. Für den Besitz der jugoslawischen Staatsangehörigkeit spricht im Übrigen auch die Tatsache, dass die Schwester der Petentin die Entlassung aus der jugoslawischen Staatsangehörigkeit beibringen konnte.

Soweit sich die Petentin nun erstmals darauf beruft, dass eine Nachregistrierung in Jugoslawien nicht möglich sei, sind diese Angaben weder konkretisiert noch nachgewiesen, vor allem aber auch nicht überzeugend. Nachdem sich eine Schwester der Petentin mit einer Zeugin vor Ort um die Nachregistrierung bemüht hat, hätte es sich im Übrigen angeboten, eine Darstellung des genauen Ablaufs der Bemühungen vorzulegen.

Der Petentin ist es zuzumuten, mit dem jugoslawischen Generalkonsulat Verbindung aufzunehmen, um dort die für sie gegebenen Möglichkeiten zur Nachregistrierung in Erfahrung zu bringen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass sich die Situation in Jugoslawien nach der Regierungsneubildung auch hinsichtlich der Behandlung von Fragen der Staatsangehörigkeit geändert hat. So fanden im Dezember 2000 beim Auswärtigen Amt und im Januar 2001 beim Innenministerium Baden-Württemberg Unterredungen mit Vertretern der jugoslawischen Seite statt. Sie haben übereinstimmend erklärt, dass es jugoslawischen Staatsangehörigen nunmehr möglich sei, sich jugoslawische Personenstandsurkunden und

Dokumente zu beschaffen. Ein entsprechendes Ersuchen der Petentin dürfte deshalb bei der jugoslawischen Seite nicht auf generelle Ablehnung stoßen. Eine Reise nach Jugoslawien ist nach Auskunft der jugoslawischen Seite nicht (mehr) erforderlich; das jugoslawische Generalkonsulat nimmt sowohl Anträge auf Entlassung aus der jugoslawischen Staatsangehörigkeit als auch Nachregistrierungsanträge entgegen.

Die Petentin erfüllt derzeit keinen der in § 87 AuslG abschließend aufgezählten Ausnahmetatbestände für eine Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit. Gesundheitsbedingte Einschränkungen zählen nicht hierzu. Ein solcher Tatbestand könnte allenfalls dann gegeben sein, wenn Jugoslawien die Entlassung aus der jugoslawischen Staatsangehörigkeit von unzumutbaren Bedingungen abhängig machen würde, indem z. B. für die Stellung eines formgerechten Entlassungsantrags Unterlagen gefordert würden, die von der Ehefrau des Petenten nicht beigebracht werden könnten. Hiervon kann bislang nicht ausgegangen werden.

Nach § 9 StAG sollen Ehegatten Deutscher unter den Voraussetzungen des § 8 u. a. eingebürgert werden, wenn sie ihre bisherige Staatsangehörigkeit verlieren oder aufgeben oder ein Grund für die Hinnahme von Mehrstaatigkeit nach Maßgabe des § 87 des Ausländergesetzes vorliegt. Dies ist bei der Petentin nicht der Fall, denn sie ist bisher nicht aus der jugoslawischen Staatsangehörigkeit ausgeschieden und ein Grund für die Hinnahme von Mehrstaatigkeit nach Maßgabe des § 87 AuslG liegt – wie ausgeführt – nicht vor.

Eine Einbürgerung nach § 8 StAG kommt gleichfalls nicht in Betracht. Die in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen sind Mindestvoraussetzungen, ohne die eine Einbürgerung nicht vorgenommen werden darf. Allein ihr Vorliegen rechtfertigt eine Einbürgerung noch nicht; eine Einbürgerung im Ermessen der Behörde kann bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen nur erfolgen, wenn im Einzelfall ein öffentliches (staatliches) Interesse an der Einbürgerung festgestellt werden kann. Die Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums Baden-Württemberg zum Staatsangehörigkeitsrecht (BW-StAR-VwV) vom 5. Januar 2001 legt allgemeine Grundsätze für die Ermessensausübung fest. Danach ist der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit bei der Ermessensausübung zu beachten (Nr. 8.1.2 und 8.1.2.6 BW-StAR-VwV). Die eng umrissenen Voraussetzungen für eine ausnahmsweise Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit liegen bei der Petentin nicht vor (Nr. 8.1.2.6.3 BW-StAR-VwV).

Beschlussempfehlung:

Bei der gegebenen Sach- und Rechtslage kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Fischer

20. Petition 12/8136 betr. Wohngeld u. a.

Die Petentin erhält Wohngeld nach den Bestimmungen des Wohngeldgesetzes (WoGG) und begehrt eine Erhöhung ab 1. Januar 2001.

Der Petentin wurde mit Bescheid vom 20. März 2000 Wohngeld von monatlich 76,- DM für die Zeit vom 1. April 2000 bis 31. März 2001 bewilligt. Nach Eingang des Erhöhungsantrags am 29. Januar 2001 wurde die Petentin am 2. Februar 2001 von der Wohngeldstelle telefonisch informiert, dass sich erst ab 1. April 2001 ein höheres Wohngeld ergebe, weil die zu berücksichtigende Miete sich nicht um mehr als 15 vom Hundert erhöht habe. Die Wohngeldstelle hat – um der Petentin eine erneute Antragstellung zu ersparen – mit deren Einverständnis den Erhöhungsantrag in einen Wiederholungsantrag ab 1. April 2001 umgedeutet und eine entsprechende Eingabe in das landeseinheitliche EDV-Verfahren Wohngeld veranlasst. Der Petentin wurde mit Bescheid vom 20. März 2001 für die Zeit vom 1. April bis 31. Mai 2002 ein monatliches Wohngeld von 115,39 DM bewilligt.

Das Wohngeldgesetz wurde zum 1. Januar 2001 novelliert. Wurde vor Inkrafttreten der Änderung über einen Antrag auf Wohngeld entschieden, verbleibt es es für die Leistung des Wohngeldes auf Grund dieses Antrags bei der Anwendung des bis dahin geltenden Rechts (§ 40 Abs. 3 WoGG). Die Rechtsänderung selbst hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf bereits laufende Bewilligungen.

Eine Erhöhung im laufenden Bewilligungszeitraum ist nur möglich, wenn die Voraussetzungen des § 29 Abs. 1 WoGG n. F. vorliegen. Dies ist der Fall, wenn sich im laufenden Bewilligungszeitraum entweder die Zahl der Familienmitglieder erhöht oder die zu berücksichtigende Miete sich um mehr als 15 vom Hundert erhöht oder das Gesamteinkommen sich um mehr als 15 vom Hundert verringert hat. Keine dieser Voraussetzungen traf bei der Petentin zu. Die zu berücksichtigende Miete (§§ 7, 8 WoGG) erhöhte sich zwar von 405,- DM auf 432,50 DM, was jedoch nur eine Erhöhung um 6,8 vom Hundert bedeutete. Eine Aufhebung des bestehenden Wohngeldbescheids und eine Neubescheidung auf der Grundlage des ab 1. Januar 2001 geltenden Rechts war daher – wie von der Wohngeldstelle zutreffend erkannt – nicht zulässig.

Der Petition kann bei der gegebenen Sach- und Rechtslage für die Zeit vom 1. Januar 2001 bis 31. März 2001 nicht abgeholfen werden. Für die Zeit ab 1. April 2001 wurde der Petition abgeholfen, da bei der Weiterbewilligung des Wohngeldes die Wohngeldnovelle 2001 angewendet werden konnte und sich dadurch das monatliche Wohngeld von 76,- DM auf 115,39 DM erhöhte.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird, soweit ihr abgeholfen wurde, für erledigt erklärt. Im Übrigen kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Fischer

21. Petition 12/8151 betr. Gewährung von Ausbildungsförderung

Die am 8. April 1981 geborene Petentin erwarb im Juni 1997 die mittlere Reife. Von September 1997 bis Juli 1999 absolvierte sie eine Ausbildung zur staatlich geprüften Wirtschaftsassistentin. Im Anschluss daran besuchte sie in der Zeit vom 13. September 1999 bis 17. Juni 2000 das Kaufmännische Berufskolleg zur Erlangung der Fachhochschulreife. Hierfür beantragte die Petentin am 28. September 1999 Ausbildungsförderung nach dem BAföG. Das Amt für Ausbildungsförderung des Landratsamts lehnte mit Bescheid vom 29. Dezember 1999 den Förderungsantrag der Petentin mit der Begründung ab, das anzurechnende Einkommen der Eltern (DM 1 260,21) übersteige den Gesamtbedarf der Antragstellerin (DM 640,00). Der dagegen eingelegte Widerspruch wurde mit Widerspruchsbescheid vom 24. Juli 2000 als unbegründet zurückgewiesen. Klage wurde nicht erhoben.

In ihrer Petition vom 5. März 2001 bittet die Petentin um Prüfung des Sachverhalts. Sie trägt vor, dass eine Mitschülerin, die nach Abschluss ihrer Ausbildung zur Wirtschaftsassistentin die Wirtschaftsoberschule an der R.-S.-Schule zum Erwerb der Fachhochschulreife besucht habe, elternunabhängige Förderung erhalten habe. Ihr Antrag auf elternunabhängige Förderung sei dagegen abgelehnt worden.

Dem Petitionsbegehren kann nicht entsprochen werden, da die Petentin im Bewilligungszeitraum September 1999 bis Juni 2000 keinen Anspruch auf elternunabhängige Förderung hatte. Gleichzeitig ist auch anhand der Akten des zuständigen Landratsamts – Amt für Ausbildungsförderung –, die dem Wissenschaftsministerium über das Landesamt für Ausbildungsförderung im Original vorgelegt wurden, von einer korrekten Sachbearbeitung auszugehen; eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes konnte nicht festgestellt werden. Die Entscheidung des Amts für Ausbildungsförderung ist deshalb nicht zu beanstanden.

Die Ausbildungsförderung wird grundsätzlich familienabhängig gewährt. Nur in wenigen, vom Gesetz eng umgrenzten Ausnahmefällen kann auf die Anrechnung der Elterneinkommens verzichtet und elternunabhängige Förderung gewährt werden (§ 11 Abs. 3 Nr. 1-4 BAföG). Das Gesetz unterstellt in diesen spezifischen Fallgruppen, dass eine Verpflichtung der Eltern zur Leistung von Ausbildungsunterhalt für die Finanzierung einer Berufsausbildung nicht mehr besteht. Dies ist dann der Fall, wenn der Auszubildende u. a. ein Kolleg besucht (§ 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BAföG).

Das Kolleg i. S. von § 11 Abs. 3 Nr. 1 i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 4 BAföG führt in einem Bildungsgang von in der Regel drei und höchstens vier Jahren zur allgemeinen oder zu einer fachgebundenen Hochschulreife. Der Bewerber muss eine Berufsausbildung abgeschlossen haben oder mindestens drei Jahre berufstätig gewesen sein, mindestens 19 Jahre alt sein und eine Eignungsprüfung bestanden oder einen mindestens halbjährigen Vorkurs erfolgreich durchlaufen ha-

ben. Welche Ausbildungsstätten als Kolleg gelten, ergibt sich aus den einschlägigen Beschlüssen der Kultusministerkonferenz.

Den Kollegs werden förderungsrechtlich die Berufsoberschulen zugerechnet. Auszubildende an der Oberstufe der Berufsoberschulen in Baden-Württemberg werden daher Auszubildenden an Kollegs gleichgestellt und sind dementsprechend auch elternunabhängig zu fördern.

Die elternunabhängige Förderung für Besucher eines Kollegs findet ihren Grund darin, dass die Besucher dieser Ausbildungsstätte nach den schulrechtlichen Bestimmungen vor ihrer Aufnahme eine berufsqualifizierende Ausbildung erhalten oder mindestens drei Jahre eine geregelte Berufstätigkeit ausgeübt haben und mindestens 19 Jahre alt sein müssen, sodass ihre Eltern in der Regel ihnen schon eine abgeschlossene Ausbildung finanziell ermöglicht haben oder sich nunmehr darauf einrichten konnten, dass sie für den Auszubildenden Ausbildungskosten nicht mehr zu tragen haben werden (vgl. Rothe/Blanke, BAföG, § 11 Rn. 25).

Das von der Petentin im Bewilligungszeitraum September 1999 bis Juni 2000 besuchte Berufskolleg (Klasse 12) zum Erwerb der Fachhochschulreife an der Handelslehranstalt in G. ist trotz seiner Bezeichnung kein Kolleg im oben genannten Sinne. Auszubildende am einjährigen Berufskolleg in Baden-Württemberg zur Erlangung der Fachhochschulreife sind Auszubildenden an Fachoberschulen gleichgestellt (vgl. Tz 2.1.8 BAföG-VwV). Für diese Auszubildende gilt § 11 Abs. 3 Nr. 1 BAföG nicht. Sie können nur dann elternunabhängig gefördert werden, wenn sie bei Beginn des Ausbildungsabschnitts das 30. Lebensjahr vollendet haben, nach Vollendung des 18. Lebensjahres fünf Jahre erwerbstätig waren oder nach Abschluss einer vorherigen zumindest dreijährigen berufsqualifizierenden Ausbildung drei Jahre oder im Falle einer kürzeren Ausbildung entsprechend länger erwerbstätig waren (§ 11 Abs. 3 Nr. 2-4 BAföG). Dies ist bei der am 8. April 1981 geborenen Petentin bedauerlicherweise nicht der Fall.

Der von der Petentin angesprochene, angeblich ähnlich gelagerte Förderfall ist mit dem Sachverhalt der vorliegenden Petition nicht zu vergleichen. Im angesprochenen Fall hat die ehemalige Mitschülerin der Petentin die Wirtschaftsoberschule an der R.-S.-Schule zum Erwerb der Fachhochschulreife besucht. Der Besuch dieser Ausbildungsstätte steht dem Besuch eines Kollegs gleich (vgl. Tz 2.1.13 BAföG-VwV). Die ehemalige Mitschülerin der Petentin konnte deshalb elternunabhängig nach § 11 Abs. 3 Nr. 1 BAföG gefördert werden.

Da die Petentin dagegen keine der Voraussetzungen des § 11 Abs. 3 Nr. 1-4 BAföG erfüllt und das Einkommen der Eltern ihren Bedarf übersteigt, wurde ihr Förderungsantrag zurecht abgelehnt.

Abschließend ist anzumerken, dass auch im vorliegenden Förderfall die gegebenen Rechtsschutzmöglichkeiten von der Petentin nicht ausgeschöpft wurden.

Beschlussempfehlung:

Nach der sich ergebenden Sach- und Rechtslage kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Fischer

22. Petition 12/8163 betr. Öffentlicher Dienst

Die 35-jährige Petentin war vom 1. April 1997 bis 31. März 1999 in einem Ausbildungsverhältnis als Obersekretärin im allgemeinen Vollzugsdienst bei der Justizvollzugsanstalt H. und danach bis 3. März 2000 als Angestellte in einem befristeten Arbeitsverhältnis bei der Justizvollzugsanstalt S. beschäftigt. Dieses Arbeitsverhältnis wurde nicht verlängert. Hiergegen hat die Petentin am 19. April 2000 beim Arbeitsgericht S. Kündigungsschutzklage eingereicht.

Mit ihrer Petition bringt sie zum Ausdruck, dass sie sich von ihrem ehemaligen Dienstherrn ungerechtfertigt nachteilig behandelt fühlt und begehrt weiterhin die Übernahme in ein Beamtenverhältnis im allgemeinen Vollzugsdienst. Desweiteren beanstandet sie einen schleppenden Verfahrensgang im arbeitsgerichtlichen Verfahren.

Die Petentin weist zutreffend darauf hin, dass sie wegen „versuchten ungesetzlichen Grenzübertritts“ vom 25. Juli 1982 bis 2. August 1983 und erneut vom 11. Juni 1988 bis 30. November 1988 in der ehemaligen DDR inhaftiert war.

Trotz gewisser Bedenken (unter anderem auf Grund eines Strafbefehls wegen falscher Verdächtigung ihres damaligen Ehemanns vom 21. Januar 1993) wurde die Petentin unter positiver Gewichtung ihrer schick-salhaft rechtsstaatswidrigen Behandlung in der ehemaligen DDR im April 1997 als Beamtenanwärterin im allgemeinen Vollzugsdienst bei der Justizvollzugsanstalt H. zugelassen.

Während der Ausbildung zeigte die Petentin ein differenziertes Leistungsbild: Ihren beachtlichen Fähigkeiten im persönlichen Umgang mit Gefangenen standen Defizite in der Beachtung von Sicherheitsvorschriften und der Umsetzung von Weisungen ihrer Vorgesetzten gegenüber. Letztlich wurde nach zweijähriger Ausbildung und einem guten Prüfungsabschluss von einer Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe bei der Justizvollzugsanstalt H. abgesehen, weil die Petentin bei den dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht die notwendige Akzeptanz fand. Ursächlich hierfür waren neben den dienstlichen Schwachpunkten vermutlich auch mehrere staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gegen die Petentin, die zwar letztlich alle (größtenteils gegen Geldbuße) eingestellt wurden, deren Umstände (Beziehungskonflikte mit einem Lebenspartner) jedoch im Kollegenkreis bekannt wurden.

Unter Berücksichtigung ihrer sozialen Lage (allein erziehende Mutter) wurde die Petentin dann am 31.

März 1999 von der Justizvollzugsanstalt S. in ein bis zum 3. März 2000 befristetes Angestelltenverhältnis übernommen mit der Maßgabe, dieses bei Bewährung fortzuführen und gegebenenfalls in ein Beamtenverhältnis umzuwandeln. Die Leitung der Justizvollzugsanstalt S. hat jedoch ebenfalls die defizitäre Einstellung der Petentin bezüglich der Sicherheitsvorschriften festgestellt, weshalb sie zu einer Verlängerung des Arbeitsverhältnisses nicht bereit war. Hinzu kam, dass während dieser Zeit gegen die Petentin ein Strafbefehl wegen fahrlässiger Trunkenheit im Verkehr erging.

Das Personalreferat des Justizministeriums hat sodann in Anerkennung der durchaus vorhandenen Fähigkeiten der Petentin und erneut aus sozialen Gründen einen Arbeitsversuch im Jugendvollzug bei der Justizvollzugsanstalt P. initiiert, was jedoch nach einer Vorstellung der Petentin auf Grund eines ablehnenden Votums des Anstaltsleiters, des Personalrats und der Frauenvertreterin scheiterte und damit zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses führte.

Soweit die Petentin einen schleppenden Fortgang der Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht S. bemängelt, wird im Hinblick auf die verfassungsrechtlich garantierte richterliche Unabhängigkeit von einer Stellungnahme abgesehen.

Beschlussempfehlung:

Die Petentin wird auf den Ausgang des arbeitsgerichtlichen Verfahrens verwiesen. Im Übrigen kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Fischer

23. Petition 12/6668 betr. Grundbuchwesen, Notare

Die Petentin beschwert sich – wie bereits mit der Petition 11/3189 – über einen Notar im Landesdienst, der ein Testament unterdrückt haben soll. Darüber hinaus soll es zu fehlerhaften Grundbucheintragungen und kollusivem Zusammenwirken mit dem Bruder der Petentin gekommen sein.

Hinsichtlich des Sachverhaltes und der damals bereits erhobenen Vorwürfe wird auf Landtagsdrucksache 11/3998, laufende Nr. 6, Bezug genommen.

Soweit die Petentin darüber hinaus jetzt vorträgt, der Notar habe mit ihrem Bruder kollusiv zusammengewirkt und sie habe ein von ihren Eltern gefertigtes gemeinschaftliches Testament gesehen, handelt es sich um Verdächtigungen und Behauptungen, für deren Richtigkeit keinerlei Anhaltspunkte ersichtlich sind. Es bestehen nach wie vor keine vernünftigen Zweifel daran, dass es sich beim Ehe- und Erbvertrag der Eltern der Petentin um deren letzten Willen handelte.

Soweit die Petentin wiederum Änderungen im Grundbuch rügt, handelt es sich tatsächlich nicht um das Grundbuch, sondern um das damals im badischen Landesteil übliche so genannte „Hilfsgrundbuch“. In

dieses „Hilfsgrundbuch“ wurden zunächst vom Grundbuchbeamten quasi als Konzept die beabsichtigten Eintragungen vorgemerkt, die dann vom Notar korrigiert und danach in die Erstschrift des Grundbuchs übertragen wurden. Maßgeblich sind insoweit allein die Eintragungen im Grundbuch.

Anhaltspunkte dafür, dass vorliegend eine im Wege der Dienstaufsicht beanstandbare, nicht ordnungsgemäße Erledigung der Dienstgeschäfte durch den zuständigen Notar erfolgt wäre, sind nach wie vor nicht ersichtlich.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatterin: Grünstein

24. Petition 12/7627 betr. Strafvollzug

Der 52-jährige Petent befand sich zur Verbüßung einer Gesamtfreiheitsstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten wegen unerlaubten gewerbsmäßigen Handels mit Betäubungsmitteln in fünf Fällen in der Justizvollzugsanstalt. Mit Bescheid der Staatsanwaltschaft vom 19. Dezember 2000 wurde die weitere Vollstreckung der Freiheitsstrafe zur Durchführung einer stationären Drogentherapie gem. § 35 BtMG zurückgestellt.

Der Petent wurde am 9. Januar 2001 entlassen.

In seiner Petition beklagt sich der Petent weitgehend pauschal über die Zustände in der Justizvollzugsanstalt.

Soweit er konkretere Angaben macht hat das Justizministerium wie folgt Stellung genommen:

1. Der Petent bringt vor, nach seiner Einlieferung in die Justizvollzugsanstalt keine medizinische Unterstützung erhalten zu haben.

Dies entspricht nicht den Tatsachen. Der Petent wurde nach erfolgter Festnahme durch die Polizei am 29. Juni 1999 in die Außenstelle eingeliefert. Die Zuganguntersuchung durch den stellvertretenden Anstaltsarzt erfolgte ordnungsgemäß am 30. Juni 1999. Auf Grund der festgestellten Entzugerscheinungen wurde durch den Arzt Gemeinschaftsunterbringung empfohlen. Der Petent wurde entsprechend untergebracht. Eine weitere Behandlungsbedürftigkeit bestand nicht.

2. Weiter beklagt sich der Petent darüber, dass die Arbeitszuteilung in der Untersuchungshaftabteilung der Justizvollzugsanstalt nicht der Reihe nach, sondern willkürlich, erfolge.

Dies ist unzutreffend. Arbeitswillige Untersuchungsgefangene werden in eine Warteliste eingetragen und grundsätzlich nach dieser Liste zur Arbeit eingeteilt. Im Einzelfall kann es aus psychologischen Gründen jedoch erforderlich sein, einen Gefangenen außer der Reihe zur Arbeit einzuteilen. Dabei handelt es sich um aus behandlerischen Gründen gebotene Ausnahmen.

3. Entgegen der Auffassung des Petenten, dass die Abfalltonnen für den organischen Restmüll in den Stockwerken der Untersuchungshaftabteilung nur selten geleert und gesäubert würden, werden die Mülltonnen am Montag, Mittwoch und Freitag geleert und gereinigt, nachdem die Gefangenen die Möglichkeit hatten, ihren Haftraummüll während der allgemeinen Haftraumöffnungszeiten zu entsorgen.

4. Der Petent beanstandet weiter, die Desinfektionsanlage im Duschaum der Untersuchungshaftabteilung habe nicht funktioniert.

Davon ist der Justizvollzugsanstalt nichts bekannt. Die Anlage wird regelmäßig von einem Mitglied des Sanitätsdienstes gewartet und mit Desinfektionsmittel befüllt.

5. Weiter trägt der Petent vor, dass der morgendliche Aufschluss in der Untersuchungshaftabteilung zeitlich so eng bemessen gewesen sei, dass die verbleibende Zeit nicht ausgereicht habe, den Treffpunkt zum Sammeln für die Arbeit zu erreichen.

Dazu ist festzustellen, dass die arbeitenden Gefangenen selbst dafür verantwortlich sind, rechtzeitig aufzustehen und nach Haftraumaufschluss unmittelbar zum Sammelpunkt für die Zuführung zur Arbeit zu erscheinen. Dies hat der Petent offenbar anders gesehen. Eine insoweit von ihm verfasste schriftliche Beschwerde blieb entgegen seiner Darstellung nicht ohne Resonanz, sondern wurde sowohl vom Vollzugsleiter als auch vom Dienstleiter der U-Haftabteilung mit dem Petenten besprochen und auch abschließend geregelt.

6. Der Petent bringt vor, eine Interessengruppe gegründet zu haben, die sich u. a. für einen ausländischen Mitgefangenen, der angeblich misshandelt worden sei, eingesetzt habe. Anträge an die Dienstleitung in diesem Zusammenhang seien aber nicht beantwortet worden.

Tatsächlich hat der Petent mit einem weiteren Mitgefangenen eine „Gefangenenhilfsorganisation“ namens „F. U.“ gegründet, die es sich angeblich zum Ziel gesetzt hat, Haftbedingungen zu verbessern. Die Organisation trat nach eigener Bezeichnung als Vertreter anderer Gefangener auf und hat Anträge und Beschwerden an die Vollzugsbediensteten gerichtet. Die „Gefangenenhilfsorganisation“ wurde weder von der Justizvollzugsanstalt noch vom Justizministerium als Einrichtung anerkannt. Anträge und Beschwerden dieser Organisation wurden von der Justizvollzugsanstalt zurecht als unzulässig zurückgewiesen, da diese Gruppe kein Antragsrecht bzw. keine entsprechende Legitimation besaß. Gleichwohl wurden die von der Organisation angesprochenen Vorgänge intern untersucht.

Im Fall des angeblich misshandelten Mitgefangenen hat eine Überprüfung keine Misshandlungen eines Gefangenen ergeben. Vielmehr hat sich der ausländische Gefangene im Rahmen einer von der

Polizei in der Justizvollzugsanstalt vorgenommenen erkennungsdienstlichen Behandlung geweigert, Fingerabdrücke abzugeben. Die Polizisten haben daraufhin den Gefangenen festgehalten und versucht die Hände des Gefangenen auf eine auf einem Tisch bereitgelegte Folie zu drücken, was misslang. Der Versuch zur Abnahme von Fingerabdrücken wurde daraufhin aufgegeben.

7. Bezüglich der Beschwerde des Petenten über die Wegnahme seiner Schreibmaschine durch einen Vollzugsbediensteten ist anzumerken, dass am 29. Juni 2000 dem Petenten um 2.00 Uhr eine mechanische Schreibmaschine aus dem Haftraum genommen wurde, nachdem die mechanische Anschlagsdynamik zu einer erheblichen nächtlichen Lärmbelästigung der Haftraumnachbarn geführt hat und mehrfach vorangegangene Verwarnungen sowohl in der gleichen als auch in den vorangegangenen Nächten nicht gefruchtet hatten. Es wurde daher zu Recht angeordnet, die Schreibmaschine für die Dauer von zwei Wochen nicht mehr auszuhändigen. Am 14. Juli 2000 wurde die Schreibmaschine dem Petenten wieder ausgehändigt.

8. Im Rahmen seiner Eingabe trägt der Petent den Wunsch vor, über Gruppenführungen in der Justizvollzugsanstalt informiert zu werden, um ggf. mit der Gruppe ins Gespräch kommen zu können.

Grundsätzlich sind bei Gruppenführungen in besonderem Maße der Datenschutz zugunsten der Gefangenen und die Persönlichkeitsrechte der Gefangenen zu beachten. Damit sich die Gefangenen entsprechend auf eine Führung einstellen können, werden daher in der Justizvollzugsanstalt Anstaltsabteilungen bzw. Betriebe, durch die eine Gruppe geführt werden soll, von der bevorstehenden Führung rechtzeitig informiert. Den Gefangenen steht es frei, einen Gesprächswunsch anzumelden, der dann gegebenenfalls berücksichtigt werden kann.

9. Soweit der Petent vorbringt, Hausordnungen wären in den Hafträumen der U-Haftabteilung nicht ausgehängt, wurde der Petition abgeholfen. Seit ca. drei Monaten wird die aktuelle Hausordnung wieder regelmäßig jedem neu zugegangenen Häftling gegen Unterschrift ausgehändigt.
10. Schließlich beschwert sich der Petent über seine Verlegung aus der Untersuchungshaftabteilung in die Hauptanstalt der Justizvollzugsanstalt.

Der zu diesem Zeitpunkt zwar noch nicht rechtskräftig aber erstinstanzlich verurteilte Petent wurde am 13. September 2000 aus vollzugsorganisatorischen Gründen in die Hauptanstalt, Strafabteilung, verlegt. Gleichfalls sollte er aus behandlerischen Gründen von dem Mitgefangenen, mit dem er die „Gefangenenorganisation“ gegründet hat, getrennt werden, da er sich zu sehr in die Vertretung fremder Interessen veranlagt hatte. Die generelle richterliche Zustimmung, den Petenten aus vollzugsorganisatorischen Gründen in die Hauptanstalt zu verlegen, lag vor.

Bereits am 30. Oktober 2000 wurde er wieder in die Untersuchungshaftabteilung zurückverlegt, worüber er sich aber gleichfalls beschwerte.

11. In seiner Eingabe vom 27. Oktober 2000 ergänzt der Petent seine Petition dahingehend, dass ihm in der Justizvollzugsanstalt keine Kopien seiner Schreiben erstellt wurden.

Dies ist richtig. Ein genereller Anspruch auf das Anfertigen von Kopien durch Anstaltsbedienstete besteht nicht. Davon abgesehen, dass die Bediensteten für Kopieraufträge von Gefangenen keine Arbeitskapazitäten frei haben, haben die Gefangenen die Möglichkeit, Schreiben an Bezugspersonen außerhalb der Anstalt zu schicken, mit der Bitte, Kopien zu erstellen. Dies wurde auch von dem Petenten so gehandhabt.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatteerin: Grünstein

25. Petition 12/7831 betr.: Aufenthaltsgenehmigung

Die Petenten begehren den weiteren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland.

Bei den Petenten handelt es sich um serbische Volkszugehörige bosnisch-herzegowinischer Staatsangehörigkeit, die nach ihren eigenen Angaben Ende November 1993 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind. Dabei waren die Petenten zwar im Besitz von jugoslawischen Reisepässen, nicht jedoch im Besitz der zum Einreisezeitpunkt erforderlichen Visa.

Im Dezember 1993 beantragten die Petenten ihre Anerkennung als Asylberechtigte. Diesen Antrag lehnte das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge mit Entscheidung vom Februar 1997 ab. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG und Abschiebungshindernisse nach § 53 AuslG nicht vorliegen. Die Petenten wurden aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen und für den Fall nicht fristgerechter Ausreise wurde die zwangsweise Abschiebung nach Bosnien-Herzegowina angedroht.

Gegen die Entscheidung des Bundesamtes erhoben die Petenten Klage beim Verwaltungsgericht. Nach Zurücknahme der Klage wurde das Verfahren vom Verwaltungsgericht zuerst mit Beschluss vom Dezember 1998 eingestellt und nach einem Widerruf der Rücknahmeerklärung wieder aufgenommen. Die Asylklage wurde mit Urteil des Verwaltungsgerichts vom September 2000 abgewiesen. Die hiergegen gerichtete Nichtzulassungsbeschwerde wies der Verwaltungsgerichtshof im Oktober 2000 zurück. Die Entscheidung des Bundesamtes ist seit Oktober 2000 rechtskräftig.

Die Ausreisefrist der Petenten endete im November 2000. Die Petenten erhielten im Januar 2001 eine Dul-

derung mit der auflösenden Bedingung „erlischt mit Bekanntgabe des Rückflugtermins“.

Die Petenten wurden am 19. Februar 2001 in ihr Heimatland abgeschoben.

Soweit sich die Petenten auf politische Verfolgung bzw. das Vorliegen von Abschiebungshindernissen im Sinne der §§ 51 und 53 AuslG berufen, ist die Petition der Zuständigkeit des Landes entzogen.

Die Entscheidung über das Vorliegen politischer Verfolgung – auch im Sinne des § 51 Abs. 1 AuslG – ist beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge konzentriert. Nach dem Asylverfahrensgesetz entscheidet das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge auch über das Vorliegen von Abschiebungshindernissen nach § 53 AuslG und erlässt die Abschiebungsandrohung. Die Entscheidungen des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge binden die Ausländerbehörden des Landes. Das Land hat deshalb insoweit keine Prüfungs- und Entscheidungskompetenz mehr.

Die Petenten hatten das Bundesgebiet wieder zu verlassen, da sie keine Anerkennung als Asylberechtigte gefunden haben. Die Ausreisepflicht der Petenten war vollziehbar. Die Zulässigkeit der Abschiebung war rechtskräftig festgestellt; Abschiebungshindernisse bestanden nicht. Es besteht eine unmittelbare gesetzliche Pflicht der Ausländer, die zur Durchführung eines Asylverfahrens in das Bundesgebiet eingereist sind und deren Asylantrag abgelehnt wurde, die Bundesrepublik Deutschland wieder zu verlassen.

Den Petenten konnte auch nicht aus asylunabhängigen Gründen ein weiteres Aufenthaltsrecht eingeräumt werden.

Die ganz überwiegende Zahl der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge ist zwischenzeitlich freiwillig in ihr Heimatland zurückgekehrt. Es ist kein Grund ersichtlich, weshalb eine Rückkehr den Petenten nicht zugemutet werden konnte. Abschiebungshindernisse waren dem Vorbringen der Petenten weder zu entnehmen, noch waren diese ersichtlich.

Im verwaltungsgerichtlichen Verfahren wurde die Asylklage der Familie rechtskräftig abgelehnt und festgestellt, dass keine Abschiebungshindernisse nach § 53 Abs. 6 AuslG bestehen. Damit lagen die Voraussetzungen des § 55 Abs. 4 AuslG vor. Zudem wurden bereits vor Einlegung der Petition aufenthaltsbeendende Maßnahmen eingeleitet.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatterin: Grünstein

26. Petition 12/8000 betr. Abschiebung

Der 27-jährige Petent, ein jugoslawischer Staatsangehöriger, erstrebt die unverzügliche Abschiebung aus dem Maßregelvollzug.

Der Petent reiste im März 1993 in die Bundesrepublik Deutschland ein und beantragte die Anerkennung als Asylberechtigter. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge lehnte diesen Asylantrag mit Bescheid vom 15. September 1995 ab, stellte fest, dass die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 Ausländergesetz (AuslG) nicht vorliegen und erließ eine Abschiebungsandrohung. Allerdings wurde auf Grund der seinerzeitigen psychischen Situation des Petenten ein Abschiebungshindernis nach § 53 Abs. 6 AuslG festgestellt. Diese Entscheidung wurde im Februar 1997 bestandskräftig. Auf einen am 20. Mai 1999 gestellten Asylfolgeantrag lehnte das Bundesamt mit Bescheid vom 23. November 1999 die Durchführung eines weiteren Asylverfahrens ab, bestätigte jedoch das bereits festgestellte Abschiebungshindernis nach § 53 Abs. 6 AuslG. Dieser Bescheid ist ebenfalls bestandskräftig.

Das Landgericht W.-T. hat mit Urteil vom 20. August 1997 die Unterbringung des Petenten in einem psychiatrischen Krankenhaus angeordnet. Er hatte am 10. Februar 1997 als Zuschauer eines Fastnachtsumzuges seinen früheren Arbeitgeber, der am Umzug teilnahm, mittels eines gegen dessen Hals geführten wuchtigen Messerstichs zu töten versucht. Nach den im Urteil getroffenen Feststellungen wurde ihm die Tat von einer Stimme befohlen, die der Petent auf Grund einer paranoid-halluzinatorischen Psychose immer wieder hörte. Es wurde festgestellt, dass der Petent schuldunfähig sei und dass von ihm unter Berücksichtigung einer psychiatrischen Begutachtung erhebliche rechtswidrige Taten zu erwarten sind, weshalb er für die Allgemeinheit gefährlich sei.

Seit dem 11. Februar 1997 ist der Petent – anfangs vorläufig auf Grund eines Unterbringungsbefehls, später in Vollzug des genannten Urteils – untergebracht. Zunächst erfolgte die Unterbringung im Zentrum für Psychiatrie R. Seit dem 13. September 1999 befindet er sich im Psychiatrischen Zentrum, da er im Zentrum für Psychiatrie R. zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres einen Arzt angegriffen und verletzt hatte. In diesem Zusammenhang soll er auch Morddrohungen geäußert haben.

Auf Grund unverändert fortbestehendem Krankheitsbild und weiterhin gegebener Gefährlichkeit haben die jeweils zuständigen Strafvollstreckungskammern mit Beschlüssen vom 20. April 1998, 19. April 1999 und zuletzt 24. Mai 2000 unter Verwertung fachärztlicher Stellungnahmen die Fortdauer der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus angeordnet. In der zuletzt angeführten Entscheidung hat das Landgericht H. festgestellt, dass im Falle einer bedingten Entlassung des Petenten mit großer Wahrscheinlichkeit mit weiteren Taten im Sinne der Anlasstat zu rechnen sei. Eine weitere fachärztliche Stellungnahme über den Petenten wurde vom Psychiatrischen Zentrum am 31. Oktober 2000 abgegeben. Hier wurde u. a. festgestellt, dass der Petent weder krankheits- noch behandlungseinsichtig sei und er sich deshalb ohne einen strukturierenden Rahmen außerhalb einer psychiatrischen Einrichtung mit Sicherheit einer notwendigen Weiterbehandlung entziehen werde mit der Fol-

ge einer massiven psychotischen Dekompensation, die mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere Straftaten im Sinne des Ursprungsdelikts erwarten lasse. Gegenüber dem Beschluss des Landgerichts H. vom 24. Mai 2000 hätten sich keine neuen Aspekte ergeben.

Die Staatsanwaltschaft W.-T. hat während des gesamten Vollstreckungsverfahrens geprüft und wird auch weiter prüfen, ob – in Übereinstimmung mit dem seit einiger Zeit auch ausdrücklich geäußerten Wunsch des Petenten – gemäß der Regelung des § 456 a StPO von der weiteren Vollstreckung der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus zum Zwecke der Abschiebung des Petenten in sein Heimatland abgesehen werden kann. Es handelt sich hierbei um eine Ermessensentscheidung der Staatsanwaltschaft. In ihre Ermessenserwägungen stellt die Staatsanwaltschaft auch Sicherheitsbelange ein, die sich aus der schwerwiegenden psychischen Erkrankung des Petenten und der von ihm weiterhin und auf lange Sicht ausgehenden Gefahr künftiger erheblicher Delinquenz ergeben. Unter Berücksichtigung dessen kommt die Staatsanwaltschaft zu der Entscheidung, dass es nach wie vor nicht verantwortet werden kann, bei dem für die Allgemeinheit in hohem Maße gefährlichen Petenten von einer weiteren Vollstreckung der Unterbringung abzuweichen und ihn damit in die Freiheit seines Heimatlandes zu entlassen.

Diese Auffassung wird vom Justizministerium gebilligt. Bei einer Abschiebung des Petenten nach Jugoslawien unter Verzicht auf die weitere Vollstreckung erscheint eine notwendige Fortsetzung der Behandlung des Petenten nicht gewährleistet. Auch eine denkbare Betreuung des Petenten durch seine in Jugoslawien lebende Familie kann nicht als ausreichend angesehen werden, zumal im Urteil des Landgerichts W.-T. vom 20. August 1997 festgestellt wurde, dass der Petent insbesondere auch für seine Familie gefährlich ist.

Daneben ist zu sehen, dass für den Petenten zuletzt mit bestandskräftigem Bescheid des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge vom 23. November 1999 gerade wegen seiner psychischen Situation ein Abschiebungshindernis nach § 53 Abs. 6 AuslG festgestellt wurde. Diese Feststellung ist für die Ausländerbehörde bindend; sie ist von ihr bei einer Entscheidung über die Abschiebung des Petenten aus dem Maßregelvollzug als Voraussetzung für ein Absehen von der weiteren Vollstreckung des Maßregelvollzugs nach § 456a StPO zu berücksichtigen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatterin: Grünstein

27. Petition 12/8102 betr. Forderung der LOK

Gegenstand der Petition sind Kostenforderungen der Landesoberkasse Baden-Württemberg, von denen der Petent behauptet, sie bereits bezahlt zu haben.

Im Rahmen zahlreicher Kosteneinziehungsverfahren wurde der Petent von der Landesoberkasse Baden-Württemberg mehrfach aufgefordert, die Kassenzeichen mitzuteilen oder Zahlungsnachweise vorzulegen. Nachdem der Petent diesen Aufforderungen keine Folge geleistet hat, wurden die Einziehungsverfahren fortgesetzt. Erst auf Grund der mit der Petition vorgelegten Zahlungsbelege konnten die Zahlungseingänge bei der Landesoberkasse festgestellt werden. Danach sind alle gegen den Petenten derzeit geltend gemachten Kostenforderungen bezahlt.

Die vom Petenten aufgezeigten Schwierigkeiten hätten vermieden werden können, wenn Zahlungsbelege bereits nach der ersten Aufforderung der Landesoberkasse vorgelegt worden wären. Beim Umfang des Zahlungsverkehrs der Landesoberkasse können Zahlungen ohne Angabe des konkreten Kassenzeichens nur schwer zugeordnet werden.

Damit ist dem Anliegen des Petenten in vollem Umfang Rechnung getragen.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird, nachdem ihr abgeholfen wurde, für erledigt erklärt.

Berichterstatterin: Grünstein

28. Petition 12/8124 betr. Schulwesen (Schülerbeförderung, Unterrichtsausfälle)

In der Petition geht es 1. um Fragen der Schülerbeförderung und 2. um die Unterrichtsversorgung/Stundenausfälle.

Die Petenten wenden sich gegen Regelungen der Satzung des Landkreises über die Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten, zuletzt geändert am 14. Januar 1997. Konkret begehren die Petenten eine Beförderung von der Realschule D. in der Stadt G. zu den Sportstätten.

Die Realschule der Stadt G. liegt im Schulzentrum „D.“ im Stadtteil B. R. Das Schulzentrum verfügt über Sportstätten für den Sportunterricht, nicht jedoch über ein Schwimmbad. Für die Erteilung des Schwimmunterrichts steht der Schule das Hallenbad der Stadt G. sowie in den Sommermonaten das Freibad im Stadtteil B. R. zur Verfügung. Die Entfernung zwischen der Schule und dem Hallenbad beträgt ca. 1,8 km.

Mit Schreiben vom 20. Oktober 1999 beantragte die Realschule beim Schulträger zu prüfen, inwieweit eine Übernahme der Kosten für die Schülerbeförderung von der Schule zum Hallenbad und zurück möglich ist. Nach Prüfung des Antrags wurde der Schule von der Stadt G. mitgeteilt, dass eine Beförderung der Schüler von der Realschule zum Schwimmunterricht zum Hallenbad bzw. eine Kostenerstattung nach der Satzung des Landkreises nicht möglich ist. Grund hierfür ist, dass nach der am 14. Januar 1997 vom Kreistag beschlossenen Satzungsänderung Beförde-

rungskosten für Fahrten zwischen zwei Unterrichtsstätten (innerer Schulbetrieb) nicht erstattet werden. Ferner hat die Stadt mitgeteilt, dass es ihr aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, die Beförderungskosten als Freiwilligkeitsleistung zu erstatten. Der Schule wurde freigestellt, die Beförderungskosten aus den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln (Schulbudget) zu finanzieren.

Die Stadt G. hat in einer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass sie auf der Grundlage eines Radwegkonzeptes bestrebt ist, das Radwegenetz sukzessive auszubauen. Bereits jetzt kann das Hallenbad von der Realschule über Radwege oder gering frequentierte Straßen gut und ohne erhöhtes Gefährdungsrisiko erreicht werden.

Nach dem Schulgesetz (§ 48) errichtet und unterhält der kommunale Schulträger die Schulgebäude und die Schulräume. Damit ist er auch verpflichtet, Räumlichkeiten für den Schwimmunterricht zur Verfügung zu stellen. Er nimmt diese Aufgabe als weisungsfreie Pflichtaufgabe in eigener Zuständigkeit wahr; es liegt am Schulträger, wie er die für die ordnungsgemäße Erteilung des Schwimmunterrichts erforderlichen Räume bereitstellt. Für den Schwimmunterricht kann nicht an jeder Schule ein Schwimmbad unterhalten werden. Hier bietet es sich an, dass der Unterricht in einem öffentlichen Hallen- oder Freibad stattfindet.

Fahrten zwischen zwei Unterrichtsstätten sind nicht als Schülerbeförderung im eigentlichen Sinne anzusehen; vielmehr geht es darum, wie die vorgenannten sächlichen bzw. räumlichen Voraussetzungen für den Schwimmunterricht geschaffen werden, beispielsweise durch Beförderung zu Unterrichtsstätten, wenn eine andere Erreichung unzumutbar ist. Eine solche Beförderung wäre deshalb grundsätzlich nicht im Rahmen der Erstattungsregelungen des jeweiligen Kreises zu erstatten, sondern durch den Schulträger, sofern die Erstattungsregelung des Kreises Fahrten im inneren Schulbetrieb von einer Erstattung ausnimmt.

Die Entfernung zwischen der Realschule und dem Schwimmbad beträgt nach Angaben der Stadt G. ca. 1,8 km. Die Zurücklegung einer solchen Strecke zu Fuß oder mit dem Fahrrad ist nach Auffassung des Kultusministeriums zumutbar, wenn durch geeignete organisatorische Maßnahmen sichergestellt ist, dass die Schülerinnen und Schüler vor dem Schwimmunterricht das Schwimmbad und nach dem Unterricht die Schule zeitgerecht erreichen können bzw. der Schwimmunterricht in Randstunden oder am Nachmittag stattfindet. Hinzu kommt, dass nach Angaben der Stadt der Weg zum Schwimmbad ohne erhöhtes Gefährdungsrisiko zurückgelegt werden kann.

Die Petenten wenden sich in allgemeiner Form gegen Unterrichtsausfälle.

Die Landesverfassung (Art. 11) gewährt jedem jungen Menschen ein Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung. Es handelt sich hierbei um ein Teilhaberecht an dem vom Staat geschaffenen Schulwesen. Dem jungen Menschen wird ein Anspruch auf Aufnahme in die Schule gewährt. Von der Schulpflicht zu unterscheiden ist das

Recht auf Schulbesuch. Dies ist nicht immer deckungsgleich.

Schulische Bildung ist eine staatliche Pflichtaufgabe, über deren Quantität und Qualität der Landtag und das Kultusministerium u. a. im Schulgesetz, im Staatshaushaltsplan, in den Stundentafeln und im Organisationserlass entscheiden. Der Einzelne hat hierbei ein Teilnahmerecht. Allerdings gewähren die Stundentafeln dem Einzelnen keinen individuellen Rechtsanspruch auf Unterricht im Sinne eines konkreten Anspruchs auf eine bestimmte Zahl von Unterrichtsstunden. Unterricht findet in dem Maße statt, wie ihm die vom Landtag im Haushalt vorgesehenen und tatsächlich zur Verfügung stehenden Lehrkräfte erteilen. Landtag und Landesregierung bemühen sich kontinuierlich, durch vielfältige Maßnahmen wie z. B. Krankheitsvertretungen die Unterrichtsversorgung auch künftig sicherzustellen.

Hinsichtlich der Frage der Erstattung von Schülerbeförderungskosten kann der Petition angesichts der bestehenden Sach- und Rechtslage nicht abgeholfen werden. Auch hinsichtlich der Frage von Unterrichtsausfall kann der Petition nicht abgeholfen werden, zumal kein konkretes Anliegen geäußert wird, sondern die Petition sich lediglich in allgemeiner Form mit der Frage von Unterrichtsausfall befasst.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatterin: Grünstein

29. Petition 12/7138 betr. Angelegenheiten nach dem Bundesversorgungsgesetz

Die Petenten begehren die Gewährung von Beschädigtenversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG). Da Klageverfahren vor dem Sozialgericht anhängig sind, hat die Verwaltung zunächst abgewartet, bis sowohl die Verwaltungsakten als auch das vom Sozialgericht am 3. Juli 2000 in Auftrag gegebene HNO-fachärztliche Gutachten der Universitätsklinik F. vorlagen.

Die Petenten sind als Kontingentflüchtlinge am 14. August 1992 in der Bundesrepublik aufgenommen worden. Sie stellten am 19. Februar 1997 jeweils Anträge auf Gewährung von Beschädigtenversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG). Sie führen heute bestehende gesundheitliche Beeinträchtigungen auf einen Aufenthalt im Konzentrationslager von 1941 bis 1944 zurück. Der Petent verwies auf die bei ihm bestehende Schwerhörigkeit, Tinnitus, Lärmgenese, beginnende Presbyakusis (Altersschwerhörigkeit – Beeinträchtigung des gesamten Hörvorgangs auf Grund eines irreversiblen Ganglienschwunds), durchblutungsbedingte Innenohrstörung, Glomerulonephritis (Sammelbegriff verschiedenartiger Nierenerkrankungen) mit eingeschränkter Nierenfunktion und Hypertonie. Die Petentin macht die bestehende

Gastritis, nervöse Störungen, Varusgonarthrose beidseits, Adipositas, Gehunfähigkeit, Herzrhythmusstörungen, kompensierte Linksherzinsuffizienz, Kniegelenksarthrosen beidseits und Schilddrüsenfunktionsstörungen geltend.

Die Petenten legten Bescheinigungen vor, wonach sie im bezeichneten Zeitraum Gefangene im Konzentrationslager und des Gettos in Balta waren. Das Versorgungsamt lehnte den Antrag des Petenten mit Bescheid vom 26. Mai 1997 und den Antrag der Petentin mit Bescheid vom 28. Mai 1997 mit der Begründung ab, dass die bei den Petenten bestehenden Gesundheitsstörungen in keinem ursächlichen Zusammenhang mit dem seinerzeitigen Gettoaufenthalt stehen. Gegen die Widerspruchsbescheide vom 31. Juli 1997 erhoben die Petenten Klage. Das Sozialgericht zog in der Angelegenheit der Petentin u. a. ein psychiatrisches Fachgutachten bei. Aus medizinischer Sicht liegt danach eine posttraumatische Belastungsstörung bei der Petentin vor, die eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 v. H. bedingt.

In der Angelegenheit des Petenten liegt mittlerweile das HNO-fachärztliche Gutachten vom 31. Januar 2001 vor, danach besteht beim Petenten eine Schwerhörigkeit mit Tinnitus, die eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 v. H. bedingt. Nach dem Ergebnis der versorgungszärztlichen Überprüfung dieses Gutachtens kann jedoch nicht mit Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass diese Gesundheitsstörung auf den Gettoaufenthalt zurückzuführen ist.

Das Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz – BVG) regelt die Entschädigung von Kriegsfolgen, ohne Rücksicht darauf, ob die geschädigte Person Soldat oder Zivilist war, solange sie durch einen der in § 1 BVG genannten Tatbestände eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat.

Hierunter fallen Kriegereignisse, jedoch nicht die Internierung und Gettoisierung, wie sie die Petenten erlitten haben. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat allerdings für einen eng begrenzten Kreis an Kontingentflüchtlingen Fallgruppen beschrieben, die Ansprüche nach dem BVG – im Wege eines Härteausgleichs – geltend machen können. Es sind dies Kontingentflüchtlinge, wenn sie

- a) Wehrdienst in einer fremden Armee (vor dem 9. Mai 1945) geleistet haben oder eine Gesundheitschädigung durch unmittelbare Kriegseinwirkungen außerhalb des deutsch besetzten Gebietes (aber innerhalb des Kampfgebietes) erlitten haben,
- b) Gesundheitsschäden durch unmittelbare Kriegseinwirkung im deutsch besetzten Gebiet erlitten haben.

Das Sozialministerium hat das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung im Einzelfall der Petentin um Hinweise gebeten, wie diese eine Entschädigung bzw. Wiedergutmachung für Folgen nationalsozialistischen Unrechts erlangen könnte. Das BMA wies in seiner Antwort darauf hin, dass das Bundesversorgungsgesetz Entschädigungen für Tatbestände wie sie

im Fall der Petentin vorliegen, nicht kenne. Das für Fragen der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts zuständige Bundesministerium der Finanzen hat, um eine Stellungnahme zu den Entschädigungsmöglichkeiten für die Petentin gebeten, am 21. Juni 2000 mitgeteilt, dass Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) in der Fassung des BEG-Schlussgesetzes vom 14. September 1965 bereits seit Ablauf des 31. Dezember 1969 nicht mehr beantragt werden könnten; Ausnahmen lasse das Gesetz – von hier nicht in Betracht kommenden Sonderfällen abgesehen – nicht zu. Dies gelte selbst dann, wenn die Frist ohne Verschulden versäumt worden sei.

Heute können verfolgungsbedingte Schäden nur noch im Rahmen einiger von der Bundesregierung geschaffener außergesetzlicher Härteregelelungen berücksichtigt werden. In diesem Bereich könnten alternativ folgende Regelungen in Betracht kommen:

1. Für jüdische NS-Opfer, die in der Nazizeit aus rassistischen Gründen verfolgt worden sind und damals wie heute dem jüdischen Glauben angehört haben bzw. angehören, wurde im Oktober 1992 auf der Grundlage des Artikels 2 der Vereinbarung vom 18. September 1990 zum Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der früheren Deutschen Demokratischen Republik mit der Conference on Jewish Material Claims against Germany (Jewish Claim Conference – JCC) eine außergesetzliche Härteregelelung, das sog. Artikel 2-Abkommen vereinbart. Diese Regelung sieht einmalige und in besonders schweren Fällen auch laufende Härteleistungen für jüdische Verfolgte vor, die nach den gesetzlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland bisher keine oder nur unzureichende Entschädigungen erhalten haben und auf eine finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Aus den von deutscher Seite zur Verfügung gestellten Mitteln werden Härtebeihilfen in erster Linie an Schwerstgeschädigte jüdische NS-Opfer gewährt, die durch Inhaftierung in einem Konzentrationslager oder Getto schwere Gesundheitsschäden erlitten haben. Das Artikel 2-Abkommen wird von der JCC nach den darin vereinbarten Kriterien durchgeführt. Anträge auf Gewährung einer Härteleistung können von Personen mit Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland gestellt werden beim

Jewish Claims Hardship Fund
(Artikel 2 – Fund)
Sophienstr. 26
60487 Frankfurt/Main.

2. Diejenigen jüdischen NS-Opfer, die weder während der Verfolgung noch heute der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört haben bzw. angehören, haben die Möglichkeit, eine finanzielle Hilfe aus dem vom Bundesministerium der Finanzen verwalteten Härtefonds für rassistisch verfolgte nicht jüdischen Glaubens (HNG-Fonds) zu beantragen. Aus diesem Fonds können nach den dazu erlassenen Richtlinien Zuwendungen an Personen gewährt werden, die wegen ihrer jüdischen Abstam-

mung im Sinne der seinerzeit geltenden „Nürnberger Rassegesetze“ verfolgt oder als nahe Angehörige von der Verfolgung mitbetroffen worden sind, aber der jüdischen Glaubensgemeinschaft weder zur Zeit der Verfolgung angehört haben noch ihr gegenwärtig angehören. Wesentliche Voraussetzung ist weiterhin, dass der Antragsteller einen eigenen Schaden im Sinne des BEG erlitten hat und auf Grund seiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf eine Hilfe aus dem HNG-Fonds angewiesen ist.

Zuwendungen aus dem HNG-Fonds können beim Bundesministerium der Finanzen – Dienstszentrum Bonn – Postfach 1308 in 53003 Bonn formlos beantragt werden.

Da die Grundvoraussetzungen für die Gewährung von Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz nicht erfüllt sind, sieht der Petitionsausschuss keine Möglichkeit, für die Petenten günstigere Entscheidungen zu veranlassen. Vielmehr werden die Petenten auf die außergesetzlichen Härteregelnungen, die die Bundesregierung geschaffen hat, hingewiesen und ihnen anheim gestellt, Entschädigungsansprüche wegen erlittenen NS-Unrechts zu beantragen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Haas

30. Petition 12/7815 betr. Wiedererteilung der Fahrerlaubnis

Der Petent begehrt die Neuerteilung der Fahrerlaubnis, die ihm durch Urteil des Amtsgerichtes A. vom 29. April 1997 entzogen worden war. Er wendet sich dagegen, dass er sämtliche für die erforderlichen Eignungsuntersuchungen anfallenden Kosten selbst tragen muss.

Der Petent wurde am 20. Oktober 1993 vom Amtsgericht W. wegen vorsätzlicher Trunkenheit im Verkehr (Blutalkoholkonzentration: 1,87 ‰) zu einer Geldstrafe verurteilt. Zugleich wurde ihm die Fahrerlaubnis entzogen. Die Fahrerlaubnis konnte ihm am 11. Dezember 1995 neu erteilt werden, nachdem er sich einer medizinisch-psychologischen Begutachtung unterzogen hatte.

Am 24. November 1996 nahm der Petent gegen 3.55 Uhr mit seinem Pkw am öffentlichen Straßenverkehr teil, obwohl er wusste, dass er infolge vorangegangenen Alkoholenusses nicht mehr fahrtauglich war. Die Untersuchung der um 4.45 Uhr entnommenen Blutprobe ergab eine durchschnittliche Blutalkoholkonzentration von 1,55 ‰. Das Amtsgericht A. verurteilte ihn am 29. April 1997 wegen vorsätzlicher Trunkenheit im Verkehr zu einer Geldstrafe, entzog die Fahrerlaubnis und setzte die Frist, innerhalb der ihm die Fahrerlaubnisbehörde keine neue Fahrerlaubnis erteilen darf, auf 12 Monate fest.

Nach Ablauf der Sperrfrist beantragte der Petent am 20. November 1998 die Neuerteilung der Fahrerlaubnis. Auf Grund der Vorgeschichte entstanden bei der Fahrerlaubnisbehörde Bedenken an seiner Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen. Diese Bedenken wurden noch verstärkt durch die Ausführungen des Sachverständigen vom Institut für Rechtsmedizin der Universität F. in der Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht A. vom 29. April 1997, die in der Urteilsbegründung festgehalten sind. Danach handelt es sich bei dem Petenten offensichtlich um einen Alkoholiker, bei dem die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis ohne eine langfristige stationäre Entziehungskur und Nachbetreuung nicht mehr in Betracht kommen kann. Der Petent hat sich in der Folgezeit einer stationären Entwöhnungsbehandlung unterzogen. Um abklären zu können, ob die Abhängigkeit nicht mehr besteht, forderte ihn die Fahrerlaubnisbehörde gemäß § 13 Satz 1 Nr. 3 FeV auf, ein fachärztliches Gutachten beizubringen.

Am 14. Januar 1999 ließ sich der Petent bei der Niederlassung F. der TÜV MPI GmbH fachärztlich untersuchen. Dabei wurde ein erhöhter Wert des Leberferments Gamma-GT festgestellt. Auf Grund dieses erhöhten Wertes kann nicht mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die erforderliche Alkoholabstinenz tatsächlich besteht. Der Petent trägt zwar vor, diese Leberwerterhöhung sei nicht auf Alkoholkonsum zurückzuführen. Doch weder seinem Vorbringen noch den von ihm zusätzlich vorgelegten ärztlichen Bescheinigungen über die Leberwerte lässt sich entnehmen, worauf die erhöhten Werte letztlich zurückzuführen sind.

Das Landratsamt O. hat daraufhin am 26. November 1999 den Antrag des Petenten auf Neuerteilung der Fahrerlaubnis abgelehnt. Der gegen die Ablehnungsverfügung eingelegte Widerspruch wurde am 4. Juli 2000 vom Regierungspräsidium F. zurückgewiesen. Daraufhin erhob der Petent Klage beim Verwaltungsgericht F. und beantragte gleichzeitig Prozesskostenhilfe. Das Verwaltungsgericht hat den Beteiligten mit Beschluss vom 22. August 2000 den Abschluss eines Vergleichs dahingehend vorgeschlagen, dass sich der Petent auf seine Kosten einer Oberbegutachtung vom Institut für Rechts- und Verkehrsmedizin der Universität H. und – falls es der Gutachter für erforderlich halten sollte – einer zusätzlichen internistischen Begutachtung unterzieht. Sollte dieses Gutachten die Fahreignung des Petenten uneingeschränkt bejahen, verpflichtet sich das Landratsamt O. im Gegenzug, dem Petenten die Fahrerlaubnis neu zu erteilen. Das Landratsamt hat diesem Vergleich zugestimmt. Der Petent hat diesen Vergleichsvorschlag dagegen nicht vollinhaltlich angenommen, da er sich nicht bereit erklärte, die Kosten für die weitere Begutachtung zu tragen. Das Klageverfahren wird deshalb weitergeführt.

Der Antrag des Petenten auf Gewährung von Prozesskostenhilfe wurde mit Beschluss des Verwaltungsgerichts F. vom 26. Oktober 2000 abgelehnt. Über den Antrag des Petenten auf Zulassung der Beschwerde gegen diesen Beschluss hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg noch nicht entschieden.

Nach § 20 Abs. 1 der Verordnung über die Zulassung von Personen zum Straßenverkehr (Fahrerlaubnis-Verordnung – FeV) gelten für die Neuerteilung einer Fahrerlaubnis nach vorangegangener Entziehung die Vorschriften für die Ersterteilung. Die Erteilung einer Fahrerlaubnis setzt u. a. voraus, dass der Bewerber zum Führen von Kraftfahrzeugen geeignet ist, d. h. dass er die notwendigen körperlichen und geistigen Anforderungen erfüllt (§ 11 Abs. 1 FeV).

Der Petent ist Alkoholiker. Bei Alkoholabhängigkeit kann die Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen nur dann als wieder gegeben angesehen werden, wenn durch Tatsachen der Nachweis geführt wird, dass dauerhafte Abstinenz besteht. Neben einer erfolgreich durchgeführten Entwöhnungsbehandlung ist es erforderlich, dass die Abstinenz durch entsprechende ärztliche Untersuchungen belegt wird.

Zur Klärung der Frage, ob beim Petenten keine Abhängigkeit mehr besteht, hat die Fahrerlaubnisbehörde gemäß § 13 Satz 1 Nr. 1 FeV die Beibringung eines fachärztlichen Gutachtens gefordert. Das fachärztliche Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass der Petent – zumindest zum Zeitpunkt der Untersuchung – die für das Führen von Kraftfahrzeugen notwendigen Anforderungen nicht erfüllt, da auf Grund der festgestellten Leberwerterhöhung der Nachweis, dass dauerhafte Abstinenz besteht, nicht geführt werden konnte. Es besteht kein Anlass, die Richtigkeit und Objektivität der in dem Gutachten enthaltenen Feststellungen in Frage zu stellen. Die notwendigen Untersuchungen sind vollständig und auf der Grundlage anerkannter Untersuchungsverfahren durchgeführt worden. Das Gutachten ist in sich nachvollziehbar und schlüssig.

Der Petent bringt zwar vor, die Leberwerterhöhung sei nicht auf Alkoholkonsum zurückzuführen. Den vom Petenten vorgelegten ärztlichen Bescheinigungen lässt sich jedoch nicht entnehmen, worauf die erhöhten Gamma-GT-Werte letztlich zurückzuführen sind. Die Voraussetzungen für die Neuerteilung der Fahrerlaubnis liegen deshalb gegenwärtig nicht vor. Die Frage, ob die Eignung des Petenten zum Führen von Kraftfahrzeugen zu bejahen ist, lässt sich – wie auch das Verwaltungsgericht ausdrücklich festgestellt hat – wohl nur durch die Einholung eines Obergutachtens klären, in dem insbesondere die Ursachen für die erhöhten Gamma-GT-Werte und ihre Aussagekraft für die Frage einer Alkoholabhängigkeit näher untersucht werden müssen.

Die Kosten für die Oberbegutachtung und für die eventuell zusätzlich erforderliche internistische Untersuchung hat der Petent zu tragen. Nach ständiger Rechtsprechung hat nämlich derjenige, der von einer berechtigten Beweisordnung betroffen ist, die geforderten Nachweise auf seine Kosten beizubringen. Auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des Betroffenen kann die Fahrerlaubnisbehörde im Interesse der Verkehrssicherheit keine Rücksicht nehmen.

Die für den Petenten mit dem Entzug der Fahrerlaubnis verbundenen beruflichen und wirtschaftlichen Nachteile müssen gegenüber dem öffentlichen Inter-

esse, ungeeignete Kraftfahrer von der Teilnahme am Straßenverkehr auszuschließen, zurücktreten.

Im Übrigen bleibt abzuwarten, wie das Verwaltungsgericht über die Klage des Petenten entscheiden wird.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Haas

31. Petition 12/7974 betr. Grundstückszufahrt

Der Petent wendet sich gegen die Löschung eines zugunsten eines benachbarten Grundstücks eingeräumten Wegmitbenutzungsrechts, das ihm bisher eine Anbindung seines Grundstücks an eine öffentliche Straße ermöglicht.

Die Zufahrt vom Grundstück des Petenten (nachfolgend Grundstück 1 genannt) zur öffentlichen Straße erfolgt über die benachbarten Grundstücke 2, 3 und 4. Bei der Petition geht es um die Überfahrt über das Grundstück 4. Die Teilfläche des Grundstücks 4, die der Petent zur Überfahrt nutzt, gehörte bis 1974 zu einem Weggrundstück der Gemeinde. Dieses Weggrundstück war mit einem Wegnutzungsrecht zugunsten des unmittelbar angrenzenden Grundstücks 3 belastet. 1974 wurde das Weggrundstück – aufgeteilt in verschiedene Parzellen (u. a. Parzelle 4a) – von der Gemeinde an die einzelnen Anlieger verkauft. Im Zuge dieses Verkaufs wurde das – zur Überfahrt durch den Petenten genutzte – Teilgrundstück 4a dem Grundstück 4 zugeschlagen. Im Kaufvertrag war bestimmt, dass das Wegmitbenutzungsrecht für den jeweiligen Eigentümer des Grundstücks 3 bestehen bleiben solle und von den Käufern mit übernommen werde. Nach Auskunft der Gemeinde wurde das ursprüngliche Wegmitbenutzungsrecht mit dem Wortlaut bestellt, dass der jeweilige Eigentümer des Grundstücks 3 das Recht zur Mitbenutzung des Weges habe, solange dieser Weg bestehe.

Wie aus einer Stellungnahme der Gemeinde hervorgeht, handelte es sich bei dem früheren Weggrundstück der Gemeinde nicht um einen öffentlichen Weg im Sinne des § 2 des Straßengesetzes Baden-Württemberg, da eine ausdrückliche bzw. stillschweigende Widmung nach Aktenlage der Gemeinde nicht stattgefunden hat. Nach Darstellung der Gemeinde war der Weg als gemeindeeigener Privatweg einzustufen, wobei einzelnen Grundstücken spezielle Rechte an diesem Weg eingeräumt waren.

Nach dem Verkauf des Grundstücks 4a an den Eigentümer des Grundstücks 4 hat die Gemeinde der Löschung des Wegmitbenutzungsrechts zugestimmt und den Antrag auf Grundbuchvollzug gestellt, nachdem der Eigentümer des berechtigten Grundstücks 3 die Löschung mit der Begründung, das Recht werde nicht mehr ausgeübt, bewilligt hat. Die Antragstellung durch die Gemeinde erfolgte seinerzeit offensichtlich aus Gründen der Kostenfreiheit.

Der Petent ist der Auffassung, die Gemeinde habe pflichtwidrig gehandelt, weil damit die Zufahrt zu seinem Grundstück nicht mehr sichergestellt sei.

Die Gemeinde sieht keine Pflichtverletzung und sieht nur folgende Möglichkeiten zur Lösung des Problems:

- a) Regelung der Zufahrtberechtigung über eine Bau- last zulasten des Grundstücks 4,
- b) Bau einer neuen Zufahrt über das Grundstück 3.

Die Gemeinden verwalten in ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben allein und unter eigener Verantwortung (§ 2 Abs. 1 GemO). Ein Einschreiten im Rahmen der staatlichen Rechtsaufsicht ist bei weisungsfreien Angelegenheiten der Gemeinden nur möglich, wenn Rechtsverstöße vorliegen. Rechtsverstöße der Gemeinde sind hier aber nicht zu erkennen.

Der Petent erwarb das frühere Grundstück durch einen zivilrechtlichen Kaufvertrag ohne Beteiligung der Gemeinde. Zugunsten des Grundstücks des Petenten war zu keinem Zeitpunkt ein Wegmitbenutzungsrecht dinglich abgesichert. Es war in das Benehmen des Petenten gestellt, vertraglich für eine Absicherung seiner Zufahrtsmöglichkeit zu sorgen.

Ein Verstoß gegen öffentlich-rechtliche Vorschriften, insbesondere § 15 des Straßengesetzes, scheidet aus, da es sich bei dem Weggrundstück nicht um einen öffentlichen Weg handelte. Zwar besteht grundsätzlich auch die Möglichkeit der Anwendbarkeit des Straßengesetzes über das Instrument der „unvordenklichen Verjährung“. Allerdings ist hierfür erforderlich, dass der Weg seit unvordenklicher Zeit als öffentlicher Weg benutzt wurde. Nachdem vorliegend in den Jahren 1865 und 1924 für spezielle Grundstücke Wegbenutzungsrechte eingetragen wurden und der Weg auch in der Praxis im Wesentlichen nur von einem bestimmten, eng abgrenzbaren Personenkreis benutzt wurde, ist nicht von einer öffentlichen Nutzung auszugehen. Insofern handelt es sich um eine zivilrechtliche Angelegenheit zwischen den betroffenen Grundstückseigentümern

Um sein Anwesen bis zur Klärung der Angelegenheit weiterhin von der öffentlichen Straße aus zu erreichen, steht dem Petenten nach der Beurteilung der beteiligten Behörden ein Notwegerecht i. S. v. § 917 BGB zu.

Auch bei der Frage, ob die Gemeinde mit ihrem Handeln vom Verkauf des Weggrundstücks an die Anlieger bis hin zum Vollzug nebst Löschung des Wegnutzungsrechts im Grundbuch vertragliche oder zivilrechtliche Pflichten verletzt hat, handelt es sich um rein privatrechtliche Auseinandersetzungen der Gemeinde, die ihrer Eigenverantwortung unterliegen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Haas

32. Petition 12/8050 betr. Strafvollzug

Der 34-jährige Petent befindet sich seit dem 13. Juni 1996 in der Justizvollzugsanstalt und begehrt mit seiner Petition Abhilfe für seine Beschwerde wegen der angeordneten Sicherungsmaßnahmen. Dort verbüßt er eine Freiheitsstrafe von zehn Jahren und sechs Monaten wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit schwerem Raub. Strafende ist auf den 29. März 2001 datiert. Im Anschluss daran ist eine Gesamtfreiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten wegen sexueller Nötigung in Tateinheit mit vorsätzlicher Körperverletzung, Vergewaltigung in zwölf Fällen und gefährlicher Körperverletzung auf Grund Urteils des Landgerichts vom 7. Dezember 1999 zu vollstrecken. Anschließend ist noch eine Ersatzfreiheitsstrafe von 40 Tagen wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz zur Vollstreckung vorgesehen.

Der gemeinsame Endstrafenzeitpunkt ist auf den 8. November 2005 notiert.

Mit der Petition vom 19. Januar 2001 wendet sich der Petent gegen angeblich überzogene Sicherungsmaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt, insbesondere gegen die ihn betreffenden Sicherungsmaßnahmen.

Durch Verfügung der Justizvollzugsanstalt vom 5. Februar 1999 wurden gegen den Petenten erstmalig Sicherungsmaßnahmen angeordnet, nachdem er in Verdacht geraten war, erhebliche Straftaten zum Nachteil eines Mitgefangenen begangen zu haben. Der Petent hat einen Mitgefangenen, der in seiner Zelle untergebracht und ihm körperlich und geistig unterlegen war, über einen längeren Zeitraum hinweg schikaniert, gedemütigt, bedroht und schließlich schwer misshandelt. In der Zeit von September bis Mitte November 1998 hat der Petent den Mitgefangenen mehrfach sexuell genötigt, am 1. Januar 1999 hat er ihn über Stunden massiv körperlich misshandelt. Am Morgen des 2. Januar 1999 hat sich der Mitgefangene Bediensten gegenüber erstmalig offenbart, woraufhin er sofort verlegt wurde und Sicherungsmaßnahmen gegen den Petenten angeordnet wurden.

Auf Grund dieser Vorfälle wurde der Petent am 7. Dezember 1999 vom Landgericht wegen sexueller Nötigung in Tateinheit mit vorsätzlicher Körperverletzung, Vergewaltigung in zwölf Fällen und gefährlicher Körperverletzung zu der oben genannten Gesamtfreiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten verurteilt. Das Urteil ist seit dem 18. Mai 2000 rechtskräftig.

Die gravierenden Straftaten, die der Petent im Vollzug begangen hat, haben die Anordnung von Sicherungsmaßnahmen erforderlich gemacht, um die von ihm ausgehende Gefahr von Gewalttätigkeiten gegen Gefangene zu beseitigen und die Sicherheit und Ordnung der Anstalt aufrecht zu erhalten. Der Petent wurde in die Abteilung für besonders gefährliche Gefangene verlegt und seine Kontaktaufnahme mit anderen Personen eingeschränkt.

Die Sicherungsmaßnahmen konnten zwischenzeitlich etwas gelockert werden. Der Petent streitet aber nach wie vor die Misshandlungen des Mitgefangenen ab und lässt keine Aufarbeitung der von ihm begangenen

Straftaten erkennen. Die damit fortbestehende Gefahr, dass der Petent erneut Straftaten zum Nachteil von Mitgefangenen begeht, macht die weitere Anordnung von Sicherungsmaßnahmen erforderlich. Im Vordergrund stehen kommunikationsüberwachende Maßnahmen. Im Einzelnen sind folgende Sicherungsmaßnahmen angeordnet:

- Unterbringung in einem besonders gegen Entweichen gesicherten Haftraum in der Abteilung für gefährliche Gefangene, der aber nach Ausstattung und Größe den übrigen Hafträumen entspricht
- wöchentliche Haftraumkontrolle, § 84 Abs. 1 StVollzG
- Abtasten und Absonden vor und nach Besuchen, § 84 Abs. 1 StVollzG
- keine Teilnahme am unüberwachten Gottesdienst und Flügelfernsehen; Teilnahme an Freizeiten nur nach vorheriger Zustimmung durch den Anstaltsleiter
- Fesselung bei Vorführungen mit einer Handfessel an einen Bediensteten, § 88 Abs. 2 Nr. 6 StVollzG
- keine Arbeit mit gefährlichen Gegenständen und Werkzeugen
- optische und akustische Besuchüberwachung, § 27 Abs. 1 StVollzG
- Überwachung des Schriftverkehrs, § 29 Abs. 3 StVollzG
- Telefonate nur mit dem Verteidiger, § 32 StVollzG
- Bastelverbot, § 70 Abs. 1 StVollzG.

Diese Sicherungsmaßnahmen sind ein geeignetes aber auch erforderliches Mittel, neue Straftaten durch den Petenten zum Nachteil von Mitgefangenen zu verhindern. Sie sind auf das unerlässliche Maß begrenzt und stellen in ihrer Gesamtheit keinen unverhältnismäßigen Eingriff in die Rechte des Petenten dar. Die Erforderlichkeit der Sicherungsmaßnahmen wird regelmäßig alle zwei Monate überprüft. Darüber hinaus wird zusätzlich in der ständigen Arbeitsgruppe der Justizvollzugsanstalt zur Haftgestaltung bei besonders gefährlichen Gefangenen in monatlichen Abständen geprüft, ob auf Grund des Verhaltens des Petenten die Sicherungsmaßnahmen beibehalten werden müssen.

Soweit sich der Petent über die Verhängung von Sicherungsmaßnahmen gegenüber anderen Gefangenen beschwert, ist darauf hinzuweisen, dass bei allen Gefangenen Einzelfallentscheidungen unter Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten getroffen werden. Dabei ist gewährleistet, dass die Anordnungen von Sicherungsmaßnahmen regelmäßig daraufhin überprüft werden, ob und inwieweit sie aufrecht erhalten werden müssen. Dass die Anstalt hierbei regelmäßig vorgeht, wird im Übrigen nicht einmal vom Petenten selbst bestritten.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Haas

33. Petition 12/8072 betr. Kriegsofferfürsorge

Die Petentin begehrt Beschädigtenversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) wegen der Folgen eines zweifachen Oberschenkelbruches, eines Schienbeinschadens und einer Kopfverletzung. Der geltend gemachte Versorgungsanspruch ist vom Versorgungsamt abgelehnt worden. Nach erfolglosem Widerspruchsverfahren hat die Petentin Klage zum Sozialgericht erhoben, die durch rechtskräftiges Urteil vom 24. Mai 1995 abgewiesen worden ist. Einen Antrag auf Erteilung eines Rücknahmebescheides hat das Versorgungsamt am 12. September 2000 ablehnend beschieden. Der Bescheid ist bestandskräftig geworden.

Die Petentin begehrt Beschädigtenversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG). Sie führt ihre Schädigung auf einen Verkehrsunfall zu Kriegsbeginn im September 1939 in ihrer Heimatstadt Odertal/Oberschlesien zurück. Sie sei als damals 7-jähriges Kind von einem deutschen Militärfahrzeug angefahren worden, welches im Zuge der deutschen Aufmarschbewegungen nach Polen unterwegs gewesen sei.

Die Petentin kann Beschädigtenversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) nur erhalten, wenn das Unfallereignis rechtlich als unmittelbare Kriegseinwirkung im Sinne des § 1 Abs. 2 Buchstabe a des BVG qualifiziert werden könnte.

Nach der Rechtsprechung wird für die Anerkennung von Gesundheitsschäden, die durch Verkehrsunfälle verursacht wurden, gefordert, dass im Zeitpunkt des Unfalles am Unfallort der Verkehr unmittelbar durch Kampfhandlungen beeinflusst war oder die Gefechtsberührung mit dem Gegner gegenwärtig war oder unmittelbar bevorstand.

Im Zeitpunkt und am Ort des Unfallgeschehens haben keine Kampfhandlungen stattgefunden. Dies haben sowohl die Petentin selbst auch von ihr benannte Zeugen früher angegeben. Aus den von der Petentin im Verwaltungsverfahren beigebrachten Mitteilungen des Militärarchivs im Bundesarchiv bzw. des militärhistorischen Forschungsamtes ergibt sich nichts anderes.

Der erlittene Unfall ist deshalb keine Folge einer unmittelbaren Kriegseinwirkung im Sinne der eng auslegenden Vorschriften der §§ 1 Abs. 2 Buchstabe a und 5 Abs. 1 Buchstabe a BVG.

Gegenüber den Feststellungen im vorerwähnten Urteil des Sozialgerichts hat die Petentin keine neuen Tatsachen vorgetragen, die Anlass geben könnten, von den bisher getroffenen Entscheidungen abzuweichen.

Es besteht die Möglichkeit, dass Verkehrsunfälle mit Wehrmachtsfahrzeugen im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes vom 5. November 1957 entschädigt werden. Dabei gelten jedoch Antragsfristen, die mittlerweile abgelaufen sind. Für gewisse Tatbestände liegen Härterichtlinien vor. Die Petentin könnte insoweit eine Prüfung bei der Oberfinanzdirektion Karlsruhe, Bundesvermögensabteilung in 79082 Freiburg beantragen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Haas

34. Petition 12/8119 betr. Wegerecht; Abschluss eines Nutzungsvertrages mit der Gemeinde

Der Petent verlangt von der Gemeinde K. den Abschluss eines Nutzungsvertrages für die Inanspruchnahme einer Teilfläche des Grundstücks seiner Frau für einen öffentlichen Weg.

Die Ehefrau des Petenten ist seit März 1997 Eigentümerin des 1460 m² großen landwirtschaftlichen Grundstücks Flst. Nr. 3160 auf Gemarkung K. Das Grundstück grenzt an die Uferböschung des Flusses Neumagen. Längs der Uferböschung verläuft auch ein Wander- und Radweg, der den Eigentümern der in diesem Bereich an den Neumagen grenzenden Grundstücke als Zufahrt dient und im Übrigen auch von der Wasserwirtschaftsverwaltung genutzt wird. Dieser Weg liegt zum Teil auf Flächen der Anliegergrundstücke. Beim Grundstück der Ehefrau des Petenten handelt es sich um einen 98 m² großen Streifen, über den der genannte Weg führt. Dieser war zunächst ein Grasweg. Im zeitlichen Zusammenhang mit der Errichtung einer Reithalle auf dem Grundstück Flst. Nr. 3163 vor ca. 10 Jahren hat die Gemeinde auf dem Weg eine Kiestragschicht aufgebracht.

Im April 2000 wandte sich der Petent an die Gemeindeverwaltung mit dem Verlangen, mit ihm bzw. mit seiner Frau einen Vertrag über die Nutzung des betroffenen Grundstücksstreifens abzuschließen. Nachdem die Gemeinde diesem Verlangen nicht nachkam, versperrte der Petent den Weg – nach vorheriger Androhung – mittels eines Zaunes und durch Abstellen eines Heuwagens. Mit Verfügung vom 29. April 2000 forderte die Gemeinde den Petenten unter Androhung eines Zwangsgeldes auf, die Absperrung unverzüglich zu beseitigen. In der Verfügung führt die Gemeinde aus, dass der Weg kraft „unvordenklicher Verjährung“ ein öffentlicher Wander- und Radweg ist, der den hinterliegenden Grundstücken als Zufahrt dient.

Vertreten durch einen Rechtsanwalt legte der Petent gegen die Verfügung Widerspruch ein und machte geltend, der Weg sei zunächst nur in geringem Umfang von seinen Grundstücksnachbarn genutzt worden. Erst nach dem Ausbau als Wander- und Radweg und nachdem die Gemeinde (im weiteren Verlauf des Weges) eine Brücke über den Neumagen errichtet hat, werde der Weg im heutigen Umfange genutzt. Die Grundstückseigentümer seien nicht verpflichtet, einen Streifen ihrer Grundstücke entschädigungslos als öffentlichen Weg zur Verfügung zu stellen und dafür auch noch Grundsteuer zu bezahlen. Die Gemeinde habe es versäumt, durch Abschluss eines Nutzungsvertrages rechtmäßige Verhältnisse zu schaffen. Er sei deshalb berechtigt, die enteignungsgleiche Nutzung des Grundstücksstreifens vorläufig zu unterbinden.

Mit Bescheid vom 18. Juli 2000 wies das Landratsamt B. den Widerspruch zurück. Zur Begründung erklärt das Landratsamt, dass ein Weg, der nachweislich seit 40 Jahren vor In-Kraft-Treten des Straßengesetzes (1964) als öffentlicher Weg genutzt worden sei, den Status eines öffentlichen Weges habe. Zeugenaussagen und das Grundbuch aus dem 19. Jahrhundert belegen, dass dies bei dem fraglichen Weg der Fall ist. Der Abschluss eines Nutzungsvertrages komme daher nicht in Betracht. Die eigenmächtige Sperrung des Weges durch den Petenten sei rechtswidrig und die Beseitigungsanordnung der Gemeinde daher rechtmäßig.

Von der Möglichkeit gegen den Widerspruchsbescheid vor dem Verwaltungsgericht zu klagen, machte der Petent keinen Gebrauch.

Im November 2000 wandte sich der Petent erneut an die Gemeinde und verlangte die Entfernung des Kieses von dem Grundstück seiner Frau und die Erstattung der für diesen Grundstücksstreifen bezahlten Grundsteuer.

Öffentlicher Weg

Die rechtliche Existenz eines öffentlichen Weges wird durch den Akt der Widmung geschaffen (§ 2 Abs. 1 i. V. m. § 5 Straßengesetz – StrG). Lässt sich eine Widmung nicht nachweisen, so wird diese nach ständiger Rechtsprechung unter Berufung auf das gewohnheitsrechtliche Institut der unvordenklichen Verjährung vermutet, wenn der Weg seit Menschengedenken in einem gebrauchsfertigen Zustand tatsächlich vorhanden und im Bewusstsein der Rechtsausübung allgemein benutzt worden ist. Dabei muss das Recht nachweislich seit 40 Jahren ständig ausgeübt worden sein und es darf für die vorausgegangenen 40 Jahre eine gegenteilige Erinnerung nicht bestehen (vgl. Lorenz, Landesstraßengesetz Baden-Württemberg, § 2 RNr. 25; VGH Baden-Württemberg Urteil vom 15. Januar 1981, VBl BW 1982, S. 56).

Die Gemeinde K. hat hierzu einige ältere Bürger befragt. Auf Grund deren Aussagen kann angenommen werden, dass der Weg seit ca. 100 Jahren der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Dafür spricht auch der Eintrag in dem aus dem 19. Jahrhundert stammenden Grundbuch, der die Benutzungsart der betroffenen Grundstücke als „Landwirtschaftsfläche“ und als „Verkehrsfläche“ ausweist. Die Gemeinde kann keine Hinweise oder Anzeichen feststellen, die die bestehende Vermutung der Öffentlichkeit des Weges erschüttern könnten. Demnach geht die Gemeinde zu Recht davon aus, dass der Weg ein öffentlicher Weg im Sinne des Straßengesetzes (§ 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 Nr. 4 StrG) ist.

Sperrung des Weges

Die Tatsache, dass ein Teil der Wegfläche im Eigentum der Ehefrau des Petenten steht, begründet für sie bzw. für den Petenten nicht das Recht, über diese Fläche uneingeschränkt zu verfügen. Nach § 12 Abs. 1 StrG steht die Ausübung der Rechte und Pflichten des Eigentümers nämlich dem Wegebaulastträger in dem Umfange zu, in dem dies die Aufrechterhaltung des

Gemeingebrauches erfordert. Der Petent ist demzufolge nicht befugt, die Benutzung des Weges durch das Aufstellen von Absperrmaterialien zu unterbinden. Die oben bezeichnete Verfügung der Gemeinde und der Widerspruchsbescheid des Landratsamtes sind daher zu Recht ergangen.

Nutzungsvertrag

Darüber hinaus ergibt sich aus § 12 Abs. 1 StrG, dass das vom Petenten mit der Petition verfolgte Ziel, die Gemeinde zum Abschluss eines Nutzungsvertrages über die fragliche Grundstücksfläche zu bewegen, unbegründet ist. Die Verfügungsbefugnis über das Grundstück ist – wie gesagt – dem Eigentümer durch diese Vorschrift nämlich insoweit entzogen und dem Wegebausträger zugewiesen, als sie die gemeingebrauchliche Nutzung des Weges betrifft. Daher bedarf es keiner Gestattung des Eigentümers für diese Nutzung und damit auch keines Nutzungsvertrages.

Aufbringen einer Kiestragschicht

Die Gemeinde ist als Wegebausträger (§ 3 Abs. 2 Nr. 4 i. V. m. § 50 Abs. 3 Nr. 3 StrG) verpflichtet, den Weg in einem dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden und den allgemein anerkannten Regeln des Wegebaus entsprechenden Zustand zu bauen, zu unterhalten, zu erweitern oder sonst zu verbessern (§ 9 Abs. 1 StrG). Dazu gehört auch das Aufbringen einer Kiestragschicht, die die Benutzbarkeit des Weges erleichtert und verbessert.

Erwerb der Grundstücksfläche durch die Gemeinde

Nach § 12 Abs. 2 Satz 1 StrG hat der Wegebausträger das Grundstück auf Antrag des Eigentümers zu erwerben. Die Erwerbspflicht besteht jedoch nicht bei einem beschränkt öffentlichen Weg, der bei Inkrafttreten des Straßengesetzes (1964) länger als 30 Jahre besteht, § 12 Abs. 5 StrG. Im vorliegenden Fall handelt es sich um einen solchen beschränkt öffentlichen Weg (im Sinne des § 3 Abs. 2 Nr. 4 StrG) da dieser Weg bereits vor dem Jahr 1934 der Öffentlichkeit zur Verfügung stand.

Um die Angelegenheit gütlich zu bereinigen, hat die Gemeinde – ungeachtet der beschriebenen Rechtslage – dem Petenten (bzw. seiner Frau) den käuflichen Erwerb des umstrittenen Grundstücksstreifens zu einem Preis angeboten, der über dem ortsüblichen Preis einer Landwirtschaftsfläche in unmittelbarer Ortsnähe liegt. Dies hat der Petent jedoch abgelehnt.

Grundsteuerbefreiung

Die Gemeindeverwaltung hat erklärt, dass sie bereit ist, die Frau des Petenten von der Grundsteuer bzgl. des betroffenen Grundstücksstreifens zu befreien und deswegen auf sie bzw. auf den Petenten zuzugehen.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird bezüglich der Grundsteuerbefreiung für erledigt erklärt. Im Übrigen kann ihr nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter Haas

35. Petition 12/8127 betr. Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht

Der Petent begehrt die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht, da er in Zukunft nur noch das kostenlose Privatfernsehen nutzen möchte.

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist die Erhebung der Rundfunkgebühr gerechtfertigt, da sie zur Finanzierung der Gesamtveranstaltung Rundfunk, mithin des dualen Rundfunksystems dient. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Gebührenfestsetzungsurteil vom 22. Februar 1994 (BVerfGE 90,60) explizit festgestellt, dass auf Grund der „Defizite des privaten Rundfunks an gegenständlicher Breite und thematischer Vielfalt“ dieses nur hingenommen werden könne, soweit und solange der öffentlich-rechtliche Rundfunk funktionsstüchtig bleibe. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des dualen Systems – und damit des privaten Rundfunks in seiner derzeitigen Ausgestaltung – hängt insoweit von der Funktionsstüchtigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ab. Hieraus resultiert eine Finanzierungsgarantie, die über die Rundfunkgebührenfinanzierung erfolgt. In seinem Beschluss vom 6. September 1999 (1 BvR 1013/99) hat das Bundesverfassungsgericht zu der vom Petenten aufgeworfenen Frage unter Verweis auf das Urteil vom 22. Februar 1994 (BVerfGE 90,60,91) festgestellt, dass es gerechtfertigt ist, die Gebührenpflicht ohne Rücksicht auf die Nutzungsgewohnheiten der Empfänger allein an den Teilnehmer-Status zu knüpfen, der durch die Bereithaltung eines Empfangsgerätes begründet wird.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatterin: Ursula Haußmann

36. Petition 12/7704 betr. Aufenthaltsgenehmigung

Die Petenten begehren den weiteren Verbleib in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Entscheidung über ihren Weiterwanderungsantrag nach Australien.

Die im Januar 1972 bzw. im Mai 1976 geborenen Petenten sind bosnische Staatsangehörige. Zum Sachverhalt wird auf die Stellungnahme zu Petition 12/5901 (Landtagsdrucksache 12/4515, lfd. Nr. 14) verwiesen. Ergänzend wird Folgendes mitgeteilt:

Über den Weiterwanderungsantrag der Petenten nach Australien ist bis heute nicht entschieden.

Im Dezember 1999 stellten die Petenten einen Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz nach § 123 VwGO, um die Abschiebung zu verhindern. Während dieses Verfahrens erklärten sich die Petenten gegenüber dem Verwaltungsgericht Karlsruhe bereit, bis spätestens Mitte Mai 2000 freiwillig auszureisen. Nach Rücknahme des Antrags nach § 123 VwGO erhielten die Petenten eine Duldung bis Mai 2000.

Nachdem eine freiwillige Ausreise nicht erfolgt war, leitete die Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge aufenthaltsbeendende Maßnahmen ein. Daraufhin stellten die Petenten im Juli 2000 erneut einen Antrag gemäß § 123 VwGO mit dem Ziel der weiteren Duldung. Das Verfahren wurde durch einen Vergleich abgeschlossen. Darin erklärten sich die Petenten zur freiwilligen Ausreise bis Oktober 2000 bereit. Nach § 1 Satz 2 des Vergleichs sollte diese Verpflichtung auch dann gelten, wenn die australische Botschaft in Wien bis zu diesem Zeitpunkt nicht über den Weiterwanderungsantrag entschieden hat. Gleichzeitig verzichteten die Petenten auf Rechtsmittel gegen etwaige ausländerrechtliche Vollstreckungsmaßnahmen der Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge und erklärten, dass bis zu diesem Zeitpunkt noch anhängige Rechtsmittel gegen ausländerrechtliche Maßnahmen zurückgenommen werden. Dieser Vergleich ist seit August 2000 rechtswirksam.

Die Petenten haben sich jedoch erneut nicht an ihre Zusagen gehalten. Vielmehr stellten sie im Oktober 2000 einen Asylfolgeantrag. Diesen lehnte das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFl) in demselben Monat ab. Gleichzeitig wurden die Petenten unter Androhung der Abschiebung nach Bosnien und Herzegowina aufgefordert, das Bundesgebiet innerhalb einer Woche zu verlassen.

Seit Mitte 2000 sind die Petenten nicht mehr erwerbstätig.

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Soweit sich die Petenten auf politische Verfolgung bzw. das Vorliegen von Abschiebungshindernissen im Sinne der §§ 51 und 53 AuslG berufen, ist die Petition der Zuständigkeit des Landes entzogen.

Die Entscheidung über das Vorliegen politischer Verfolgung – auch im Sinne des § 51 Abs. 1 AuslG – ist beim BAFl konzentriert. Nach dem Asylverfahrensgesetz entscheidet das BAFl auch über das Vorliegen von Abschiebungshindernissen nach § 53 AuslG und erlässt die Abschiebungsandrohung. Die Entscheidungen des BAFl sind für die Ausländerbehörden des Landes bindend. Das Land hat deshalb insoweit keine Prüfungs- und Entscheidungskompetenz mehr.

Die Petenten haben das Bundesgebiet wieder zu verlassen, da sie keine Anerkennung als Asylberechtigte gefunden haben. Die Ausreisepflicht ist vollziehbar; Abschiebungshindernisse bestehen nicht.

Rechtsgrundlagen, den Petenten eine Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen, sind nicht ersichtlich. Da sie nicht mehr erwerbstätig sind, kommt insbesondere eine Aufenthaltserlaubnis nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die stärkere Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Interessen des Mittelstandes bei der Anwendung von § 8 AAV vom 8. Januar 2001 bzw. eine Aufenthaltsbefugnis nach dem Beschluss der Innenministerkonferenz vom 15. Februar 2001 nicht in Betracht.

Die weitere Duldung der Petenten ist auch im Hinblick auf das Weiterwanderungsverfahren nach Australien nicht mehr möglich. Nach Nummer 3.10.2 des

Rückführungserlasses Bosnien-Herzegowina in der Fassung vom 14. Dezember 1998 wäre die Ausländerbehörde schon nicht verpflichtet gewesen, auf Grund des Weiterwanderungsantrags die Duldung der Petenten zu verlängern, da die Fristen, in denen Weiterwanderungsanträge grundsätzlich berücksichtigt werden können, längst überschritten sind. Das Innenministerium hat im Dezember 1999 lediglich im Hinblick auf die bis März 2000 zu erwartende Entscheidung über den Weiterwanderungsantrag zugesagt, die Petenten bis zu diesem Zeitpunkt weiterhin zu dulden.

Wann die australische Botschaft in Wien über den Weiterwanderungsantrag entscheidet, ist derzeit nicht abzusehen, da offenbar auch der später genannte Entscheidungstermin Oktober 2000 nicht eingehalten wurde. Die Petenten haben sich aber verpflichtet, bis Oktober 2000 unabhängig von der Entscheidung über den Weiterwanderungsantrag das Bundesgebiet zu verlassen. Ihr bisheriges Verhalten lässt jedoch erhebliche Zweifel aufkommen, ob die Petenten tatsächlich bereit sind, freiwillig aus Deutschland auszureisen. Aus diesem Grund ist ein weiteres Zuwarten nicht angezeigt.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Pfisterer

37. Petition 12/7275 betr. Bausache

Der Petent beanstandet die Vorgehensweise der Baurechtsbehörde bei der Genehmigung eines Carports bzw. der Nutzungsänderung einer Grenzgarage. Außerdem möchte er von der Gemeinde einen Teil der Straße erwerben.

1. Errichtung eines Carports

Der Petent ist Eigentümer des Grundstücks Flst. Nr. 100/4, das im Westen an das Grundstück Flst. Nr. 106/2 angrenzt. Am 25. Januar 1999 hat die zuständige Baurechtsbehörde die Errichtung eines Carports an dieser Grundstücksgrenze mit folgender Auflage Nr. 4 genehmigt:

„Die Garagenzufahrt ist mit einem wasserdurchlässigen Belag, z. B. Schotter, Rasengittersteine oder ein in Sandbett verlegtes Pflaster mit Sand verfüllten Fugen, herzustellen. Es ist hierbei sicherzustellen, dass die Zufahrt zur Garage auf dem Nachbargrundstück weiterhin gewährleistet ist.“

Gegen die Auflage, die Zufahrt zum Nachbargrundstück sicherzustellen, hat der Petent fristgerecht Widerspruch erhoben. Die Baurechtsbehörde hat mit Verfügung vom 10. August 1999 die Auflage geändert, Satz 2 der Auflage wurde aufgehoben. In der Zwischenzeit hat der Petent den Carport einschließlich einer Zufahrt mit einem wasserdurchlässigen Belag – entsprechend der bestandskräftigen Baugenehmigung – fertig gestellt.

Durch die Änderung der Baugenehmigung hat die Baurechtsbehörde dem Widerspruch des Petenten abgeholfen. Mit der Auflage, die Zufahrt mit einem wasserdurchlässigen Belag herzustellen, wollte die Baurechtsbehörde den Belangen des Bodenschutzes und des § 45 b Abs. 3 Wassergesetz zur Eindämmung von Bodenversiegelungen und Rückführung von Niederschlagswasser in den Wasserkreislauf Rechnung tragen. Die Wasserdurchlässigkeit befestigter Flächen ist zwar grundsätzlich wünschenswert, hinsichtlich der Carport-Zufahrt auf dem Baugrundstück des Petenten fehlt es jedoch an einer Grundlage, eine entsprechende Ausführung durch eine Auflage in der Baugenehmigung zu fordern.

Da die Baugenehmigung mit Änderung bestandskräftig ist und der Petent die Zufahrt entsprechend der Baugenehmigung hergestellt hat, ist die Angelegenheit insoweit erledigt.

2. Nutzungsänderung des Grenzgebäudes auf dem Nachbargrundstück

Der Petent hat die Baurechtsbehörde darauf hingewiesen, dass das Grenzgebäude auf dem Grundstück Flst. 106/2 ohne Genehmigung gewerblich genutzt wird. Die Überprüfung hat ergeben, dass der Nachbar (Inhaber eines Möbelgeschäftes) in dem Gebäude Möbel restauriert. Auf Veranlassung der Baurechtsbehörde hat die Eigentümerin des Grundstücks für die Nutzungsänderung eine Baugenehmigung beantragt, und zwar nach der Baubeschreibung für die Errichtung einer Werkstatt zur Restaurierung von Möbeln mit einer Wochenarbeitszeit von 15 – 20 Stunden. Am 20. Dezember 1999 hat die Baurechtsbehörde – nach Anhörung der Fachbehörden – die Errichtung eines Werkstatttraumes nach Einbau einer Wand in dem Gebäude mit einem Abstand von 2,50 m zur Grenze unter Fortbestand der Garagennutzung unmittelbar an der Grenze mit Auflagen genehmigt. In der Werkstatt dürfen keine Mitarbeiter beschäftigt werden.

Die Einwendungen des Petenten gegen die Nutzungsänderung wurden zurückgewiesen, da die geplante Nutzung nicht die Garage im Grenzbereich sondern nur den bereits 1967 genehmigten Geräte- und Abstellraum betrifft. Der Petent hat am 26. Januar 2000 fristgerecht Widerspruch eingelegt mit der Begründung, dass die Nutzung der Garage eine Zufahrt voraussetzt und die (Zivil-)Klage der Bauherrin, diese Zufahrt in Form eines Notwegerechts über das Grundstück des Petenten zu erzwingen, abgewiesen wurde. Mit Schreiben vom 24. Februar 2000 wurde dem Petenten mitgeteilt, dass die Nutzungsänderung den am 14. März 1967 genehmigten Garagenteil nicht erfasst und der (auf dem Baugrundstück) vorhandene Geländestreifen für die Erschließung der Werkstatt ausreicht. In der Zwischenzeit wurde auf dem Baugrundstück eine ausreichend breite Garagenzufahrt hergestellt.

Bei verschiedenen Baukontrollen wurde der Garagenraum nicht als Garage sondern als Abstellraum genutzt. Die Eigentümerin wurde darauf hingewiesen, dass die Garage nicht als Werkstatt genutzt werden darf.

Das Gewerbeaufsichtsamt hat die gewerbliche Nutzung als nicht wesentlich störend nach der Baunutzungsverordnung eingestuft. Auf Grund der Größe des Betriebs und der Arbeitsabläufe beim Ablaugen (geruchsfrei) und Beizen ergeben sich keine Anhaltspunkte für umweltschädliche Einflüsse.

Bauordnungsrechtlich sind Gebäude oder Gebäudeteile, die nur Garagen oder Nebenräume enthalten und die gesetzlich festgelegten Abmessungen nicht überschreiten, nach § 6 Abs. 1 LBO nicht abstandsflächenpflichtig, eine Grenzbebauung ist zulässig. Mit der Umnutzung einer Garage bzw. von Abstellräumen in eine Werkstatt zur Restaurierung von Möbeln entfällt bei einer gewerblichen Nutzung die Privilegierung mit der Folge, dass die nachbarschützenden Abstandsflächenvorschriften – hier ein Abstand von 2,50 m – zu beachten sind.

Die Baurechtsbehörde geht davon aus, dass eine Abweichung von den Abstandsvorschriften zulässig ist, weil der nur 20 m² große Werkstatttraum 2,50 m von der Grenze entfernt ist sowie im Hinblick auf die geringe Nutzung und die vorhandene Bebauung nachbarliche Belange des Petenten nicht erheblich beeinträchtigt werden. Diese Bewertung erscheint vertretbar. Dabei wurde auch berücksichtigt, dass die Arbeiten, die in dem Werkstatttraum durchgeführt werden, nicht zu unzumutbaren Beeinträchtigungen führen.

Bauplanungsrechtlich ist die Nutzungsänderung unbedenklich.

3. Kaufwunsch des Petenten

Der Petent möchte an der Nordseite seines Grundstücks Flst. Nr. 100/4 zur Verbesserung der Erschließung seines Grundstücks eine ca. 6 m² große Fläche (in Verlängerung der Carportzufahrt) von der Gemeinde erwerben. Die Gemeinde ist nicht bereit, diese zur Straße gehörende Fläche zu verkaufen.

Da der Verkauf dieser Fläche zu einer erheblichen Reduzierung der verfügbaren öffentlichen Verkehrsfläche führen würde, ist die ablehnende Entscheidung der Gemeinde als Eigentümerin des Grundstücks verständlich. Zur Erschließung des Grundstücks bzw. zur Sicherstellung der Carportzufahrt des Petenten wird diese Fläche nicht benötigt.

Der Petent hat keinen Rechtsanspruch auf eine privatrechtliche Veräußerung dieser Fläche.

Beschlussempfehlung:

Hinsichtlich der Carport-Zufahrt wird die Petition für erledigt erklärt. Im Übrigen kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Gall

38. Petition. 12/7723 betr. Bausache/Wohnungseigentumssache

Der Petent begehrt die Überprüfung einer Entscheidung des Landgerichts vom 24. November 1995 in einer Wohnungseigentumssache, die nach Auffassung des Petenten unter Verkenning wesentlicher Grundsätze des Wohnungseigentumsrechts ergangen ist. Des Weiteren beanstandet er die Zulässigkeit einer Garagenerrichtung.

Der Petent ist gemeinsam mit seiner Ehefrau Eigentümer einer Wohnung in einer Eigentumswohnanlage.

Das Anwesen wurde im Jahre 1979 nach den Bestimmungen des Wohnungseigentumsgesetzes aufgeteilt. Es entstanden Miteigentumsanteile zu je zweimal $\frac{1}{4}$ und einmal $\frac{1}{2}$, jeweils verbunden mit dem Sondereigentum an einer der drei Wohnungen des auf dem Grundstück errichteten Gebäudes. 1989 erwarb der Petent gemeinsam mit seiner Ehefrau einen der Miteigentumsanteile zu $\frac{1}{4}$. Zum Zeitpunkt des Eigentumserwerbs durch den Petenten befanden sich auf dem Grundstück bereits eine Garage und eine Pergola. Ferner waren im Dach fünf Dachflächenfenster eingebaut. Garage und Pergola waren auf einem Grundstücksteil errichtet, der als Sondernutzungsfläche der Eigentümerin des Miteigentumsanteils zu $\frac{1}{2}$ zugewiesen war. Nach § 9 Abs. 2 der Teilungserklärung zum Anwesen ist diese Sondernutzungsfläche als Fahrzeugabstellplatz bezeichnet. Das Dachgeschoss mit den zugehörigen Dachflächenfenstern war ebenfalls der Eigentümerin des hälftigen Miteigentumsanteils zur dauernden, alleinigen Nutzung zugewiesen.

Mit Schriftsatz vom 24. Oktober 1994 beantragte der Petent beim Amtsgericht unter anderem, die Miteigentümerin des hälftigen Anteils zu verpflichten, die Garage, die Pergola und die fünf Dachflächenfenster zu entfernen, da diese Umbauten nach den Bestimmungen des Wohnungseigentumsgesetzes unzulässig seien.

Mit Beschluss vom 13. Juli 1995 hat das Amtsgericht die Anträge zurückgewiesen. Die dagegen eingelegte sofortige Beschwerde des Petenten und seiner Ehefrau hat das Landgericht mit Beschluss vom 24. November 1995 zurückgewiesen.

Das Landgericht hat ausgeführt, dass die Garage bereits im Jahre 1975 errichtet worden sei, also vor Begründung der Wohnungseigentümergeinschaft. In solchen Fällen bestehe, auch wenn der Aufteilungsplan eine andere Nutzung eines Grundstücksteils vorsehe, keine Verpflichtung des betroffenen Wohnungseigentümers, den Zustand erst herzustellen, der nach dem Aufteilungsplan bestehen müsste.

Der Errichtung der Pergola habe die Wohnungseigentümergeinschaft durch bestandskräftigen Beschluss vom 10. August 1990 zugestimmt, daher könne deren Beseitigung nicht verlangt werden.

Die Beseitigung der Dachflächenfenster schließlich könne deshalb nicht verlangt werden, weil diese bauliche Veränderung den Petenten nicht im Sinne des § 22 Abs. 1 Satz 2 WEG wesentlich beeinträchtige.

Der Beschluss des Landgerichts vom 24. November 1995 ist rechtskräftig.

Der Richter entscheidet in Wohnungseigentumsverfahren in richterlicher Unabhängigkeit (Artikel 97 Abs. 1 GG; Artikel 65 Abs. 2 LV).

Nach § 26 Abs. 1 DRiG untersteht der Richter der Dienstaufsicht nur, soweit nicht seine Unabhängigkeit beeinträchtigt wird. Nach § 26 Abs. 2 DRiG umfasst die Dienstaufsicht vorbehaltlich des Absatzes 1 auch die Befugnis, die ordnungswidrige Ausführung eines Amtsgeschäfts vorzuhalten und zu ordnungsgemäßer, unverzüglicher Erledigung der Amtsgeschäfte zu ermahnen. Jedoch ist jegliche den Inhalt einer Entscheidung betreffende Maßnahme der Dienstaufsicht unzulässig, wenn sie über den Bereich der äußeren Ordnung hinausgreift. Die vom Petenten erstrebte Überprüfung des Beschlusses des Landgerichts vom 24. November 1995 würde unzulässig in den Kernbereich der richterlichen Unabhängigkeit eingreifen.

Hinsichtlich der bauordnungsrechtlichen Zulässigkeit der vom Petenten beanstandeten Bauvorhaben – Errichtung einer Garage, Einbau von Dachflächenfenstern – ergeben sich aus dem Schreiben vom 27. Oktober 2000 gegenüber dem abgeschlossenen Petitionsverfahren 11/5658 (s. Landtagsdrucksache 11/6193, lfd. Nr. 13) keine neuen Gesichtspunkte. Ob die baulichen Veränderungen auf dem Grundstück Flst. Nr. 667/9 nach dem Wohnungseigentumsgesetz oder evtl. Mietverträgen privatrechtlich zulässig waren, ist – wie in dem abgeschlossenen Petitionsverfahren bereits dargelegt – baurechtlich nicht relevant. Unabhängig von eventuellen privatrechtlichen Verfügungsbeschränkungen können grundsätzlich sowohl Mieter als auch einzelne Eigentümer einer Wohnungseigentümergeinschaft die Erteilung einer Baugenehmigung für genehmigungspflichtige Bauvorhaben beantragen. Es ergeben sich keine Anhaltspunkte, die es rechtfertigen könnten, die Vorgehensweise bzw. die Entscheidungen der Baurechtsbehörde in den 1975 bzw. 1995 abgeschlossenen Baugenehmigungsverfahren zu beanstanden.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Gall

39. Petition 12/7918 betr. Gnadensache

Der Petent erstrebt die Aussetzung der Vollstreckung dreier Restfreiheitsstrafen zur Bewährung im Gnadenwege.

Mit Beschluss vom 12. März 2001, rechtskräftig seit 22. März 2001, hat die Strafvollstreckungskammer beim Landgericht T. die Vollstreckung der Restfreiheitsstrafen aus den Urteilen des Amtsgerichts S. vom 14. April 1994, des Amtsgerichts V.-S. vom 8. Oktober 1997 und des Amtsgerichts R. vom 31. Mai 1999 nach § 57 Abs. 2 StGB zum gemeinsamen Halb-

strafentermin (24. März 2001) zur Bewährung ausgesetzt.

Auf Grundlage dieses Beschlusses konnte der Petent am 23. März 2001 aus der Haft entlassen werden.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: Gall

40. Petition 12/8005 betr. Beschwerde über die Polizei

Der Petent beschwert sich darüber, dass die Polizei auf einer privaten Geburtstagsfeier nicht bzw. unzureichend gegen ungebetene ausländische Jugendliche, die die Veranstaltung störten, eingeschritten sei.

Am 16./17. September 2000 fand auf der B.-Hütte eine privat organisierte Geburtstagsfeier statt. Der Petent war seinen Angaben zufolge Mitveranstalter der Feier. Insgesamt waren ca. 150 geladene Gäste anwesend.

Gegen 21:30 Uhr erschien eine Gruppe türkischer Jugendlicher und Heranwachsender. Der Aufforderung, die Feier zu verlassen, kamen sie nicht nach. Ihre Anwesenheit wurde daraufhin zunächst geduldet. Etwas später kam eine weitere Gruppe junger Türken hinzu.

Im Zusammenhang mit einer Darbietung auf der Feier kam es dann zwischen den Gästen der Veranstaltung und den ausländischen Gruppen zu tätlichen Auseinandersetzungen.

Beim zentralen Notruf der Polizeidirektion gingen am 17. September 2000 ab 0:56 Uhr mehrere zunächst vage und in der Folge konkretere Hinweise auf eine Auseinandersetzung in einer Hütte an einem nicht näher bestimmten Ort ein. Es wurden daraufhin zwei Streifenfahrzeuge zum vermuteten Ereignisort entsandt.

Ca. 20 Minuten nachdem die Örtlichkeit konkret mitgeteilt worden war, traf die erste Streifenwagenbesatzung dort ein und stellte fest, dass sich ca. 300 Personen um die „besten Plätze“ beim Auftritt einer Strip-tease-Tänzerin rangelten. Bei dieser Auseinandersetzung erlitten insgesamt 5 Personen Prellungen, Hämatome und Kopfplatzwunden. Drei dieser Personen wurden ambulant ärztlich versorgt, die anderen mussten sich anschließend in ärztliche Behandlung begeben. Außer einer Flasche, die nach bisherigen Erkenntnissen als Tatmittel benutzt worden sein soll, wurden bei der Auseinandersetzung keine Waffen eingesetzt.

Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens erhoben die Polizeibeamten die Personalien der erkennbar Beteiligten. Es konnten jedoch keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für einen konkreten Tatverdacht gegen eine der beteiligten Personen gefunden werden. Der Staatsanwaltschaft wurde in dieser Sache eine Strafanzeige gegen unbekannt vorgelegt.

Die beteiligten Polizeibeamten haben auf der Basis der ihnen zum Zeitpunkt des Einschreitens zur Verfügung stehenden Informationen umgehend alle erforderlichen Maßnahmen getroffen. Der geringe Informationsgehalt der eingegangenen Anrufe führte dazu, dass zunächst ein relativ eng begrenzter Spielraum für die zu diesem Zeitpunkt möglichen polizeilichen Einsatzmaßnahmen bestand. Wären die Angaben der Anrufe beim polizeilichen Notruf präziser gewesen, wäre im vorliegenden Fall ein schnelleres und gezielteres Vorgehen der Polizei möglich gewesen. Die Nationalität der Täter hat keine Bedeutung für die Art des Einschreitens. Ein Fehlverhalten der eingesetzten Polizeibeamten liegt nicht vor.

Beschlussempfehlung:

Bei der gegebenen Sach- und Rechtslage kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Gall

41. Petition 12/7727 betr. Bausache

Der Petent – ein Obst- und Gartenbauverein – wendet sich gegen die Entscheidung des Bürgermeisteramtes S. vom 30. September 1997, die Errichtung eines Gartenhauses auf dem Grundstück Flst. Nr. 218/1 und 218/3 in S.-R. abzulehnen.

Am 9. Juli 1997 reichte der Petent einen Bauantrag zur Errichtung eines Gartenhauses sowie zum Abbruch eines „Gartenhäusles“ auf dem o. a. Grundstück ein.

Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens brachten sowohl das Stadtplanungsamt, als auch das Amt für Umweltschutz, als untere Naturschutzbehörde, erhebliche Bedenken gegen das geplante Gebäude vor. Am 30. September 1997 lehnte das Bürgermeisteramt daher den Bauantrag ab. Dagegen erhob der Petent Widerspruch.

Im Rahmen dieses Verfahrens nahm der Petent mit verschiedenen Stellen der Stadtverwaltung Kontakt auf, um eine Genehmigung des Bauvorhabens zu erreichen. Auf Grund eines Beschlusses des Ausschusses für Umwelt und Technik am 23. Februar 1999 wurde nochmals geprüft, ob das Vorhaben an dem gewünschten Standort realisiert werden könnte. Dies scheiterte jedoch an den Vorschriften der bestehenden Landschaftsschutzverordnung. Oberbürgermeister S. empfahl daher dem Petenten mit Schreiben vom 3. Mai 2000, den Widerspruch zurückzunehmen und mit den städtischen Ämtern wegen der Realisierung des Vorhabens an einem Alternativstandort Kontakt aufzunehmen.

Darauf ging der Petent jedoch nicht ein. Das Regierungspräsidium wies daher den Widerspruch am 12. Oktober 2000 als unbegründet zurück. Der Petent hat dagegen am 2. November 2000 Klage erhoben, über die noch nicht entschieden wurde. Gleichzeitig hat er sich über seinen Rechtsanwalt an den Petitionsausschuss gewandt.

Das Grundstück des Petenten liegt im Außenbereich von S. und zudem in dem Landschaftsschutzgebiet „Sillenbuch – Heumaden“ vom 29. Oktober 1996.

Das geplante Gebäude dient zwar der Garten- und Landschaftspflege, aber keinem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb, auch keinem Betrieb der gartenbaulichen Erzeugung; es ist daher nicht im Außenbereich bevorrechtigt genehmigungsfähig.

Das Gebäude zählt auch nicht zu den Vorhaben im Außenbereich, die gem. § 35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB wegen ihrer besonderen Anforderungen an die Umgebung oder wegen ihrer besonderen Zweckbestimmung nur im Außenbereich ausgeführt werden sollen.

Das geplante Gebäude ist daher gem. § 35 Abs. 2 BauGB zu beurteilen. Die Baurechtsbehörden halten es für nicht genehmigungsfähig, da es öffentliche Belange beeinträchtigt, insbesondere Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Gem. § 5 Abs. 5 Landschaftsschutzverordnung bedarf die Errichtung baulicher Anlagen der Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde. Diese wurde jedoch versagt, da das Vorhaben dem Schutzzweck der Verordnung zuwiderlaufen und das Landschaftsbild nachteilig verändern würde.

Das mit einem Volumen von ca. 150 m³ umbauten Raumes (inkl. Unterkellerung) geplante Gartenhaus soll auf dem in der freien Landschaft exponiert gelegenen Vereinsgrundstück errichtet werden. Anlagen vergleichbarer Größe sind in der näheren Umgebung nicht vorhanden.

Das Bauvorhaben würde sich auf Grund seines geplanten Umfangs nicht in die Umgebung einfügen und daher zu einer erheblichen Veränderung des Landschaftsbildes führen. Der Naturgenuss i. S. v. § 4 Landschaftsschutzverordnung würde durch das Gebäude beeinträchtigt.

Die Voraussetzungen für eine Befreiung i. S. v. § 7 Landschaftsschutzverordnung i. V. m. §§ 62, 63 Landesnaturschutzgesetz liegen nicht vor. Eine Befreiung könnte nur erteilt werden, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erforderten oder die Durchführung der Vorschrift zu einer nicht beabsichtigten Härte führte und die Abweichung mit den Belangen des Naturschutzes zu vereinbaren wäre. Überwiegende Gründe des Allgemeinwohls, welche die Befreiung erfordern, liegen hier nicht vor.

Zur Bewirtschaftung der mit Obstbäumen (Musteranlage) bepflanzten Grundstücke ist ein Gebäude dieses Umfangs nicht erforderlich. Es mag zwar für die Durchführung der vom Petenten geschilderten Aktivitäten dienlich sein, erfüllt jedoch nicht die Voraussetzungen der Erforderlichkeit i. S. v. § 62 NatSchG. Auch von einem Überwiegen der Gründe des Allgemeinwohls gegenüber den betroffenen naturschutzrechtlichen Belangen kann nicht gesprochen werden. Auch eine durch die Landschaftsschutzverordnung nicht beabsichtigte Härte liegt hier nicht vor.

Das geplante Gebäude beeinträchtigt aber auch die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erho-

lungswert für die Allgemeinheit i. S. v. § 35 Abs. 3 BauGB.

Soweit die Stadt beabsichtigt, für den hier in Rede stehenden Bereich einen Bebauungsplan „Freiraum/Gartenhausgebiet Bußbachtal – Böpserle“ aufzustellen, ist dies bisher lediglich beabsichtigt. Das Bürgermeisteramt hat außerdem mitgeteilt, dass der Bebauungsplanentwurf für das Grundstück des Petenten Flächen für die Landwirtschaft/Streuobstwiese ausweist. Damit wäre das Bauvorhaben auch nach den Festsetzungen dieses Bebauungsplanes nicht genehmigungsfähig.

Beschlussempfehlung:

Nachdem sich eine Kommission des Petitionsausschusses vor Ort einen Eindruck verschafft hat, wird dem Petenten empfohlen, die von der Stadt angebotenen Alternativstandorte in Erwägung zu ziehen und dort die geplante Einrichtung in Ergänzung zu dem bereits vorhandenen Gasthaus zu errichten. Im Übrigen kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Behringer

42. Petition 12/6737 betr. Aufenthaltsgenehmigung, Weiterbeschäftigung eines bosnischen Arbeitnehmers

Mit der Petition wird die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung zur Weiterbeschäftigung eines bosnischen Arbeitnehmers begehrt.

Den Petenten wurde am 10. Mai 2001 eine Aufenthaltserlaubnis nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die stärkere Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Interessen des Mittelstandes bei der Anwendung des § 8 AAV vom 8. Januar 2001 erteilt.

Damit wurde der Petition abgeholfen.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird, nachdem ihr abgeholfen wurde, für erledigt erklärt.

Berichterstatterin: Fauser

43. Petition 12/6941 betr. Aufenthaltsgenehmigung, nachträgliche Befristung der Ausweisungsverfügung

Der Petent begehrt, die Wirkungen der gegen ihn ergangene Ausweisungsverfügung auf einen früheren Zeitpunkt als geschehen zu befristen und ihm eine Aufenthaltsgenehmigung zur Eheschließung mit der Petitionsverfasserin zu erteilen.

Der Petent, ein 36-jähriger jugoslawischer Staatsangehöriger, reiste im Juli 1990 erstmals ohne Visum in die Bundesrepublik Deutschland ein. Er nahm hier eine Arbeit auf, obwohl er weder eine Aufenthalts- noch eine Arbeitsgenehmigung besaß. Er wurde festgenommen und in Abschiebehaft genommen. Die Ausländerbehörde wies den Petenten Mitte September 1990 aus dem Bundesgebiet aus und ordnete die sofortige Vollziehbarkeit der Verfügung an. Gleichzeitig ordnete sie die Abschiebung des Petenten an; diese wurde am folgenden Tag vollzogen. Die Wirkungen der Ausweisung und der Abschiebung waren nicht befristet.

Der Petent reiste zu einem nicht mehr feststellbaren Zeitpunkt erneut nach Deutschland ein. Er hielt sich nachweislich von März 1993 bis Oktober 1999 überwiegend in einem anderen Bundesland auf. Während dieser Zeit wurde der Petent, der damals im Besitz eines bosnischen Passes war, geduldet, zunächst, wegen der Ereignisse in Bosnien, danach weil auf Grund passrechtlicher Unklarheiten eine Abschiebung nicht möglich war.

Der Petent wurde wiederholt auf seine Ausreisepflicht hingewiesen, kam dieser jedoch nicht nach.

1994 wurde gegen den Petenten wegen eines Vergehens des unerlaubten Aufenthalts im Bundesgebiet ein Strafbefehl über 25 Tagessätze erlassen. 1995 erging gegen ihn ein Strafbefehl über 30 Tagessätze wegen unerlaubten Entfernens vom Unfallort.

1995 beantragte der Bevollmächtigte des Petenten die nachträgliche Befristung der Wirkungen der Ausweisung und der Abschiebung. Diesen Antrag lehnte die Ausländerbehörde im Oktober 1995 wegen der noch nicht erfolgten Ausreise des Petenten ab. Im Widerspruchsverfahren gab der Petent an, zwischenzeitlich mit einer jugoslawischen Staatsangehörigen die Ehe geschlossen zu haben. Diese Behauptung erwies sich jedoch als unwahr.

Im August 1998 legte der Petent eine gefälschte Bescheinigung über die Entlassung aus der bosnisch-herzegowinischen Staatsangehörigkeit vor. Im Juni 1999 wurde dem Petenten vom Generalkonsulat der Republik Bosnien und Herzegowina ein Passersatzpapier ausgestellt, das später wegen der tatsächlich erfolgten Entlassung aus der bosnisch-herzegowinischen Staatsangehörigkeit für ungültig erklärt wurde.

Im September 1999 stellte der Petent einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 123 VwGO, da die Eheschließung mit einer deutschen Staatsangehörigen – der Petitionsverfasserin – unmittelbar bevorstehe. Diesen Antrag lehnte das Verwaltungsgericht im gleichen Monat ab, da der Petent lediglich eine Aufgebotsbescheinigung vorlegen konnte, ein Termin zur Eheschließung jedoch noch nicht bestimmt war.

Anfang Oktober 1999 verließ der Petent das Bundesgebiet. Im gleichen Monat stellte der Bevollmächtigte des Petenten einen Antrag auf nachträgliche sofortige Befristung der Wirkungen der Ausweisung und der Abschiebung. Als Termin für die beabsichtigte Eheschließung wurde März 2000 angegeben.

Mit Entscheidung vom März 2000 befristete die Ausländerbehörde die Wirkungen der Ausweisung zum Ablauf des 3. Oktober 2002 und hob die Sperrwirkung der Abschiebung mit sofortiger Wirkung auf. Den hiergegen eingelegten Widerspruch wies das Regierungspräsidium im Juli 2000 zurück.

Nach § 8 Abs. 2 Satz 3 AuslG werden die Wirkungen der Ausweisung in der Regel befristet. Der Annahme eines Regelfalls steht nach der Verwaltungsvorschrift des Bundes zum AuslG allerdings grundsätzlich entgegen, dass der Ausländer wie im Falle des Petenten unerlaubt eingereist ist. Von diesem Grundsatz hat die Ausländerbehörde zugunsten des Petenten bereits eine Ausnahme gemacht, als sie den Befristungsantrag nicht gänzlich abgelehnt, sondern eine Frist bis Ende 2002 festgesetzt hat. Die Dauer dieser Frist ist genauso wenig zu beanstanden wie die Entscheidung der Ausländerbehörde, die Frist entsprechend § 8 Abs. 2 Satz 4 AuslG erst mit der erneuten Ausreise des Petenten im Oktober 1999 beginnen zu lassen.

Die Ausweisung des Petenten erfolgte sowohl aus generalpräventiven als auch aus spezialpräventiven Gründen. Bei der Bemessung der Frist ist u. a. entscheidend, ab welchem Zeitpunkt erwartet werden kann, dass der Zweck der Ausweisung, den Ausländer wegen drohender – künftiger – Störungen von erheblichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland auf längere Zeit vom Bundesgebiet fern zu halten, erreicht ist. Dabei fällt zulasten des Petenten in erheblichem Maße ins Gewicht, dass er durch seine illegale Wiedereinreise sowie durch die Versuche, seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland u. a. auch durch falsche Angaben gegenüber der Ausländerbehörde, Vorlage gefälschter Unterlagen auszuweiten, auch nach seiner Ausweisung gezeigt hat, dass er nicht gewillt ist, sich an die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu halten.

Der Petent kann sich auch nicht auf den Schutz von Ehe und Familie nach Artikel 6 des Grundgesetzes berufen. Eine eheliche Lebensgemeinschaft zwischen dem Petenten und der Petitionsverfasserin bestand zu keinem Zeitpunkt. Beiden musste bewusst sein, dass der Petent auf Grund der gegen ihn ergangenen Ausweisungsverfügung vollziehbar ausreisepflichtig war und das Bundesgebiet wieder zu verlassen hatte. Sie hatten daher auch das Risiko, dass die Eheschließung vor der Ausreise nicht mehr erfolgen konnte, zu tragen.

Im Übrigen hätte allein die Eheschließung mit einer deutschen Staatsangehörigen nicht zwingend zur Folge, dass die Wirkungen der Ausweisung sofort zu entfallen hätten. Eine solche Eheschließung wäre in die Ermessenserwägungen hinsichtlich des Befristungszeitpunkts einzubeziehen. Es ist dem Petenten auch nicht verwehrt, zum jetzigen Zeitpunkt die Ehe mit der Petitionsverfasserin zu schließen. Die Eheschließung kann in Jugoslawien erfolgen, oder dem Petent kann nach § 9 Abs. 3 AuslG gestattet werden, das Bundesgebiet zum Zweck der Eheschließung kurzfristig zu betreten.

Vor dem Ablauf der Sperrwirkung der Ausweisung darf dem Petenten nach § 8 Abs. 2 Satz 1 AuslG keine

Aufenthaltsgenehmigung erteilt werden. Dies gilt nach § 8 Abs. 2 Satz 2 AuslG selbst dann, wenn der Petent nach den allgemeinen Regelungen des Ausländergesetzes einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung hätte. Diese Regelung ist zwingend; die Ausländerbehörde hat kein Ermessen. Nach dem Ablauf der Sperrwirkung kann der Petent ein Visum bei der zuständigen Auslandsvertretung in seinem Heimatland beantragen.

Wie das Innenministerium ergänzend mitteilt, haben der Petent und die Petitionsverfasserin im August 2000 geheiratet. Im November 2000 stellte der Petent über seinen Rechtsanwalt den Antrag, die Wirkungen seiner Ausweisung auf den 1. Januar 2001 zu befristen. Gleichzeitig stellte er den Antrag, das Bundesgebiet kurzfristig betreten zu dürfen. Zu letzterem Antrag, für dessen Bearbeitung die Ausländerbehörde am Wohnort der Petitionsverfasserin zuständig ist, hat die baden-württembergische Ausländerbehörde ihre Zustimmung erteilt. Ob die zuständige sächsische Ausländerbehörde die Betretenserlaubnis erteilt, ist im Übrigen dem Einfluss baden-württembergischer Behörden entzogen.

Im Januar 2001 befristete die Ausländerbehörde die Wirkungen der Ausweisung erneut auf den Ablauf des 3. Oktober 2002. Hinsichtlich der zwischenzeitlich erfolgten Eheschließung mit einer deutschen Staatsangehörigen verwies die Ausländerbehörde darauf, dass vor der Ausreise des Petenten keine Lebensgemeinschaft bestand und dass die Ehe in voller Kenntnis der Einreisesperre geschlossen wurde. Damit sei allenfalls ein verminderter Vertrauensschutz entstanden. Der Ehefrau sei es somit zuzumuten, den Kontakt zum Petenten durch Besuche aufrecht zu erhalten.

Wie bereits oben dargestellt, werden die Wirkungen der Ausweisung in der Regel befristet. Infolge der Eheschließung des Petenten mit einer deutschen Staatsangehörigen ist ein solcher Regelfall anzunehmen. Im vorliegenden Fall hat die Ausländerbehörde die Wirkungen der Ausweisung bereits vor der Eheschließung befristet.

Die Entscheidung der Ausländerbehörde, die Frist trotz zwischenzeitlich erfolgter Eheschließung nicht weiter zu verkürzen, ist nicht zu beanstanden. Sie hält sich im Rahmen des der Ausländerbehörde eingeräumten Ermessens.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatterin: Fauser

44. Petition 12/7469 betr. Garagenzufahrt, Pflanzgebot, öffentliche Stellplätze

Die Petenten begehren eine Befreiung von den Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplans für ihre Carport- und Garagenzufahrt.

Das Eckgrundstück der Petenten, Flst.-Nr. 6358, liegt im Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplans „M. Weg“. Das Eckgrundstück wird im Norden von der F.straße und im Osten vom F.weg begrenzt. Zwischen der F.straße und dem Baugrundstück sind öffentliche Parkplätze entsprechend den Festsetzungen im Bebauungsplan angelegt. Im Bereich des nördlichen Grundstücksteils ist im Bebauungsplan ein Pflanzgebot festgesetzt. Das westlich angrenzende Baugrundstück ist nach den Festsetzungen des Bebauungsplans von der F.straße erschlossen. Dagegen ist das Eckgrundstück der Petenten nach den Festsetzungen des Bebauungsplans über den F.weg anzufahren.

Am 22. Oktober 1997 wurden von den Petenten die Planunterlagen für die Errichtung eines Wohnhauses mit Carport sowie am 13. Oktober 1998 für die Errichtung einer Garage im Kenntnisgabeverfahren eingereicht. Der Carport und die Garage wurden entsprechend den Bauunterlagen errichtet. Dagegen wurde die Zufahrt, abweichend von den eingereichten Planunterlagen, von der F.straße her und damit im Bereich des festgesetzten Pflanzgebots und der öffentlichen Parkplätze angelegt. Die Petenten wurden deshalb aufgefordert, die Grundstückszufahrt entsprechend den rechtsverbindlichen Festsetzungen des Bebauungsplans, also abgehend vom F.weg, anzulegen. Die Petenten wurden weiter gebeten, das Pflanzgebot im nördlichen Grundstücksteil zu beachten.

Der Antrag der Petenten, die Zufahrt über die öffentlichen Parkplätze entlang der F.straße und über den Grundstücksteil mit Pflanzgebot zuzulassen, wurde von der Gemeinde abgelehnt. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war, dass entsprechende Anträge bisher abgelehnt wurden. Ein Großteil der Baugrundstücke ist mittlerweile bebaut. Die Bauherren haben sich an die Festsetzungen des Bebauungsplans gehalten.

Die Gemeinde hat am 7. März 1997 den Entwurf einer ersten Bebauungsplanänderung beschlossen und öffentlich ausgelegt. Zwischenzeitlich wurden weitere Änderungen in den Entwurf eingearbeitet. Der Änderungsentwurf soll deshalb demnächst nochmals öffentlich ausgelegt werden.

Nach dem vorliegenden Änderungsentwurf ist das Grundstück auch künftig vom F.weg her anzufahren. Die Gemeinde hält an dem Pflanzgebot entlang der F.straße und an den dort errichteten öffentlichen Parkplätzen fest.

Das Baugrundstück der Petenten liegt im Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplans „M.-Weg“. Zum Zeitpunkt des Eingangs der Bauunterlagen im Kenntnisgabeverfahren nach § 51 Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) waren die öffentlichen Erschließungsanlagen hergestellt. Der rechtsverbindliche Bebauungsplan setzt die Grundstückszufahrten verbindlich fest. Für das Eckgrundstück der Petenten ist die Lage der Grundstückszufahrt im Bereich des F.wegs exakt festgesetzt sowie unmissverständlich und eindeutig erkennbar zeichnerisch dargestellt. Die von den Petenten dargelegte Zufahrtsproblematik entstand nicht durch eine

atypische Grundstückssituation sondern durch die konkrete Lage des Wohngebäudes sowie des Carports und der nachträglich errichteten Garage. Das Gebäude liegt im nördlichen Grundstücksbereich. Die von den Petenten gewählte Gebäudelage ist Auslöser für die Zufahrtssituation auf dem Grundstück.

Der rechtsverbindliche Bebauungsplan setzt ein Pflanzgebot auf dem Grundstück der Petenten sowie Parkplätze entlang der F.straße fest. Die von den Petenten provisorisch angelegte Grundstückszufahrt widerspricht diesen Festsetzungen. Eine Befreiung scheidet aus, da die Grundzüge der Planung berührt werden und keine atypische Grundstückssituation gegeben ist. Das Grundstück ist vom F.weg aus ordnungsgemäß erschlossen.

Der vorliegende Entwurf zur Änderung des Bebauungsplans legt im Bereich des Grundstücks der Petenten die Zufahrt vom F.weg aus nicht mehr exakt fest. Im südlichen Grundstücksbereich ist im Entwurf ein Baufenster für eine Garage mit einer direkten (kurzen) Zufahrt vom F.weg aus vorgesehen. Die Gemeinde hält am durchgängigen Pflanzgebot im nördlichen Grundstücksbereich und den bereits hergestellten öffentlichen Parkplätzen entlang der F.straße fest.

Nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sind die Bauleitpläne – dies gilt auch für Änderungen – von der Gemeinde in eigener Verantwortung aufzustellen. Nach § 3 BauGB sind die Bürger am Aufstellungsverfahren zu beteiligen. Die Petenten haben somit im weiteren Bebauungsplanänderungsverfahren nach § 3 BauGB die Möglichkeit, ihre Anregungen hinsichtlich der Grundstückerschließung bzw. der Lage der Garagenzufahrt vorzubringen. Die im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens vorgebrachten öffentlichen und privaten Belange sind nach § 1 Abs. 6 BauGB vom Träger der Planungshoheit, also der Gemeinde, gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Nach § 47 Abs. 1 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) kann auf Antrag über die Gültigkeit von Satzungen, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuchs erlassen wurden, beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg ein Normenkontrollverfahren durchgeführt werden. Nach § 47 Abs. 2 VwGO kann den Antrag jede natürliche und juristische Person, die geltend macht, durch die Rechtsvorschrift oder deren Anwendung in ihren Rechten verletzt zu sein, stellen. Den Petenten bleibt es zu gegebener Zeit unbenommen, im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens prüfen zu lassen, ob die Stadt das Gebot der gerechten Abwägung verletzt hat oder ob das Zurückstellen eines bestimmten Belanges noch von dem gemeindlichen Planungsermessens gedeckt wurde.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Veigel

45. Petition 12/7568 betr. Aufenthaltsgenehmigung

Der Petent begehrt ein Daueraufenthaltsrecht in Deutschland.

Der Petent wird voraussichtlich eine Aufenthaltserlaubnis nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die stärkere Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Interessen des Mittelstandes bei der Anwendung von § 8 AAV vom 8. Januar 2001 erhalten.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird damit für erledigt erklärt.

Berichterstatterin: Fauser

46. Petition 12/8059 betr. Sozialhilfe

Der Petent beschwert sich über die Bearbeitung der Sozialhilfeangelegenheit von zwei Mieterinnen, mit denen er in einem Mehrfamilienwohnhaus wohnt. Er trägt vor, die Zahlung der Miete und der Heizölkosten erfolgten nur unregelmäßig und schleppend. Der Petent ist Hausverwalter dieses Mehrfamiliengebäudes.

Die Prüfung der Sach- und Rechtslage hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Bearbeitung der Sozialhilfeangelegenheit der zwei Mieterinnen rechtlich zu beanstanden ist. Ungeachtet dessen bestehen zwischen dem Petenten, der entgegen seinen Angaben in der Petition nicht der Vermieter ist, und dem Sozialamt keinerlei rechtliche Beziehungen. Auch tritt das Sozialamt durch die Zahlung von Mietkosten nicht in das zivilrechtliche Verhältnis zwischen dem Hilfeempfänger und seinem Vermieter ein. Die Zahlung der Miete ist deshalb ausschließlich Sache der beiden Mieterinnen.

Die Beschwerden des Petenten gegen die zuständige Sachbearbeiterin im Sozialamt hat dieses als unbegründet zurückgewiesen. Nach den Angaben des Sozialamtes handelt es sich bei der Sachbearbeiterin um eine bewährte und erfahrene Mitarbeiterin im Sozialamt, die ihre Aufgaben ordnungsgemäß und im Rahmen der geltenden Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes erledigt.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatterin: Fauser

47. Petition 12/7629 betr. Aufenthaltsgenehmigung

Die Petenten begehren ein Daueraufenthaltsrecht in Deutschland.

Die Petenten haben inzwischen Aufenthaltserlaubnis nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die stärkere Berücksichtigung arbeitsmarkt-

politischer Interessen des Mittelstandes bei der Anwendung von § 8 AAV vom 8. Januar 2001 erhalten.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird, nachdem ihr abgeholfen wurde, für erledigt erklärt.

Berichterstatter: Walter

48. Petition 12/6616 betr. Aufenthaltsgenehmigung

Für die Petenten wird begehrt, sie weiterhin im Bundesgebiet zu dulden.

Die Petenten haben inzwischen Aufenthaltserlaubnis nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die stärkere Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Interessen des Mittelstandes bei der Anwendung von § 8 AAV vom 8. Januar 2001 erhalten.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: Winckler

49. Petition 12/7516 betr. Gnadensache u. a.

Der Petent begehrt die gnadenweise Haftentlassung und rügt vollzugliche Aspekte, insbesondere eine angeblich unsachgemäße Krankenbehandlung.

Nach Überprüfung sind gegen die medizinische Behandlung des Petenten im Vollzug Einwendungen nicht zu erheben.

Außerdem hat inzwischen die auswärtige Strafvollstreckungskammer des Landgerichts die wegen sexuellen Missbrauchs noch zu vollstreckende Restfreiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt. Dieser Beschluss vom 23. Januar 2001 ist seit 1. Februar 2001 rechtskräftig. Der Petent wurde am 25. Januar 2001 aus der Strafhaft entlassen.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: Winckler

50. Petition 12/7672 betr. Bearbeitung von Vollstreckungsaufträgen

Die Petentin wendet sich gegen die Sachbehandlung und lange Verfahrensdauer in einer Zwangsvollstreckungsangelegenheit.

Sie betreibt auf Grund eines im Jahr 1996 erwirkten Versäumnisurteils und eines Kostenfestsetzungsbe-

schlusses die Zwangsvollstreckung. Nachdem der Schuldner am 27. Juni 1997 nicht zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung erschienen war, hat das Amtsgericht Haftbefehl erlassen. Am 30. Juli 1997 erteilte die Petentin dem zuständigen Gerichtsvollzieher einen Pfändungs- und Verhaftungsauftrag. Nachdem der Schuldner eine ihm von der Petentin eingeräumte Zahlungsfrist nicht eingehalten hatte, wurde der Gerichtsvollzieher am 29. April und 17. Juni 1998 an die Erledigung des Vollstreckungsauftrags erinnert. Am 3. Juli 1998 hat die Petentin Erinnerung gegen die Art und Weise der Zwangsvollstreckung eingelegt, woraufhin das Amtsgericht mit Beschluss vom 27. August 1998 den Gerichtsvollzieher angewiesen hat, den Verhaftungsauftrag ordnungsgemäß und unverzüglich durchzuführen. Eine Erledigung des Auftrags erfolgte dennoch nicht. Am 20. Januar 1999 leistete der Schuldner eine weitere Teilzahlung von 3 000 DM, worüber die Petentin den Gerichtsvollzieher unter Überlassung einer aktuellen Forderungsaufstellung informiert hat. Nachdem eine Erledigung des Auftrags auch in der Folgezeit nicht erfolgt ist, hat die Petentin am 7. Juni 1999 beim Direktor des Amtsgerichts Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Gerichtsvollzieher erhoben. Am 8. Oktober 1999 teilte das Amtsgericht der Petentin mit, der Gerichtsvollzieher habe trotz zahlreicher Aufforderungen und Fristsetzungen noch keine Stellungnahme abgegeben. Mit einem weiteren Schreiben vom 25. Oktober 1999 übersandte das Amtsgericht ein Schreiben des Gerichtsvollziehers, worin dieser ausgeführt hat, er benötige die Gerichtsvollzieher-Sonderakte für die Abwicklung einer Teilzahlung des Schuldners. Am 29. Dezember 1999 leitete der Gerichtsvollzieher eine weitere Teilzahlung des Schuldners in Höhe von 1 826,70 DM an die Petentin weiter. Mit Schreiben vom 20. März 2000 hat der Direktor des Amtsgerichts der Petentin mitgeteilt, dass nunmehr eine Stellungnahme des Gerichtsvollziehers vorliege, aus der sich ergebe, dass der Auftrag noch nicht erledigt werden konnte. Weitere Teilzahlungen seien nicht zu erreichen gewesen. Der Schuldner bemühe sich um eine Umschuldung.

Mit Brief vom 18. August 2000 forderte die Petentin den Gerichtsvollzieher nochmals auf, den Vollstreckungsauftrag nunmehr zu Ende zu führen. Die Hauptforderung habe sich trotz der langen Verfahrensdauer erst von 6 991 DM auf 4 634 DM reduziert.

Nach Eingang der Petition, am 1. Dezember 2000, hat der Schuldner die eidesstattliche Versicherung abgegeben. Dem Verfahrensbevollmächtigten der Petentin wurde eine Abschrift des Protokolls übersandt.

Gegenüber dem Direktor des Amtsgerichts hat der Gerichtsvollzieher angegeben, die Zwangsvollstreckung habe sich als schwierig erwiesen. Der Schuldner, ein Handwerker mit erheblichen Zahlungsschwierigkeiten, habe ihn immer wieder vertröstet. Deshalb sei der Termin zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung mehrmals verlegt worden.

Bereits vor Eingang der Petition wurden gegen den GV disziplinarrechtliche Vorermittlungen nach § 27 Landesdisziplinarordnung eingeleitet.

Beschlussempfehlung:

Da der Vollstreckungsauftrag durch die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung ausgeführt ist, wird die Petition für erledigt erklärt.

Berichterstatter: Winckler

19. 07. 2001

Der Vorsitzende:
Döpfer